



6. Heft | 28. März 1917

HEINRICH PEUS - DIE DEMOKRATIE AUF DEM MARSCH

WIR leben in einer gewaltigen Zeit, die die bedeutungsvollsten Umwälzungen bringt, und die (es ist zu hoffen) trotz der Fürchterlichkeit des Krieges die Menschheit einen tüchtigen Ruck vorwärts und aufwärts treibt, so daß nach Überwindung der Stromschnellen der jetzigen Kriegszeit, die Millionen in ihrem Strudel verschlingen, ein breiter Strom allumfassender fortschrittlicher Entwicklung die Menschheit weiter tragen wird.

Drei Tatsachen haben in den letzten Tagen unsere Aufmerksamkeit gefesselt: die Rede des Grafen Yorck von Wartenburg gegen die Demokratie, des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg erneute Rede, die er als Ministerpräsident für die Neuorientierung gehalten hat, und, als Größtes und weltgeschichtlich Wichtigstes, die russische Revolution. Alle drei stehen in engem Gedankenzusammenhang mit einander, und es kommt viel darauf an, daß wir zu diesen Tatsachen das richtige Verhältnis gewinnen.

Graf Yorck von Wartenburg hat konsequent gehandelt und unerschrocken gesprochen. Wir denken nicht wie er, unser Ziel ist dem seinigen ganz entgegengesetzt, aber darum hat er doch auf wichtige Wahrheiten hingewiesen. Seine Kritik am westlichen Parlamentarismus verdient alle Beachtung, nicht um den Parlamentarismus und die hinter ihm stehende Demokratie zu diskreditieren, sondern um ihn von schweren Mängeln zu befreien und wahre, echte Demokratie erst möglich zu machen. Graf Yorck sagte vom französischen Parlamentarismus, hinter ihm stecke »die Herrschaft von 4 Großbanken, gemildert durch die Berücksichtigung von Kirchturmsinteressen«. Mit gutem Grund berief er sich dabei auf das, was Genosse Sembat vor dem Krieg geschrieben hatte. Auch das Buch Delaisis La démocratie et les finances hat Graf Yorck mit Genugtuung für seine Auffassung gelesen. Der bürgerliche Parlamentarismus ist eben nie das Ideal tieferblickender Sozialisten gewesen. Auch aus den parlamentarischen Zuständen Englands entnahm der Herrenhausredner für seine Auffassung gewichtige Gründe:

»Die Gesetzgebung ist de facto in England keine Funktion der Parteien, sondern eine Funktion des Kabinetts mit Billigung der Majorität. Die Sitzungen des Kabinetts finden an verschiedenen Orten auf formlose Einladungen im geheimen statt. Es wird kein Protokoll geführt, und die wichtigsten Dinge werden im engern Kabinett beschlossen: einem Ausschuß von 3 bis 5 Mitgliedern, ohne daß die übrigen soundsoviel (vielleicht 15 jetzt), welche weitaus die Mehrheit bilden,

irgendein Sterbenswort davon erfahren. . . Dies regierende Komitee des Reiches führt sein Dasein außerhalb der englischen offiziellen Staatsverfassung.«

Der Premierminister, der tatsächlich alle übrigen Minister ernenne, sei mit seinem Kabinett der wahre Souverän von England, der fast absolute Herr auch eines widerspenstigen Unterhauses, auf das er mit der Auflösungsdrohung einwirkt. So habe Lord Salisbury 1894 in einem Brief an Sidney Law geurteilt. Im selben Briefe sage er:

Der Anblick von Millionen freier Menschen in einem freien Staat, die gewohnheitsmäßig im Gegensatz zu ihrem eigenen Willen und ihrer eigenen Überzeugung regiert werden, ist etwas, von dem man lieber seinen Blick abwendet.«

Wir Sozialisten haben keinen Grund dieser Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus sonderlich zu widersprechen.¹⁾ Wir sind schon immer nicht müde geworden zu betonen, daß die bürgerliche Demokratie nur erst den Schein der Demokratie bringe, an dessen Stelle erst die wirkliche Demokratie treten müsse. Der konservative Aristokrat will die Herrschaft der wenigen, weil er an die Möglichkeit und Heilsamkeit der Demokratie nicht glaubt. Graf Yorck zitiert Nietzsche:

»Überwindet nur den Ameisenkribbelkram, das erbärmliche Behagen, das sogenannte Glück der meisten.«

Er glaubt daran, daß die Macht seiner Klassen- und Standesgenossen das Gute bewirke. Er ist sicherlich davon überzeugt gerade dadurch auch das mögliche Glück der Massen am besten zu gewährleisten. Wir wollen ihm daraus auch keinen Vorwurf machen. Wer ehrlich sagt, was er meint, verdient immer Achtung. Erblickt er in der Demokratie eine Gefahr, die insbesondere in der Gestalt der Demagogie eine Gefahr nicht nur für seine, Yorcks, Standesgenossen sondern auch fürs Ganze sei, so ist es seine Pflicht dieser seiner Auffassung Ausdruck zu geben. Das schadet auch nichts, ist sogar nützlich, wenn die anderen für ihre demokratische Überzeugung ebenso klar und nachdrücklich in Wort und Tat eintreten.

Für uns Sozialisten ist Demokratie Selbstverwaltung, Regelung und Erledigung aller gemeinsamen Angelegenheiten des Volkes durch das Volk selbst, bis hinunter in seine letzten Glieder. Demokratie, sofern sie echt und wahr ist, bedeutet Gemeinsinn des Volkes in allen seinen Gliedern. In der Demokratie geschieht von jedem einzelnen freiwillig im Dienst des Ganzen, was er unter undemokratischen Zuständen auf Befehl eines Mächtigen über ihm tut. Es ist klar, daß danach Demokratie nur ein Entwicklungsvorgang ist, der uns dem Ideal immer näher bringt. Demokratie wird nicht durch irgendwelchen Beschluß herbeigeführt sondern dadurch höchstens in ihrer Entwicklung möglich gemacht. Es ist ein langer Prozeß der Selbsterziehung des Volkes, für den freilich die Vorbedingungen nur durch den Glauben an die Heilsamkeit der Demokratie geschaffen werden können. Wer schwimmen lernen soll, muß ins Wasser geworfen werden. Graf Yorck von Wartenburg und seine Gesinnungsgenossen wollen das lieber nicht riskieren. Sie halten es für dauernd notwendig das Volk zu gängeln und zu bevormunden. Da gibt es nur ein Entweder-Oder. Entweder zurück zum Absolutismus, um von den Illusionen und Zweideutigkeiten der Scheindemokratie loszukommen. Oder aber, wenn das nicht möglich ist (und das ist nicht möglich), dann vorwärts, weiter zur wirklichen Demokratie, die alle

¹⁾ Daß wir uns über das Wesen dieses Parlamentarismus keiner Täuschung hingeben, dafür siehe Leuthner Der plebiszitäre Kabinettskabinetismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915 I, Seite 386 ff.

Kräfte des Volkes in den Dienst des Ganzen stellt, dann hin mit heiligem Ernst zur sozialistischen Demokratie, die das System der Vertretung, der Machtübertragung auf gewählte Vertreter nicht wählt, um dem wählenden Volk die Illusion einzupflanzen, daß es mit solcher Wahl selber seinen eigenen Willen durchsetze, sondern daß es dadurch nur einen organisierten Willen schaffe, neben dem sein eigener Wille und die Verpflichtung bestehen bleibt auch selber alles zu tun, was dem Gemeinwohl zu dienen geeignet ist. Die sozialistische Demokratie ist von unten bis oben durchorganisierte gemeinnützige Tätigkeit im Dienst des Ganzen; wobei das größte Gewicht auf das zu legen ist, was unten geschieht. Wir stehen gar nicht an zuzugestehen, daß noch unendlich viel fehlt, daß diese gemeinnützige Aktion seitens auch nur aller derer geschehe, die sich Demokraten nennen; im Gegenteil meinen noch die allermeisten, die da Instanzen aller Art wählen, dazu seien die Instanzen da, um ihnen, den Instanzenwählern, Arbeitslast, Initiative und Verantwortung abzunehmen. Der Hunger des Volkes nach der Behörde, die das tue, was das Volk zu leisten sich außerstande fühlt oder wozu es auch nur zu bequem ist, zeigt sich leider noch allenthalben viel zu groß. Sache der Erziehung zur Demokratie aber ist es an die Stelle der Scheu vor Verantwortung und eigener Aktion die regste Lust zur Arbeit am Gemeinwohl zu stellen. Dazu gehören freilich auch Rechte. Erst Rechte erzeugen auch entsprechende Pflichten. Erst einem Volk, dem das Recht der Mitwirkung in weitestem Umfang übertragen ist, erwächst auch in gleichem Maß die Pflicht der Mitverantwortung.

Der Reichskanzler hat am 14. März im preußischen Abgeordnetenhaus diesem Gedanken ebenfalls Ausdruck gegeben. Er sagte:

»Wir werden nach dem Krieg vor die gewaltigsten Aufgaben gestellt werden, die wohl je einem Volke beschieden gewesen sind, vor Aufgaben, die so gewaltig sind, daß das ganze Volk in allen seinen Schichten, jeder Mann im Volke, mit Hand anlegen muß, wenn wir uns überhaupt herausarbeiten wollen. Und auch eine starke auswärtige Politik wird uns nach dem Frieden notwendig sein. Wir werden von Feinden umgeben sein, denen wir nicht gegenüber treten wollen mit großen Worten, mit Renommistereien, mit Sichindiebrustwerfen sondern mit der innern Stärke des Volkes. Eine solche Politik können wir nur treiben, wenn das staatliche, das Vaterlandsbewußtsein, welches in diesem Kriege doch in ganz neuen und uns bisher unbekannt Formen zur wunderbaren Wirklichkeit geworden ist, rein erhalten und gestärkt wird. Eine solche Politik der Stärke, eine solche innere und eine solche äußere Politik können wir nur führen, wenn die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen, vollberechtigte und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen. Meine Herren, das erfordert unsere Zukunft nicht um theoretischer Probleme willen, sondern damit wir leben können.«

Es war ein unumwundenes Bekenntnis zur Neuorientierung, das der Reichskanzler in bestimmter und entschlossener Weise ablegte:

»Können wir nach diesem Kriege leben, wenn im Frieden ein Glied des Volkskörpers versagt? Auch da sage ich nein. Vor dem Kriege sind die Interessen der Arbeiterschaft häufig in einem angeblich unversöhnlichen Gegensatz zu den staatlichen Interessen und zu den Interessen der Arbeitgeber gestellt worden. Ich hoffe, dieser Krieg kuriert uns endgültig von diesem Irrwahn; denn täte er es nicht, wären wir nicht gewillt Folgerungen, die sich aus dem Erleben dieses Krieges ergeben, entschlossen zu ziehen in allen Fragen unseres politischen Lebens, in der Regelung des Arbeiterrechts, in der Regelung des preußischen Wahlrechts, bei der Ordnung des Landtags im ganzen (die Herren sprechen ja vom Herrenhause; ich will auf einzelnes nicht eingehen), wenn wir nicht entschlossen sind diese Folgerungen zu ziehen, und ich sage für meine Person: mit dem Vertrauen, das mir in diesem Kriege eingewachsen ist zu allen Söhnen des Volkes, wenn wir das nicht

tun, dann gehen wir inneren Erschütterungen entgegen, deren Tragweite kein Mensch übersehen kann. Ich werde diese Schuld nicht auf mich laden. . . Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt, wehe dem Staatsmann, der glaubt, daß wir nach einer Katastrophe, wie sie die Welt überhaupt noch nicht gesehen hat, deren Umfang wir Mitlebenden und Mithandelnden überhaupt noch gar nicht verstehen können, der nach einer solchen Katastrophe glaubt, er könnte einfach wieder anknüpfen an das, was vorher war, daß er neuen und jungen Wein in die alten Schläuche füllen könnte, ohne daß sie zersprengten? Wehe dem Staatsmann!«

Das Volk und in ihm besonders die Arbeiterklasse müssen nun ihrerseits zeigen, daß Graf Yorck von Wartenburg unrecht hat, wenn er vom deutschen Volk sagt, daß es »als Ganzes zwar opferbereit, tapfer, mannhaft, von hohem idealen Schwung« sei, daß es aber der »politischen Schulung« in hohem Grad entbehre, und daß seine »Meinung in Friedensjahren von einer zerfahrenen, keineswegs immer nationalen Presse gemacht« werde. Noch hat Graf Yorck nicht ganz unrecht, noch fehlt in der Tat ein erhebliches Quantum der erforderlichen politischen Schulung, noch sind viele, die sich als Politiker vorkommen, Doktrinäre, die Prinzipien deklamieren und Reden halten können, aber die Kunst der Politik: im gegebenen Augenblick mit den gegebenen Kräften etwas zu erreichen, die Welt der Dinge wirklich umzugestalten, noch recht herzlich wenig verstehen. Um so mehr aber tut Demokratie, demokratische Betätigung not, um so wichtiger ist es, daß immer wieder darauf hingewiesen wird, wie sehr praktische Politik an die Stelle deklamatorischer Rhetorik treten muß, wie wir verpflichtet sind uns nicht nur für den Lauf der Dinge verantwortlich zu fühlen sondern die Verantwortung unmittelbar zu übernehmen. Dieser Staat ist unser Staat und soll es werden, soweit er es noch nicht ist. Wir sind verantwortlich für seine Sicherheit, für sein Gedeihen, seine Entwicklung. Nicht ein gedachter Staat der Zukunft, nicht eine imaginäre Zukunftsgesellschaft soll unser Interesse allein fesseln: heute leben wir den heutigen Staat, die heutige Gesellschaft erfreulich zu gestalten, das ist unsere Aufgabe; da steckt auch die wahre Schwierigkeit, während es verhältnismäßig leicht ist ein in sich logisches Begriffsgebäude zu konstruieren, das aber wegen der mangelnden Voraussetzungen vorläufig noch gar keine Wirklichkeit werden kann. Wenn wir so an die Arbeit herantreten, die jetzt im Anschluß an die großen Ereignisse dieses Krieges von uns getan werden muß, dann werden wir von dem herrlichen Werk demokratisch-gemeinnütziger Betätigung ein tüchtiges Stück fertig bringen.

Und es ist wirklich Zeit. Der Reichskanzler hat recht: Wehe dem deutschen Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt, und wehe dem deutschen Volk, wenn es jetzt nicht auch einen gewaltigen Ruck in der Demokratisierung nach vorwärts macht, wenn es sich darin von Rußland übertreffen lassen sollte, wenn das Deutsche Reich in der Welt zwischen der Demokratie des Westens und der Demokratie Rußlands ein Reich des Stillstands oder gar des Rückschritts bliebe. Die Scheindemokratie, die eine verkappte Oligarchie ist, hat unsere Sympathieen nicht, das haben wir offen erklärt. Aber das hat nicht etwa die Folge, daß wir uns nun der offenen Reaktion, dem reinen Absolutismus zuneigen könnten. Es wäre für unsere Geltung in Europa immerhin dann noch heilsamer, wenn wir auch über den Schein der Demokratie erheblich mehr als bisher verfügten. Diesen Schein dann in gutes Sein zu verwandeln wäre eine weitere Sorge, die

wir uns angelegen sein lassen müssen. Es ist nicht zu verkennen, daß England sein gewaltiges Prestige in der Welt zum Teil auch daher schöpft, daß es sich als Schützer der Demokratie überall geberdet. Mag die Machtpolitik, die sich dahinter verbirgt, heute auch allgemein viel erkennbarer sein als früher: die Tatsache selbst ist nicht aus der Welt zu schaffen, solange die politischen Zustände derartig sind, daß England mit mehr oder weniger gutem Grund behaupten kann, es fördere die Sache der Freiheit, im Gegensatz zu den *reaktionären Methoden* Deutschlands.

Wichtiger aber noch ist ein anderes: Es kann nicht bestritten werden, daß alle demokratischen Elemente Rußlands seit jeher mit höchstem Mißtrauen auf Deutschland sahen und sich immer stärker in den Wahn veranrannten, als ob Deutschland der eigentliche Hort der Reaktion sei, als ob in Deutschland das eigentliche Hindernis für die demokratische Entwicklung gerade auch Rußlands liege. Das, was unsere Demokraten und Sozialdemokraten immer von dem russischen Absolutismus befürchteten: nämlich eine Einwirkung auf unsere innerpolitischen Zustände im reaktionären Sinn, das haben umgekehrt die russischen Demokraten von Deutschland befürchtet. Dieser Glaube war nicht auszurotten, er ist natürlich noch geflissentlich von England genährt worden. Dieses Mißtrauen würde auch ein Hindernis darstellen, wenn der psychologische Moment kommt, wo Rußland mit dem Deutschen Reich Frieden zu schließen sich gedrungen fühlt. Für uns, die wir auf eine Verständigung zwischen diesen beiden Völkern hinarbeiten und in einer solchen die beste Gewähr für eine künftige starke, vom Angelsachsenentum unabhängige Kontinentalpolitik erblicken, ist es natürlich von hohem Wert das Mißtrauen zu beseitigen, das auch einer innern Verständigung im Weg wäre. Und das tun wir am besten, wenn wir zeigen, daß Deutschland nur in englischer Darstellung jenes Land der Finsternis ist, daß in Wirklichkeit auch bei uns die Volkskräfte in kräftiger Fülle ans Licht drängen und unsere Zukunft neu gestalten. Die Furcht und das Mißtrauen der osteuropäischen Demokratie gegen uns beseitigen wir nicht dadurch, daß wir als Befreier anderer Nationen auftreten. Es ist nicht unser Beruf die Fremdvölker der russischen Grenzgebiete von dem angeblichen Joch Rußlands zu *erlösen*. Die Befreiung einer Nation muß ihr eigenes Werk sein, und gerade wir müssen diesen Satz in seiner ganzen Tiefe erkennen. Wohl aber ist es gerade deswegen unsere Aufgabe dem deutschen Volk sein volles Selbstbestimmungsrecht zu wahren.

Noch wissen wir nicht, wie die russische Revolution, die wir voller Spannung und voll tiefer Anteilnahme mit erleben, sich jetzt vollziehen wird. Mögen die Kräfte der Konterrevolution vielleicht wieder vordringen, mag ein Ruck nach rechts wieder erfolgen, das eine steht fest: Was geschehen ist, kann nicht wieder ausgelöscht werden. Die Demokratisierung des russischen Reichs wird unter allen Umständen gewaltig fortschreiten. Sie wird getragen von dem demokratischen Sinn des russischen Volkes (der an sich vielleicht größer und seelisch tiefer verankert ist als der irgendeiner andern Nation). Im Licht dieser Tatsache bekommt die Rede Bethmann Hollwegs noch eine ganz andere Bedeutung. Der Wille zu einer wahren innern Neuorientierung, zu einer wirklichen Entfesselung der Volkskräfte in Deutschland beseitigt jede Gefahr, die uns daraus erstehen könnte, daß die in sich zerfallende Entente nun nach dem Wunsch Englands als neuer *Bund der*

Demokratie der europäischen Rاندländer gegen das *reaktionäre* europäische Mittelreich sich zusammenschlösse.

Und ist die äußere Gefahr beseitigt, so bringt uns die gründliche Durchorganisation des ganzen Volkes im Dienst der Gemeinnützigkeit die Möglichkeit unsere Zukunft neu aufzubauen. Die furchtbaren materiellen und seelischen Verluste, die dieser Krieg uns gebracht hat, werden wir in langer mühevoller Arbeit wieder auszugleichen haben. Diese Arbeit kann nur von statten gehen, wenn die Bahn für alle Kräfte des ganzen Volkes frei geworden ist, unter gleichen Rechten, aber auch (und das ist das Wesentliche) bei gleicher Pflicht. Jeder muß seinen Teil dazu beitragen, niemand darf auf Kosten des andern Volksgenossen ein Vorrecht haben oder eines Teils seiner Pflicht sich zu entledigen suchen. Und das Ganze muß in freiwilliger Hingabe an die Nation geschehen. Oder muß noch erst eine fürchterliche Not über uns kommen, bis auch unsere Privilegierten den Opfermut bekunden, wie ihn die französischen Aristokraten an jenem denkwürdigen 4. August, in jener Augustnacht des Jahres 1789, bekundet haben, da sie freiwillig ihrer Vorrechte entsagten, um dafür das weit größere Recht: Glieder einer freien großen Nation zu sein, zu bekommen.

Die deutsche Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiterklasse hat nun alle ihre Arbeit auf das eine Ziel zu richten: die gebundenen produktiven Kräfte des Volkes zu lösen, eine Gemeinschaftsarbeit im höchsten Sinn des Wortes zu beginnen, die wahrhafte Demokratie der Pflicht, der Gemeinnützigkeit durch das ganze Volk von unten herauf, zu realisieren.

LUDWIG QUESSEL · DER TAUCHBOOTKRIEG ALS FRIEDENSBRINGER

LINE sachliche Prüfung der Ergebnisse des ersten Monats verschärften Tauchbootkriegs führt zu dem Resultat, daß die Wirkungen, die man von der uneingeschränkten Verwendung unserer Tauchboote annehmen konnte, in vollem Maß eingetreten sind. Was zunächst die versenkte Tonnage betrifft, so hat die amtliche Meldung des Admiralstabs vom 16. März denjenigen recht gegeben, die von der Verschärfung des Tauchbootkriegs eine Verdoppelung der Beute unserer Unterseeboote erwarteten. Die versenkte Tonnage, die in den 31 Tagen des Januars 439 500 Tonnen betrug, stieg in den 28 Tagen des Februars auf 781 500 Tonnen. Das ist eine Zunahme um fast 100 %. Aber auch in anderer Hinsicht hat der verschärfte Unterseebootkrieg gehalten, was man sich von ihm versprach. Mindestens 50 % der neutralen Tonnage, die der Entente im Januar zur Verfügung standen, sind ihr im Februar entzogen worden. Damit ist eine Verringerung der Handelstonnage für die Entente eingetreten, die nicht nur in England sondern auch in Frankreich und Italien sich aufs empfindlichste fühlbar macht und in der Zukunft zu einem krisenhaften Zustand zu führen droht.

Wie sehr sich die Verhältnisse mit der Eröffnung des verschärften Tauchbootkriegs namentlich für England verschlechtert haben, wird besonders deutlich, wenn wir seine gegenwärtige Lage mit der gegen Ende des ersten Kriegsjahrs vergleichen. Als am 18. Mai 1915 der britische Nationalöko-

nom J. Rosenbaum eine Vorlesung über die Wirkung der ersten 3 Vierteljahre Krieg auf den überseeischen Handel Englands in der Royal Statistical Society zu London hielt, konnte er sich mit gutem Grund über die Engländer lustig machen, die zu Beginn des Krieges gefürchtet hatten, daß die britischen Kauffahrer aus Furcht vor den deutschen Tauchbooten nicht wagen würden aus den englischen Häfen auszulaufen:

»Jeder wissenschaftliche Forscher hat angesichts der Erfahrungen entdeckt, wie ganz anders die tatsächlichen Wirkungen sind als die erwarteten: Die Nahrungsmittel werden knapp und teuer werden . . ., die Handelsflotte wird aus Furcht vor den Unterseebooten untätig im Hafen liegen. . . Solche und noch viel ähnliche düstere Prophezeiungen konnte man hören, und alle ohne Ausnahme sind sie Lügen gestraft worden. Die Tatsachen haben sich überall [für England] als unendlich günstiger erwiesen als selbst der optimistischste Scheingelehrte erwartet hätte. Gewiß, die wirtschaftliche Lage ist nicht wie in gewöhnlichen Zeiten. Die Nahrungsmittel sind teurer, aber in Menge vorhanden . . ., und unsere Arbeiter verdienen beispiellos hohe Löhne, so daß sie ihren Nahrungsmittelaufwand nicht einzuschränken brauchen. Zuerst ging die Einfuhr zurück, aber jeder Monat bringt eine Besserung, und die in den letzten 3 Monaten [Februar bis April 1915] eingeführte Warenmenge überbietet die Rekordziffern vom vorigen Jahr.«¹⁾

Es ist gewiß richtig, daß im Frühjahr 1915, als die Volkswirtschaft der kriegführenden Kontinentalvölker bereits aus tausend Wunden blutete, diejenige Englands sich noch einer relativ guten Gesundheit erfreute. Allerdings war der Gesundheitszustand der britischen Volkswirtschaft auch nicht so ganz einwandfrei, wie ihn Rosenbaum hinstellte. Schon damals zeigte sich eine Erscheinung, die in der Folge immer schärfer hervortreten sollte. Vor dem Krieg war England mit seinen 11,8 Millionen Registertons netto Handelsschiffsraum der erste Frachtführer der Welt. Der Anteil Englands am Weltfrachtverkehr belief sich auf etwa zwei Drittel des gesamten transozeanischen Frachtverkehrs. Der Reingewinn an Seefrachten wurde auf über 2 Milliarden Mark geschätzt. Hierin trat gleich mit Beginn des Krieges ein ganz unerwarteter Umschwung ein. Englands großer Vorrat an Schiffsraum war sozusagen über Nacht mächtig zusammengeschrumpft. Nicht weniger als zirka 4 Millionen Registertons netto fehlten plötzlich der britischen Volkswirtschaft. Zunächst stand man vor einem Geheimnis. Dann aber erfuhr man, daß die britische Admiralität in einem weit höhern Maß, als es von ihr jemals vorausgesehen worden war, Handelsschiffsraum für militärische Zwecke hatte requirieren müssen. Als Hilfskreuzer, als Minensucher und -leger, als Aufklärungs- und Bewachungsfahrzeuge waren Handelsdampfer in großer Zahl in den Dienst der Kriegführung gestellt worden. Weiter machte Englands Beteiligung am Landkrieg auch die Indienstellung zahlreicher großer Dampfer als Truppentransporter, Lazaretttschiffe, Gefangenendampfer usw. zu einer unentrinnbaren Notwendigkeit. Je größer dann im zweiten Kriegsjahr das britische Landheer anwuchs, um so höher stieg der Prozentsatz englischer Handelstonnage, die Jellicoe und Kitchener zum Schrecken der britischen Reeder für sich begehrten. Anfänglich waren es nur 4 Millionen Registertons netto, dann wurden es 5, und jetzt sind es schon 6 Millionen Registertons, wenn die Angabe Lloyd Georges im Unterhaus am 23. Februar, daß »nach allen Abzügen für die Kriegserfordernisse nur ungefähr die Hälfte unserer [der englischen] Tonnage für die gewöhnlichen Bedürfnisse des Volkes verfügbar« sei, den Tatsachen entspricht.

Um der Auffassung entgegenzutreten, daß die Admiralität sich auch mit

¹⁾ Siehe Rosenbaum Die Wirkung des Krieges auf den überseeischen Handel Englands /Jena 1916/, Seite 47.

einem geringern Prozentsatz der Handelstonnage behelfen könne, gab der Minister Carson bei der Vorlage des Marinebudgets im Unterhaus am 21. Februar ein Bild dessen, was die Admiralität mit der requirierten Handelstonnage leisten müsse. Vom Kriegsbeginn bis zum 30. Oktober 1916 hat nach Carson die Gesamtzahl der von den britischen Truppentransportern und Gefangenendampfern über See beförderten Personen 8 Millionen betragen. Im gleichen Zeitraum sind von den britischen Lazarettsschiffen über 1 Million Kranke und Verwundete über See befördert worden. Außerdem seien von den Munitionsschiffen der Admiralität bis zum 30. Oktober 1916 9 Millionen Tonnen Sprengstoffe über See zur Verfrachtung gekommen. Dazu komme dann noch die Leistung der Erkundigungs- und Überwachungsfahrzeuge, die während des letzten Jahres auf hoher See oder im Hafen 15 150 Schiffe untersuchen mußten. Aus Carsons Darlegungen geht also eine so gewaltige Inanspruchnahme der Handelstonnage für Kriegszwecke hervor, daß selbst England mit seiner riesenhaften Handelsschiffahrt nicht umhin konnte von seinen rund 12 Millionen Registertons netto die Hälfte, das heißt 6 Millionen Registertons, für den Krieg dauernd in Anspruch zu nehmen.

Wenn England nun dessenungeachtet im Jahr 1915 die Rekordziffern der Einfuhr vom Sommer 1914 erreichen konnte, so war dies eben nur mittels der neutralen Handelstonnage möglich. Nur mit ihrer Hilfe konnte England den Ausfall an requirierter Handelstonnage zu einem Teil wieder ausgleichen. Im ersten und zweiten Kriegsjahr hat die fremde Schiffahrt der britischen Volkswirtschaft ungefähr 25 bis 30 % des gesamten benutzten Frachtladeraums zur Verfügung gestellt; wozu dann noch die Ansprüche der anderen feindlichen Staaten an den Frachtladeraum der Neutralen kommen, die gleichfalls nicht unbedeutend waren. Behält man dies im Auge, so wird man begreifen, welch ein schwerer Schlag für England der Verlust von auch nur 50 % der neutralen Handelstonnage ist, der durch die Verschärfung des Unterseebootkriegs bewirkt wurde.

Es kann nicht bestritten werden, daß der Beginn des verschärften Unterseebootkriegs für viele neutrale Schiffahrtsgesellschaften das Ende des goldenen Zeitalters bedeutete. Man weiß, daß die neutralen Reedereien sich für die Dienste, die sie den Ententemächten leisteten, fabelhafte Summen bezahlen ließen. Der Statist schätzte die finanzielle Belastung der britischen Volkswirtschaft für 1915 durch die Preisvorgänge am Frachtenmarkt auf rund 6 Milliarden Mark. Sehr bedeutend stellt sich übrigens auch die Belastung Frankreichs dar. Edmond Théry veranschlagt sie auf nicht weniger als 2 Milliarden Mark für ein Kriegsjahr. Kein Wunder, daß in den großen Hafenstädten der Neutralen die Milliarden glanzvoll und üppig wie im Zaubermärchen emporschossen. Der Seltenheitswert des sonst im Überfluß vorhandenen Frachtraums führte den neutralen Schiffahrtsgesellschaften einen Goldstrom zu, wie ihn gleich mächtig selbst die ersten Goldgräberzeiten nicht kannten. Die Schiffsaktien schnellten jäh um 100 bis 300 % in die Höhe. Und trotz außerordentlicher Steigerung der Ausgaben für den Betrieb: erhöhten Kohlenpreisen, erhöhter Mannschaftslöhnung und ständig wachsenden Prämien für die Versicherung, stiegen die Reingewinne der Reedereien um 200 bis 300 %.²⁾ Die Revolution auf dem Frachtenmarkt

²⁾ Siehe W i n g e n Die internationalen Schiffsraumnot, ihre Ursachen und Wirkungen /Jena 1916/, Seite 19 ff.

trieb auch die Preise für fertige Schiffe in die Höhe. Ein 7500 Tonnen-Frachtdampfer, der 1913 für 40 000 Mark geliefert worden war, wurde 1916 mit 160 000 Mark bezahlt. Jedes Schiff, das im Krieg vom Stapel lief, brachte den neutralen Werften das Vierfache dessen ein, was sie dafür im Frieden erhalten hatten. Nach Lloyds Register (für 1915 sind die Angaben dem Indian and Eastern Engineer vom März 1916 entnommen) wurde in den Jahren 1913 bis 1915 folgende Zahl von Handelsschiffen über 100 Bruttoregister-tonnen auf den feindlichen Werften gebaut:

Land	1913	1914	1915
Großbritannien	1 932 153	1 683 553	650 919
Frankreich	176 095	144 052	25 402
Italien	50 356	42 981	22 132
Japan	64 664	85 861	49 408
zusammen	2 223 268	1 956 447	747 861

Wir sehen hier bei den feindlichen Staaten einen Rückgang des Handelsschiffbaus, der sich im Jahr 1915 gegenüber 1913 auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Bruttoregister-tonnen beläuft. Konnte nun dieser enorme Ausfall beim Neubau von Handelstonnage durch die vermehrte Produktion der neutralen Werften wieder wettgemacht werden? Man kann heute diese Frage verneinen. Nach den selben Quellen gestaltete sich der Handelsschiffbau auf den neutralen Werften wie folgt:

Land	1913	1914	1915
Vereinigte Staaten	276 448	200 762	177 460
Holland	104 296	118 153	113 075
Norwegen	50 637	54 204	62 070
Dänemark	40 932	32 815	45 198
Schweden	—	15 163	20 319
Spanien	—	5 163	12 765
zusammen	472 313	426 260	430 887

Obwohl einige neutrale Staaten, wie Holland, Norwegen, Dänemark, einen kleinen Aufschwung ihres Handelsschiffbaus zu verzeichnen haben, steht die Gesamtleistung der Neutralen im Jahr 1915 niedriger als im Jahr 1913. Sowohl 1914 als auch 1915 hat also der Handelsschiffbau der Neutralen keinen Ausgleich für den Rückgang in der Schiffsproduktion der feindlichen Staaten schaffen können. Die Frage, weshalb der neutrale Schiffbau die Kriegskonjunktur 1915 nicht ausnutzte, wird man dahin beantworten können, daß eine Erweiterung der Produktion, die schnell vor sich gehen soll, nirgends auf größere Schwierigkeiten stößt als im Schiffbau. Zunächst ist die Anlage neuer Schiffbauanstalten ein zeitraubender Prozeß. Sind sie aber hergestellt worden, so sind zu ihrer Inbetriebsetzung qualifizierte Arbeiter notwendig, deren Zahl sich keinesfalls beliebig vergrößern läßt. Dazu kommt, daß größere Dampfer einer Bauzeit von 2 Jahren bedürfen. Alle diese Umstände haben bewirkt, daß die Produktionssteigerung in den neutralen Staaten relativ gering war. Häufig wird in der Tagespresse auch der Fehler gemacht, daß die Zahl der im Bau begriffenen Registertonnen den fertiggestellten gleichgesetzt wird. Die in jedem Jahr fertiggestellte Tonnage verhält sich aber zu der im Bau begriffenen im günstigsten Fall wie 1 zu 2. Wenn uns der amerikanische Handelsminister mitteilt, daß am

1. Oktober 1916 auf amerikanischen Werften 1 454 000 Tonnen Stahlschiffe in Arbeit waren, so kann man als sicher annehmen, daß im Jahr 1916-1917 davon höchstens 600 000 Tonnen fertiggestellt sein werden. Es ist daher in hohem Grad wahrscheinlich, daß die ganze Jahresproduktion des neutralen Handelsschiffbaus für 1917 die Verluste der feindlichen Handelsflotte im ersten Monat des verschärften Tauchbootkriegs nicht viel über treffen wird.

In England sind nach britischen Angaben die Neubauten von Handelsschiffen von 650 000 Tonnen im Jahr 1915 auf 582 000 Tonnen im Jahr 1916 gesunken. Obwohl uns diese Ziffer angesichts der in England vollkommen begriffenen Tauchbootgefahr auch recht klein vorkommen mag, so liegt doch kein Grund vor an ihrer Zuverlässigkeit zu zweifeln. Man darf eben nicht vergessen, daß der größte Teil der britischen Werften für die Admiralität arbeitet, so daß ein Drittel der Friedensleistung im Handelsschiffbau an und für sich eine bedeutende Leistung der britischen Schiffbauindustrie darstellt. Fraglich bleibt es aber, ob England seine Neubauten von Handelsschiffen in diesem Jahr wird vergrößern können, auch wenn, wie Carson im Unterhaus ankündigte, »keine einzige Helling während der nächsten Monate unbenutzt bleiben« wird. Mit gutem Grund schrieb das Daily Chronicle am 6. Februar, daß England nicht die Zahl an Tonnengehalt bauen könne, die zerstört werde. Zurzeit werde in einem Monat so viel Frachtraum versenkt, wie England in einer Bauperiode von 6 Monaten ersetzen könne. Der Tauchbootgefahr, der England gegenüberstehe, könne niemals durch den Bau neuer Schiffe begegnet werden. Sieht man davon ab, daß England nicht, wie das englische Blatt behauptet, in 6 Monaten sondern wahrscheinlich erst in einem Jahr die Verluste im ersten Monat des verschärften Unterseebootkriegs wird ersetzen können, so kann man im übrigen den Ausführungen des Daily Chronicle zustimmen. Die Schiffbauindustrie ist in der Tat keine Waffe gegen den verschärften Unterseebootkrieg. Es hat daher seinen guten Grund, wenn Lloyd George in seiner Tauchbootrede den Schiffbau als wirksames Kampfmittel gegen den Unterseebootkrieg überhaupt nicht erwähnte.

WENN England seine Schiffsverluste im Unterseebootkrieg durch Neubauten nicht ersetzen kann, welche Mittel bleiben ihm dann noch übrig einen Ausgleich für den im Tauchbootkrieg verloren gegangenen Schiffsraum zu schaffen? Ehe man auf diese Frage eingeht, ist es notwendig sich die Größe der feindlichen Frachtraumverluste in den letzten Monaten des Kreuzerkriegs unserer Unterseeboote in Erinnerung zu rufen. Darüber gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Monat	Feindliche Verluste	Neutrale Verluste	Gesamtverluste
Oktober 1916	306 500	87 000	393 500
November	314 500	94 000	408 500
Dezember	329 000	86 500	415 500
Januar 1917	336 000	103 500	439 500
zusammen	1 286 000	371 000	1 657 000

Es ist einleuchtend, daß gegenüber solch großen Verlusten, die die Ver-

schärfung des Tauchbootkriegs, wie die Februarbeute zeigt, zu verdoppeln droht, und die selbst Carson als »schlimm und ernst genug« bezeichnete nur ganz drastische Mittel wirksam sein können. Zunächst wäre daran zu denken, ob nicht die Admiralität einen Teil der von ihr requirierten Schiffe freigeben könnte. Solange England das für seine Alliierten leisten will, was es ihnen bisher leistete, scheint jedoch eine derartige Maßregel nicht durchführbar. Nach den Reden, die im Oberhaus bei der Tauchbootdebatte gehalten worden sind, muß man sogar annehmen, daß die Ansprüche der Admiralität an den vorhandenen Schiffsraum nicht kleiner sondern ständig größer werden. Da nun die Neubauten Englands im Jahr 1917 kaum ausreichen werden die Verluste im Februar auszugleichen, so kann ein Ersatz für die Verluste im Tauchbootkrieg eigentlich nur noch indirekt durch intensivere Ausnutzung des Frachtladeraums geschaffen werden. Daß England hierin alles tun wird, was überhaupt getan werden kann, ist zweifellos. Insbesondere ist man jetzt bemüht die Löschung der Schiffe zu erleichtern. Es ist aus den Klagen der britischen Presse bekannt, daß der Mangel an Dockarbeitern sowie an Eisenbahnmaterial und Schleppern ein schnelles Entladen der Frachtdampfer bisher unmöglich machte, und die Folge war, daß die Schiffe oft wochenlang im Hafen liegen mußten, ohne löschen zu können. Daß dieser Zustand jetzt, wo die neutrale Schifffahrt ihre Tätigkeit für die Entente in weitem Umfang eingestellt hat, radikal beseitigt werden wird, ist allerdings zu erwarten. Denn je schneller ein Schiff entladen wird, desto schneller und öfter kehrt es in den offenen Seeverkehr zurück. Aber auch wenn man sich die Ausnutzung des vorhandenen Frachtraums zeitlich und räumlich so intensiv wie nur irgend möglich vorstellt, kann man hierin kein wirksames Mittel gegen die furchtbaren Verheerungen des Unterseebootkriegs erblicken. Auch die intensivste Ausnutzung des Frachtladeraums kann die Gefahr einer Katastrophe nur hinausschieben, nicht beseitigen, sofern England seine Zufuhren nicht in gewaltigem Maß zu reduzieren imstande ist.

Auf die Verringerung der Zufuhren legen denn auch die britischen Staatsmänner das größte Gewicht. Das Programm, das Lloyd George hierzu aufstellte, zerfällt in 2 Teile. Der 1. Teil betrifft die Artikel, deren Zufuhr unmittelbar eingeschränkt oder ganz verboten werden soll. Die Einfuhr von Kaffee, Kakao, Tee, Kohlensäure und Mineralwasser soll vorläufig ganz aufgehoben werden. Beschränkt werden soll die Zufuhr von Fleisch, Früchten und anderen Nahrungsmitteln, die zur Erhaltung des Lebens nicht unbedingt erforderlich sind. Die Reihe fertiger Industrieartikel und Rohstoffe, deren Einfuhr verboten ist, soll noch wesentlich verlängert werden. Die Rohstoffzufuhr für Druckereien, Brauereien und Brennereien soll auf die Hälfte und mehr reduziert werden. So einschneidend stellt sich in der Tat der 1. Teil des Lloyd Georgeschen Programms zur Verminderung der Zufuhren dar, daß Lord Crewe am 1. März mit Recht im Oberhaus sagen konnte, England müsse sich jetzt »wie eine belagerte Stadt« einrichten. Nicht minder bedeutungsvoll ist der 2. Teil. In England sollen geeignete Wälder abgeholzt werden, um Grubenholz für die britischen Bergwerke zu gewinnen. Das selbe soll in Frankreich geschehen, um Bauholz für die britische Armee zu erhalten. Die Einfuhr von Erzen aus Spanien und Skandinavien soll zukünftig eine Verminderung erfahren, indem die eigene Erzeugung durch aus-

giebigere Gewinnung von Erzen mit geringem Gehalt gesteigert wird. Was schließlich die Verminderung der Nahrungsmittelzufuhr für die Zukunft betrifft, so sollen durch Abschachtung der Rindviehbestände große Weidegründe freigemacht werden, auf denen man dann Getreide anbauen will. Kein Zweifel kann daran bestehen, daß in Anbetracht des Ernstes der Lage die englische Bevölkerung an alle diese Aufgaben mit großer Energie herantreten wird. Indes, die meisten von ihnen könnten erst im Verlauf einiger Jahre gelöst werden. Die eigentliche Tauchbootgefahr für England besteht aber darin, daß sie schnelle Gegenmittel erfordert, was besonders klar ersichtlich wird, wenn man sich der Prüfung der Lebensmittelfrage zuwendet.

Hierbei ist zunächst eine Vorfrage zu entscheiden: Hat England, das diesen Krieg langer Hand vorbereitete, in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch Lebensmittelvorräte für den Kriegsfall angehäuft? Die britischen Heerführer und Staatsmänner waren nun freilich die einzigen, die sich zu Beginn des Krieges eine realistische Vorstellung von seiner Dauer machen, sie hätten also wohl an solche Vorratsbeschaffung denken können. Aber eine Vorratswirtschaft, wie sie England benötigt, läßt sich nicht im geheimen durchführen. Wäre sie gleichwohl unbemerkt vor sich gegangen, so hätte die britische Regierung gerade jetzt ein Interesse daran auf die vorhandenen Vorräte im Land hinzuweisen. Davon ist jedoch keine Rede. Im Gegenteil. Am 23. Februar erklärte Lloyd George, nach dem Bericht der Times vom 24. Februar 1917, im Unterhaus:

„Im gegenwärtigen Augenblick sind unsere Lebensmittelbestände niedrig, alarmierend niedriger als jemals, soweit wir zurückdenken können. . . Unsere ganze Kraft muß auf die Vermehrung der Produktion für die Ernte dieses und des nächsten Jahres gerichtet sein. Die diesjährige Ernte muß unsere unmittelbarste Sorge sein. Es wäre leichter gewesen, wenn wir dies schon vor einiger Zeit getan hätten. . . Die Arbeit muß nun in 6 Wochen zusammengedrängt werden, die schon vor 2 Jahren hätte getan werden müssen.“

Dafür, daß Lloyd George hier die Wahrheit spricht, lassen sich zahlreiche Gründe anführen. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß nach den Accounts relating to Trade and Navigation vom Dezember 1915 in den 3 Jahren 1913, 1914 und 1915 eine Vorratsbildung jedenfalls nicht stattgefunden haben kann. Die englische Einfuhr an Getreide und Mehl betrug 1913 225 Millionen Hundredweight (zu 50,8 Kilo), 1914 200 und 1915 201 Hundredweight. Danach hat die Getreide- und Mehlfuhr in den beiden ersten Kriegsjahren nicht zu- sondern abgenommen. Das zeigt sich auch, wenn wir zum Vergleich die Angaben des Economist vom 12. Februar 1916 heranziehen, wonach in den für die Brotgetreidezufuhr besonders wichtigen Monaten September bis Januar, in denen das amerikanische und canadische Getreide nach England verschifft wird, sich die englische Einfuhr von Weizen und Mehl wie folgt gestaltet: September bis Januar 1913-1914 9,2 Millionen Quarter Weizen und 1,8 Millionen Quarter Mehl; September bis Januar 1914-1915 10,4 Millionen Quarter Weizen und 1,5 Millionen Quarter Mehl; September bis Januar 1915-1916 8,9 Millionen Quarter Weizen und 1,2 Millionen Quarter Mehl. Auf Grund dieser Zahlen wird man bis Januar 1916 von einer Abnahme der Weizenvorräte in England sprechen müssen.

Was das Versorgungsjahr 1916-1917 im besondern betrifft, so erfordert dieses wegen der katastrophalen Mißernte in Amerika eine genauere Betrachtung. In Großbritannien und Irland ist die Anbaufläche von Weizen und

Roggen von 966 600 Hektar im Jahr 1915 auf 854 600 Hektar im Jahr 1916 herabgegangen. Als Grund hierfür wurde im Oberhaus am 1. März angegeben, daß von den 480 000 Feldarbeitern dienstpflichtigen Alters 180 000, das sind 37 %, zum Heeresdienst eingezogen worden sind. Daß in einer Zeit, wo die britischen Industrien einen großen Bedarf an ungelerten Arbeitern hatten und die höchsten Löhne zahlten, es den britischen Großpächtern nicht immer möglich war sich einen Ersatz für die eingezogenen Feldarbeiter zu beschaffen, ist nicht verwunderlich. Erstaunlich ist dagegen, daß sie mit einer um mehr als ein Drittel reduzierten Arbeiterschaft noch 854 000 Hektar, also immerhin mehr als in Friedenszeiten, mit Brotfrucht bestellen konnten. Was nun den Ertrag der letzten britischen Ernte angeht, so kann die Roggenernte hier außer Betracht bleiben, da im ganzen nur 23 000 Hektar mit Roggen bestellt waren. An Weizen wurden 1916 16,5 Millionen Doppelzentner gegenüber 21 Millionen Doppelzentner im Jahr 1915 geerntet. Es ist mithin aus der heimischen Weizenernte im Versorgungsjahr 1916-1917 ein Minderertrag von 4,5 Millionen Doppelzentner zu verzeichnen. In Frankreich ist der Weizenertrag von 60,6 Millionen Doppelzentner 1915 auf 58,4 Millionen 1916 zurückgegangen. Vor dem Krieg betrug die durchschnittliche Weizenernte Frankreichs 86,4 Millionen Doppelzentner. Ähnlich wie in England ist es auch in Frankreich trotz allen Anstrengungen nicht gelungen den Rückgang der Weizenproduktion aufzuhalten. Der Ertrag der französischen Roggenernte hat sich von 12,4 Millionen Doppelzentner 1913 auf 9,1 Millionen 1916 verringert. Im ganzen beträgt der Rückgang der französischen Brotgetreideernte von 1916, verglichen mit der von 1913, 31,3 Millionen Doppelzentner, also fast das Doppelte der ganzen britischen Weizenernte von 1916. Man muß das im Auge behalten, um zu verstehen, daß die Regierung der Republik die Brotkarte einführt und die Ackerbaukommission der Kammer kategorisch die Entlassung sämtlicher 250 000 Ackerbauer der älteren Jahresklassen aus der Armee fordert, »um der Hungersnot im Jahr 1917 vorzubeugen«. In Italien liegen die Verhältnisse auch nicht günstig. Der Weizenertrag ist hier von 49,8 Millionen Doppelzentner 1913 auf 48,0 Millionen 1916 gesunken.

Wie steht es nun mit der Fähigkeit der Getreidelieferanten der Entente die Fehlbeträge, die in diesem Jahr, wie wir gesehen haben, besonders groß sind, zu decken? Ernstlich in Frage kommen nur die Vereinigten Staaten, Canada, Argentinien, Australien und Indien. Deren Weizenernte gestaltete sich nun in Millionen Doppelzentner wie folgt ³⁾:

Land	1916	1915	Minderertrag gegenüber 1915
Vereinigte Staaten	173,5	279,1	105,6
Canada	60,0	116,1	56,1
Argentinien	21,0	47,0	26,0
Australien	40,5	38,9	1,6
Indien	86,5	102,5	16,0
zusammen	381,5	583,6	205,3

³⁾ Die zahlenmäßigen Unterlagen über die Welternte 1916 finden sich in den vom Internationalen Landwirtschaftsinstitut herausgegebenen Nachrichten zur landwirtschaftlichen Produktions- und Handelsstatistik vom Dezember 1916. Obgleich es sich im wesentlichen um Schätzungen handelt, sind die Angaben doch geeignet ein annäherndes Bild von dem ungünstigen Ernteausschlag in den für die Entente wichtigen Produktionsländern zu geben.

Der katastrophale Charakter der Mißernte bei den Getreidelieferanten der westlichen Ententestaaten wird noch dadurch verschärft, daß gerade diejenigen Länder, die Europa am nächsten liegen, die größte Mißernte aufzuweisen haben. Um sich nur einigermaßen mit Getreide zu versorgen, sind England, Frankreich und Italien gezwungen ihre Handelsschiffe bis nach Indien und Australien zu senden. Wenn ein Schiff von England oder Frankreich nach nordamerikanischen Häfen 6 bis 7 Reisen im Jahr machen kann, so nach La Plata nur 4 bis 5 und nach Australien und Indien bestenfalls 2 bis 3. Aber auch dann, wenn es der Entente gelingen sollte den ganzen Ertrag an Brotgetreide, den die angeführten Länder überhaupt abgeben können, herbeizuschaffen, wird bei ihnen noch immer gegenüber dem Vorjahr ein Fehlbetrag von zirka 400 Pfund pro Kopf der Bevölkerung vorhanden sein. Die Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür, daß der den Westmächten noch zur Verfügung stehende Frachtladeraum hierzu nicht ausreichen wird, wenn dieser durch den verschärften Tauchbootkrieg weitere Einbußen erleidet. Da England mit einer größeren Bevölkerung als Frankreich nur den vierten Teil des Ertrags der französischen Ernte aufzuweisen hat, so ist seine Versorgung auch naturgemäß am meisten gefährdet. Und die britische Versorgungsfrage läßt keine langwierige Lösung zu; sie muß schnell gelöst werden, wenn nicht die britischen Inseln von schwerem Mangel heimgesucht werden sollen.



SO viel steht nach der Erklärung des verschärften Tauchbootkriegs unzweifelhaft fest, daß England, wenn es die Versorgung seiner Bevölkerung nicht in Frage stellen will, nicht mehr das für seine Alliierten sein kann, was es früher für sie war. Schon der erste Monat des verschärften Tauchbootkriegs hat Englands Verbündete darüber aufgeklärt, wie hinfällig die britische Behauptung war, daß der Verlust von Handelsschiffen für den Krieg wenig ausmache. Jetzt, wo der ungehemmte Tauchbootkrieg Tatsache geworden ist, bezeichnet die Morning Post jene Auffassung selbst als einen »verhängnisvollen Irrtum«, und sie fügt hinzu, daß in der Tat durch den uneingeschränkten Gebrauch der deutschen Unterseeboote die britische »Handelsflotte praktisch des Schutzes der Kriegsflotte, der während Generationen als absolut sicher angesehen wurde, beraubt worden ist, und das zu einer Zeit, wo die [britische] Kriegsflotte stärker war als jemals zuvor«. Wir wissen nun aus den Kundgebungen französischer Minister, daß Englands Alliierte vor allem im Vertrauen auf die britische Seegewalt in den Krieg eingetreten sind, weil sie von ihr nicht bloß Deutschlands Absperrung von allen Zufuhren erwarteten sondern auch die Sicherung ihrer Versorgung durch Beherrschung der Meere und die Forcierung der Dardanellen. Diese Berechnung hat der verschärfte Unterseebootkrieg völlig über den Haufen geworfen. Mit Schrecken sehen jetzt namentlich Italien und Frankreich der Zeit entgegen, wo sie auf ihre eigenen wirtschaftlichen Kräfte für Kriegführung und Volksernährung angewiesen sein werden. Der Tauchbootkrieg muß deshalb das Bestreben bei den kontinentalen Alliierten Englands stärken schnell aus dem Krieg herauszukommen und ihre Orientierung einer Revision zu unterziehen.

Wie diese ausfällt, hängt in hohem Grad von u n s e r m Verhalten ab. Wirklich gesichert kann Deutschlands wirtschaftliche und politische Zukunft nur

durch eine Verständigung mit dem Osten gegen das Angelsachsentum werden. Ob die russische Revolution, die den seit einem Jahr immer erbitterter gewordenen Kampf zwischen Parlament und Bürokratie zugunsten des Parlaments entschieden zu haben scheint, unsere Ostorientierung erleichtert, steht dahin. Jedenfalls muß das neue Regime in Rußland jetzt zu einer selbst zu verantwortenden Entscheidung darüber kommen, ob es in Zukunft mit England oder Deutschland gehen will. Die englische Orientierung bedeutet für Rußland die Fortsetzung des Krieges, dessen Ausgang völlig ungewiß ist. Die deutsche Orientierung ist dagegen für Rußland gleichbedeutend mit der Erlösung von den Qualen des Krieges und der Sicherung einer großen Zukunft in Asien. Mit unübertrefflicher Meisterschaft hat es England verstanden die neue russische Regierung vorläufig für sich einzufangen. Wir wissen aber aus den Vorgängen bei der jungtürkischen Revolution, die zunächst unsern ganzen Einfluß in der Türkei vernichtet zu haben schien, daß die Lebensinteressen des Staates schließlich doch den Ausschlag geben. Verstehen wir es bei der Wahrnehmung unserer Interessen die Lebensinteressen Rußlands ausreichend zu berücksichtigen, so wird die Mehrheit, die aus den Wahlen zu der angekündigten konstituierenden Nationalversammlung hervorgehen wird, unschwer sich für den Frieden und die Verständigung mit Deutschland entscheiden können.

Vor allem notwendig ist es, daß wir in diesem schicksalsschweren Moment, wo wir endlich einen Frieden, der uns eine Zukunft sichert, in die Hand bekommen können, uns nicht von Parteidoktrinen irreleiten lassen. Wir dürfen wohl die innere Politik in den Dienst der äußern stellen, nicht aber umgekehrt die äußere den Bedürfnissen der innern unterordnen. Vor dieser zweiten Methode ist in den Sozialistischen Monatsheften stets gewarnt worden. Wir, obgleich Sozialisten, schreckten daher in der Verfolgung unseres Ziels: die Zukunft Deutschlands sichern zu helfen, nicht davor zurück einen Frieden mit dem alten, reaktionären Rußland zu befürworten. Umgekehrt würde der deutsche Konservatismus, der 1871 mit der Republik Frankreich bereitwillig in Friedensverhandlungen eintrat und der auch während dieses Krieges die parteipolitischen Gesichtspunkte bei der Behandlung außenpolitischer Fragen zurückzudrängen wußte, einen verhängnisvollen Fehler begehen, wenn er jetzt in die Politik der Heiligen Allianz zurückfiel und aus innerpolitischer Abneigung gegen ein sich revolutionär erneuerndes Rußland Möglichkeiten, die sich bieten sollten, ungenutzt ließe. Unbedingt zurückzuweisen ist die Meinung, die in manchen Kreisen der deutschen Linken Gläubige findet, daß Rußland in ein Chaos treibe und deshalb für uns die Zeit gekommen sei den gescheiterten Versuch mit England einen Frieden auf Kosten des revolutionären Rußlands zu schließen von neuem aufzunehmen. Es ist seltsam, daß manche Liberale aus der Politik der Vergangenheit nichts lernen zu können scheinen. Als 1905 Rußland von Japan besiegt war, erlebten wir das selbe Schauspiel. Rußland erschien gewissen einflußreichen Kreisen damals auch als bündnisunfähig. England wußte freilich Rußlands Stärke besser einzuschätzen und schloß mit ihm alsbald die Konvention über Tibet, Afghanistan und Persien, um alle Reibungsflächen in Zentralasien vorläufig zu beseitigen und das Zarenreich wieder *nach Europa*, das heißt gegen Deutschland zu führen. Einige Jahre später konnte England bereits die Früchte dieser weitschauenden Politik ernten,

indem es, gestützt auf Rußland, die Fortführung der Bagdadbahn bis zum Persischen Golf zu verhindern wußte. Die vollständige Einkreisung Deutschlands, der Abfall Italiens und Rumäniens waren weitere Folgen der Politik, die die Entscheidung zwischen Ost und West nicht zugunsten des Ostens zu treffen wußte. Soll Deutschland jetzt den selben Weg einschlagen wie zur Zeit der ersten russischen Revolution, der zur Schließung jenes unheilvollen Ringes gegen Deutschland führte?

Der Tauchbootkrieg gibt uns in seinem weitem Verlauf die Möglichkeit einer Neuorientierung der europäischen Politik, der die erste, konsequente Orientierung der deutschen Politik vorangehen muß. Von unserer Entschlußkraft wird es abhängen, ob wir den psychologischen Moment, der da kommt, erfassen und ausnutzen können. Tun wir das, so hat der Tauchbootkrieg uns den dauernden Frieden gebracht.

EMIL KLOTH · DIE NEGATIVE UND DIE POSITIVE FRIEDENSFORMEL



ENOSSE Scheidemann hat vor einiger Zeit eine Friedensformel aufgestellt, die es zu einer gewissen Berühmtheit gebracht hat. Sie lautet: »Was französisch ist, soll französisch, was belgisch ist, soll belgisch, und was deutsch ist, deutsch bleiben.« Diese Formel hat im offiziellen sozialdemokratischen Lager so gut wie keinen Widerspruch gefunden, man hat ihren Inhalt im großen ganzen als Selbstverständlichkeit betrachtet. Und doch erheischt das komplizierte Problem des kommenden Friedens genauer zu untersuchen, ob wir es hier wirklich mit der Zauberformel zu tun haben, die alle Schwierigkeiten spielend löst.

Mag man Annexionist oder Antiannexionist sein, das eine wird man ohne weiteres feststellen müssen: Die Scheidemannsche Formel ist viel zu eng für die gewaltigen Spannweiten der durch den Krieg aufgeworfenen, zur Entscheidung hintreibenden weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fragen. Es handelt sich nicht bloß um Frankreich, Belgien und Deutschland oder gar bloß um mehr oder minder große Fetzen des Gebiets dieser Länder. Es handelt sich vielmehr um wirtschaftspolitische Systeme, die mit einander um ihren Platz auf der Welt ringen. Deshalb auch die Hartnäckigkeit auf beiden Seiten, die Anspannung aller Kräfte bis zur Erschöpfung. Alle beteiligten Völker wissen wohl, daß der Ausgang dieses Krieges das Schicksal ihrer Wünsche, Hoffnungen und Interessen bestimmt.

Die auswärtige Politik ist nie die Stärke unserer Partei gewesen. Nach ihrer Auffassung war die heimische Regierung fast immer im Unrecht. Und diese, mehr durch ihre Unwandelbarkeit als durch politische Einsicht sich auszeichnende Meinung wurde so laut verkündet, daß es nicht verwunderlich ist, wenn man im Ausland, besonders aber in den ausländischen sozialistischen Parteien, aufs äußerste erstaunt war, als wir bei Kriegsausbruch uns entschlossen hinter unsere Regierung stellten, anstatt durch Generalstreik usw. die Mobilmachung zu erschweren. Die historische Auffassung unserer, angeblich historisch-ökonomisch orientierten Partei war in der Praxis allzusehr von persönlich moralisierenden (nicht etwa allgemein ethi-

schen) Erwägungen durchsetzt; sie vermochte daher unter der Hülle oft abstoßender äußerlicher Vorgänge nicht die Tendenzen wirtschaftlicher Umwälzungen zu erkennen. Deshalb konnte auch die Schuldfrage, die Suche nach den Personen, die den Krieg heraufbeschworen hätten, eine so große Rolle bei uns spielen. Anstatt die leitenden Staatsmänner als die Träger wirtschaftlicher Triebkräfte zu bewerten, betrachtete man sie als die Schieber auf der politischen Weltbühne. Damit versperrten wir uns natürlich den Zugang zu einer sachlichen Würdigung der weltgeschichtlichen Vorgänge. Haß und Entrüstung sind schlechte Berater. Die Verdammungsurteile über das *perfidie Albion* sind nicht nur vom geschichtlichen wie vom philosophischen Standpunkt aus so überaus töricht, sie lassen vor allem den Kern dessen verschwinden, worum es sich in diesem Krieg handelt. Freilich ist die britische Politik rücksichtslos, und sie kennt kein anderes Gebot als das: ihre Ziele zu erreichen. Allein bei ihrem Imperialismus folgt sie dem ökonomischen Gebot nach immer größerer Konzentration der Warenerzeugung und des Warenvertriebs. Das ist keine besondere Eigenart des englischen Kapitalismus, das gleiche Streben eignet auch dem Kapitalismus der anderen Länder. Nur befindet sich der englische Kapitalismus insofern in besonderer Lage, als er den gewaltigen Vorsprung als erstes Industrieland der Welt mehr und mehr von deutscher Seite überholt sah. Daß er seine Position, die ihm faktisch ein Monopol auf dem Weltmarkt bedeutete, nicht preisgeben wollte, ist zu verstehen. Daß er, statt durch Steigerung der eigenen Produktivität, durch erhöhte Arbeitsleistung den Mitbewerber wieder aus dem Feld zu schlagen, zum Mittel der gewaltsamen Niederhaltung griff, ist freilich unter keinen Umständen zu billigen. Aber ganz verfehlt ist es diese aus dem Ökonomischen entspringende Tatsache auf die Schlechtigkeit einzelner Menschen oder auch eines ganzen Volkes schieben zu wollen.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft in unserm Zeitalter drängt zur Bildung großer Imperien, die in der Hauptsache sich selbst genügen und gerade darum als gleichberechtigte Partner auf dem Weltmarkt auftreten können. Es ist ein Konzentrationsprozeß, der zur Kontingentierung der Weltpolitik führt, und der in der industriellen Entwicklung jeder aufblühenden Volkswirtschaft sein verkleinertes Abbild findet. Im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird uns jetzt in einer Reihe von Monographien die Monopolfrage in den großen Industrien dargestellt. Da wird uns bei der Behandlung der Schwereisen- und Elektrizitätsindustrie nachgewiesen, wie die Riesenbetriebe immer mehr anwachsen und durch Angliederung immer weiterer Nebenbetriebe zu sich selbst genügenden wirtschaftlichen Einheiten zu werden trachten, die alles, was sie brauchen, selbst gewinnen und erzeugen: von den Rohstoffen bis zur Kiste, in der die fertige Ware verschickt wird. Die Weltreiche, die bereits vorhanden sind oder unter unseren Augen sich bilden, sind im Grunde genommen nichts anderes als wirtschaftspolitische Großbetriebe, deren Macht in ihrer relativen Autarkie liegt. Am liebsten möchte jede Nation sich wirtschaftlich auf sich selbst gestellt sehen. Das ist natürlich unmöglich. Wollen die kleineren Nationen nun nicht einfach von einer großen Weltmacht verschluckt werden, wollen sie ihr nationales Eigenleben sich bewahren, so müssen sie selber sich zu einem Imperium zusammenschließen. Das ist die eindringliche Lehre dieses Weltkriegs, und diese Einsicht wird der einzige

bleibende Gewinn sein, den das blutig zerfetzte Europa aus diesem gewaltigen Kampf heimträgt.

Was besagt nun die Scheidemannsche Formel für die Gestaltung dieses neuen Europas?

Daß, was bisher französisch war, auch französisch bleiben soll, wird in unseren Reihen kaum einen Widerspruch finden. Wir haben am allerwenigsten ein Interesse daran, daß etwa durch die Lostrennung des französischen Erzgebiets die industrielle Entwicklung Frankreichs lahmgelegt, die französische Volkswirtschaft verkrüppelt wird. Das würde nur zur Folge haben, daß Frankreich sich dauernd in die Abhängigkeit von England begibt. Wir aber erstreben eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die ja beide durch keinen wirklichen Interessengegensatz von einander getrennt sind, und die in Gemeinschaft ein von jeder angelsächsischen Suprematie befreites festländisches Europa aufrichten könnten.

Anders steht es schon mit der Anwendung der Scheidemannschen Formel auf das belgische Problem. Daß, was belgisch ist, auch belgisch bleiben soll, ist ein Versprechen, das wir allein gar nicht einzulösen vermögen. Belgien wird infolge seiner geographischen Lage und seiner Kleinheit entweder ein kontinentales Vorwerk des englischen Imperiums bleiben, was es (selbst nach dem Zeugnis belgischer Sozialisten) schon vor dem Krieg war. Oder es wird ein Glied des mitteleuropäischen Imperiums, das zur Tatsache werden wird, wenn die Mittelmächte sich im Krieg gegen England behaupten. Belgien als neutrales Land war ein Traum. Deutschland wird Belgien schwerlich wieder in die Hände Englands zurückgeben können. Es wird und kann eine Form gefunden werden, in der in Belgien die notwendige Sicherung gegen England getroffen wird, ohne die nationale Freiheit Belgiens anzutasten.

Daß deutsch bleiben soll, was deutsch war: diesen Programmpunkt der Scheidemannschen Friedensformel wird wohl jeder Deutsche unterschreiben wollen. Und doch ist nicht einmal dieser Punkt ganz eindeutig richtig. Das weltpolitisch zu wenig geschulte deutsche Volk vergißt gar zu leicht, daß zum deutschen Besitz auch die deutschen Kolonien gehören (und diese sind für die Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft in Zukunft mit das Wichtigste). Da müssen wir aber erkennen, daß nicht ein verstreuter Kolonialbesitz ohne System, wie wir ihn vor dem Krieg hatten, uns nützt, sondern ein zusammenhängendes Kolonialreich, das in sich die Gewähr seiner Existenz und seiner wirtschaftlichen Entfaltung bietet. Auf unsern ostasiatischen und Südseebesitz werden wir schwerlich mehr großes Gewicht legen; namentlich wenn wir daran denken, daß durch solche verstreuten kleinen Besitztümer die Verständigung mit dem werdenden ostasiatischen Imperium erschwert oder unmöglich gemacht wird. Andererseits kann uns in Afrika das, was wir vor dem Krieg dort hatten, für unsere spätere Wirtschaft nicht genügen. Die Zusammenschließung dieser Teile durch den Erwerb Mittelfrikas ist eine logische Forderung unserer Kolonialzukunft. In der Bewertung der kolonialpolitischen Arbeit hat unsere Partei in den letzten Jahren ja zum Glück gründlich umgelernt. Mit der Einschätzung unserer Kolonien als unfruchtbare Sandwüsten, wie sie von den Kolonial-

sachverständigen unserer Partei, von den designierten Kolonialrednern unserer Fraktion verkündet wurde, ist es ja jetzt vorbei. Wir betrachten vielmehr alle mehr oder weniger eine rationelle eigene Kolonialwirtschaft als unumgänglichste Voraussetzung wirtschaftlichen Gedeihens. Wir haben alle mehr oder weniger eingesehen, daß Kolonien nicht etwa nur Absatzgebiete eines gierigen Kapitalismus darstellen, daß sie vielmehr in erster Linie Gebiete zur Gewinnung der uns unentbehrlichen Rohstoffe sind. Aber auch der militärische Wert der Kolonien wird jetzt besser begriffen. Unsere früheren Spöttereien über die schwarze Armee Frankreichs sind durch die Tatsachen dieses Krieges ad absurdum geführt worden. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß die Großmächte in Zukunft ihre Kolonien auch militärisch sich noch viel mehr als bisher nutzbar machen werden.

Man sieht, daß die Scheidemannsche Formel in den 3 Punkten, die sie enthält, eigentlich nur negativer Art ist, daß sie den positiven Kern des Friedensproblems nicht trifft. Aber sie ist noch obendrein unvollständig, denn sie ist nicht einmal konsequent antiannexionistisch. Sie sagt nämlich nicht, daß das, was r u s s i s c h ist, auch russisch bleiben soll. Unausgesprochen, aber doch deutlich, richtete sie damit ihre Spitze gegen Rußland. Damit aber zeigte sie, daß ihr Urheber immer noch nicht England als unsern eigentlichen Gegner erkannt hat. Wie die Formel dasteht, bedeutet sie eine westliche Orientierung unserer Außenpolitik. Daß die Zukunft Deutschlands und Europas aber auf diesem Weg n i c h t zu sichern ist, das ist in den Sozialistischen Monatsheften immer erneut dargelegt worden. Jetzt, im Angesicht der russischen Revolution, hat der Vorwärts, der früher unentwegt seinen Blick nach dem Westen gerichtet hat, endlich die notwendige Ergänzung der Scheidemannschen Formel vollzogen. Die Notwendigkeit einer östlichen Orientierung Deutschlands, als Voraussetzung einer Zusammenfassung Kontinentaleuropas, erkennt er zwar auch heute noch nicht. Wohl aber hat er eine Verständigung mit Rußland zum Zweck der Herbeiführung des Friedens in Aussicht genommen, und er will zu diesem Zweck auf die Lostrennung russischer Landesteile verzichten. Das ist zwar noch kein weit-ausschauendes politisches Programm. Immerhin wird dadurch Bresche in ein Vorurteil gelegt, von dem die deutsche Linke, zum Schaden einer konsequenten auswärtigen Politik, allzu lange befangen war.

Die Formel Scheidemann kann, wie aus dem Dargelegten ersichtlich ist, in keiner Weise befriedigen. Sie hat auch dem Ziel: uns den Frieden zu bringen, in keiner Weise nähergeführt. Nachdem nun die Entente, als Antwort auf das deutsche Friedensangebot, ihre auf die dauernde Schwächung Deutschlands und seiner Verbündeten gerichteten Pläne der Welt kundgetan hat, müssen wir ihren Maximalforderungen unsere eigenen Minimalforderungen entgegensetzen. Das deutsche Volk muß folgendes erstreben:

1. die Freiheit der Meere für seine Ein- und Ausfuhr, sowie ihre Sicherung durch eine entsprechende eigene Seegewalt;
2. ein zusammenhängendes Kolonialreich in Afrika zur Versorgung seiner Industrie mit Rohstoffen, sowie zur spätern Besiedelung durch seinen Überschuß, der dem Volksganzen nicht verloren gehen darf;
3. die Bildung eines zusammenhängenden mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiets, mit Einschluß Vorderasiens, das sich selbst versorgen und seine Unabhängigkeit gegenüber den bestehenden Weltreichen behaupten kann.

und Nachfrage geregelt worden, so wäre sicher eine Reduktion eingetreten. Sie wurde nur dadurch verhindert, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in gemeinsamen Aufrufen dafür eintraten die tariflichen Vereinbarungen auch während der Dauer des Krieges aufrechtzuerhalten. Damals wurde allgemein noch mit einer kurzen Kriegsdauer gerechnet, und kein Mensch konnte voraussehen, welche Veränderungen in den Preisen der notwendigsten Lebensbedürfnisse in den nächsten Monaten eintreten würden. Als dann in den ersten Monaten des Jahres 1916 die Zeit heranrückte, wo ein Teil der Tarifverträge erneuert werden mußte, hätte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zwar schon erheblich gebessert; sie war aber doch noch so unsicher, daß man Schlüsse für die Zukunft nicht ziehen konnte. Da man wirtschaftliche Kämpfe möglichst vermeiden wollte, wurden zunächst nur tastende Versuche gemacht ohne Tarifikündigung durch Verhandlungen von den Unternehmern Zugeständnisse zu erlangen. Die Entwicklung der Tarifverträge während der Kriegszeit ist in den Sozialistischen Monatsheften bereits dargestellt worden. Ich will hier des Zusammenhangs willen noch einmal eine kurze Übersicht geben, um sie dann fortzuführen und zu vervollständigen.

Zuerst gelang es dem Steinsetzerverband in einer Anzahl von Orten und Bezirken tarifliche Lohnerhöhungen von 10, 15 und 20 % zu erreichen, die am 1. Februar 1916 in Kraft traten.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Reichstarifvertrags für das Malergewerbe fanden am 25. Januar 1915 unter dem Vorsitz des Direktors im Reichsamt des Innern Caspar statt. Dabei kam folgende Vereinbarung zustande:

»Den Arbeitnehmern wird eine Kriegsteuerungszulage bewilligt. Diese Zulage beträgt in Orten mit einer Arbeitszeit von 9 oder weniger Stunden 6 Pfennig für die Stunde, in Orten mit einer Arbeitszeit von mehr als 9 Stunden 5 Pfennig für die Stunde. Diese Zulage ist vom 1. März 1916 an in voller Höhe zu zahlen, und zwar an Arbeitnehmer, die an diesen Tagen bereits beschäftigt sind, als Zuschlag zu den ihnen bisher gewährten oder später erhöhten Löhnen. An Arbeitnehmer, die nach dem 1. März 1916 eintreten, ist die Zulage als Zuschlag zu den mindestens tarifmäßigen Löhnen voll zu zahlen.«

Auf Grund dieser Vereinbarung wurde der Tarifvertrag vom Jahr 1913 bis zum 15. Februar 1917 verlängert; für den Fall, daß Deutschland bis dahin mit einer der feindlichen europäischen Großmächte noch keinen Frieden geschlossen habe, sollten sich die Tarifverträge bis zum 15. Februar 1918 unter Weiterzahlung des vereinbarten Zuschlags weiter verlängern.

Am 31. Dezember 1916 war die 5jährige Tarifperiode im Buchdruckgewerbe abgelaufen. Aber auch hier unterblieb die Kündigung, und zwar auf Anraten und infolge der Vermittlung des Tarifamts. Der Tarifausschuß richtete gleichzeitig an die Arbeitgebermitglieder der Tarifgemeinschaft die dringende Bitte »durch Gewährung von Teuerungszulagen ihren Gehilfen entgegenzukommen, damit es denselben möglich ist auch bei den außerordentlich verteuerten Lebensbedingungen ihre Verpflichtung gegen Staat und Familie zu erfüllen«. Da die Gewährung von Teuerungszulagen nicht durch die Tarifbestimmungen vorgesehen ist, sollten die Schiedsgerichte in erster Linie auf eine Verständigung zwischen den Parteien hinwirken. Von den Tarifparteien wurde erwartet, daß sie durch ein vernünftiges Verhalten an der Erfüllung dieser Aufgabe mitzuwirken bereit sein werden.

Am 8. Februar 1916 wurde zwischen dem Ausschuß des Verbandes Deutscher Klempner und Installateurinnungen und 2 Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes folgende Vereinbarung getroffen:

»Die bestehenden Tarife werden für sämtliche dem Verband angeschlossenen Innungen um 1 Jahr verlängert. 3 Monate vor Ablauf treten die Parteien erneut zu Verhandlungen zusammen. Die Gewährung einer angemessenen Teuerungszulage wird anerkannt und den Innungen empfohlen. Die Höhe dieser Zulagen bleibt örtlichen Verhandlungen vorbehalten. Sollte sich keine Einigung erzielen lassen, so werden die Leitungen der Verbände eingreifen.«

Unter Mitwirkung von Vertretern des Kriegsministeriums und anderer militärischer Behörden wurde zwischen dem Verband der Sattler und Portefeuller und den Arbeitgebern als Kriegslieferanten ein Reichstarif geschaffen, durch den die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gesamte Lederindustrie verbessert und geregelt wurden.

Nachdem die Tarifverträge im Baugewerbe am 31. März 1916 abgelaufen waren, kamen auf Einladung des Reichsamts des Innern am 3. Mai 1916 unter dem Vorsitz des Geheimrats Caspar Verhandlungen zustande. Das Resultat war eine Vereinbarung, nach der der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe vom 27. Mai 1913 bis zum 31. März 1917 verlängert wurde, mit der Klausel, daß eine Verlängerung um ein weiteres Jahr eintreten solle, falls am 31. Dezember 1916 noch nicht mit einer der feindlichen Großmächte Friede geschlossen sei. Die Lohnerhöhungen betragen 7, 10 und 11 Pfennig pro Stunde; ein Teil davon sollte sofort, ein Teil am 1. Juli und der letzte Teil am 1. September 1916 in Kraft treten. Die gleichen Kriegszulagen sollten auch bei Akkordarbeit unter Zugrundelegung der geleisteten Arbeitsstunden als Zulagen zum Akkordlohn gewährt werden. Die Vertragsparteien verpflichteten sich ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung der Tarifverträge einschließlich dieser neuen Vereinbarung einzusetzen und sämtliche Tarifinstanzen während der Dauer der Vertragsverlängerung verhandlungsfähig zu erhalten, an den Verhandlungen teilzunehmen und die Entscheidungen durchzuführen. Streitigkeiten über Tariflohn und Kriegszulage sollten die Tarifämter endgültig entscheiden.

Im Buchbindergewerbe war eine Kündigung des Tarifvertrags erfolgt, die aber durch Verhandlungen am 8. Mai 1916 wieder aufgehoben wurde. Die vereinbarten Teuerungszulagen betragen von 1 bis 6 Pfennig pro Stunde, je nach der Höhe des tariflichen beziehentlich des jeweilig dem einzelnen Arbeiter gezahlten Stundenlohns. Akkordarbeitern, die, nach Berechnung ihrer wöchentlichen Gesamtarbeitszeit, nicht mehr als 65 Pfennig in der Stunde verdienten, wurde eine Kriegszulage von 5 Pfennig pro Stunde zugebilligt. Desgleichen wurde den Handfalzerinnen auf die bestehenden Akkordsätze 10 % Teuerungszulage gewährt. Dazu kommt noch eine besondere Kinderzulage von 2 Mark monatlich für alle Kinder unter 14 Jahren ungeachtet der sonstigen Lohnhöhe. Unter diesen Bedingungen wurde der Tarifvertrag bis zum Friedensschluß, längstens aber um 1 Jahr vom 1. Juli 1916 ab gerechnet, verlängert.

Zwischen dem Hutmacherverband und dem Zentralverband der Hutfabrikanten fanden am 3. August 1916 Verhandlungen über die von den Arbeitern geforderten Teuerungszulagen statt. Es wurden Zulagen von 3 bis 20 % je nach der Lohnhöhe gewährt, und zwar bei einem Wochenver-

dienst von 40 Mark 3 % und bei einem Verdienst von 12 Mark 20 % mit den dazwischen liegenden Abstufungen.

Die vom Deutschen Transportarbeiterverband für seine Mitglieder im Jahr 1915 erzielte Lohnerhöhung betrug insgesamt 10 641 362 Mark. Daran waren 94 401 Personen beteiligt; 664 Lohnbewegungen in 4 465 Betrieben hatten stattgefunden. Für 1 006 Beteiligte wurde eine Arbeitsverkürzung von insgesamt 4 295 Stunden pro Woche erreicht.

Im Holzgewerbe fanden am 7. November 1916 im Reichsamt des Innern Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter der Leitung des Direktors Caspar statt. Dabei kam es zu folgender Vereinbarung: Zunächst wurden die vor dem Krieg festgesetzten, so ungeheuer verschiedenen und vielfach sehr niedrigen Vertragslöhne auf der Grundlage von 6 Lohnklassen vereinheitlicht und beträchtlich erhöht. Während bisher der niedrigste Vertragslohn bis auf 34 Pfennig die Stunde herunterging, wurde der niedrigste Satz nun auf 45 Pfennig angesetzt. Die weiteren Klassen haben 50, 55, 60, 65 und 70 Pfennig Stundenlohn. Zu den so erhöhten Löhnen kommen in den beteiligten Orten weitere Erhöhungen der Vertragslöhne und ebenso hohe Teuerungszulagen, und zwar 15 Pfennig für die Stunde in der 1., 2. und 3. Lohnklasse, während in der 4. Lohnklasse bei 55 Pfennig Stundenlohn eine Erhöhung um 16 Pfennig, bei der 5. von 18 Pfennig und bei der niedrigsten Lohnklasse von 20 Pfennig eintritt. Löhne, die höher sind als die Vertragsätze, werden durchgängig um den festgesetzten Betrag von 15 bis 20 Pfennig für die Stunde erhöht. Die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren erhalten 10 Pfennig Zulage für die Stunde. Die bestehenden Akkordpreise und Akkordtarife werden sinngemäß um die gleichen Beträge erhöht, desgleichen die Monatszuschläge, für die (mit Übernachten) ein Mindestsatz von 4 Mark für den Tag festgesetzt wird. Die Verträge sind um 1 Jahr verlängert und gelten nun bis zum 15. Februar 1918.

Zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Süddeutschen Tarifgemeinschaft der Handschuhindustrie (Ledarbeiterverband) wurde für die Orte Erlangen, Eßlingen, Ludwigsburg, Magdeburg, Johanngeorgenstadt, München und Stuttgart eine Vereinbarung getroffen, wonach zu den bestehenden Tarifsätzen und den bis 1917 bereits gewährten Zulagen vom 1. Januar ab eine weitere Teuerungszulage von 5 Pfennig für das Paar Handschuhe aller Sorten und Längen gewährt wird; die Wochenarbeiter, Dresseure, Arbeiterinnen und Lehrlinge erhalten eine weitere Zulage von 10 %. Sämtliche Tarifverträge für die Handschuhbranche der oben bezeichneten 7 Orte wurden unter dieser Bedingung bis zum 31. Dezember 1918 verlängert.

Der Verband der Schneider hatte 1916 die Tarifverträge nicht gekündigt sondern versucht auf dem Verhandlungsweg Teuerungszulagen für seine Mitglieder zu erhalten. Diese Versuche, die bis zum 27. Juli 1915 zurückgreifen, hatten jedoch nur wenig Erfolg. Dazu kamen die das Schneidergewerbe und die Konfektion einengenden Streckungsverordnungen und die Einführung des Bezugsscheins für bürgerliche Kleidung sowie die immer zunehmende Stoffknappheit. Die Arbeit in den Werkstätten wurde auf 40 Stunden in der Woche beschränkt, und den Heimarbeitern durften nur

bis zu sieben Zehnteln des frühern Arbeitsquantums verabfolgt werden. Dafür wurden die Arbeitgeber verpflichtet den Arbeitern einen Zuschlag von 10 % zu ihrem Lohn zu zahlen. Dieser Streckungszuschlag deckte aber noch nicht den dritten Teil des Verdienstaufschlags. Dabei stiegen die Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse immer höher. Der Vorstand sah sich deshalb veranlaßt zum 11. September 1916 einen außerordentlichen Verbandstag nach Berlin zu berufen, um von diesem die Zustimmung zur Kündigung aller Tarifverträge für die Schneiderei und Konfektion zu erlangen; diese wurde auch einstimmig erteilt. Die Kündigung für die Maßschneiderei erfolgte einheitlich für das ganze Reich am 1. Dezember 1916 zum 1. März 1917, während die Kündigungs- und Ablaufzeiten für die Verträge in der Herrenkonfektion an verschiedene Termine gebunden waren. Trotzdem fanden in der Herrenkonfektion zuerst Verhandlungen statt, und zwar am 12. und 13. Februar 1917 in Berlin zwischen den beiderseitigen Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände für das ganze Reich, soweit die Engroskonfektion in Frage kommt. Es wurde ein Lohnzuschlag von 35 % durchgesetzt, einschließlich der schon erwähnten 10 % Streckungszulage auf den Gesamtlohn vom 1. April 1917 ab für das ganze Reich, gleichviel wann und ob die einzelnen Tarife gekündigt und wann sie abgelaufen sind. Sollten aus den bestehenden Tarifen und den neu getroffenen Vereinbarungen Differenzen entstehen, so sind sie durch ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu entscheiden. Beide Parteien verpflichten sich dieses Vertragsverhältnis bis 1 Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß aufrechtzuerhalten. Nach Ablauf dieser Frist soll für jede der Parteien 4monatliche Kündigung gelten, und sämtliche Tarifverträge für die einzelnen Orte und Bezirke sollen zu gleicher Zeit ablaufen. In der Maßschneiderei fanden am 16. und 17. Februar dieses Jahres in Nürnberg die Verhandlungen statt, und zwar unter dem Vorsitz des Magistratsrats von Schulz (Berlin), des Stadtrats Dr. Hiller (Frankfurt am Main) und des Gerichtsdirektors Sartorius (München). Nach dem Einigungsvorschlag des unparteiischen Kollegiums sind vom 1. März dieses Jahres ab sämtliche Löhne einschließlich des Streckungszuschlags um 25 % erhöht worden. Außerdem wurden alle Stundenlöhne unter 39 Pfennig um 5 Pfennig, bis einschließlich 41 Pfennig um 4 Pfennig, bis einschließlich 44 Pfennig um 3 Pfennig, bis einschließlich 47 Pfennig um 2 Pfennig und bis einschließlich 50 Pfennig um 1 Pfennig erhöht. Der Zuschlag von 25 % wird dann auf den bei diesen neuen Stundenlöhnen erzielten Gesamtverdienst berechnet. Unter diesen Voraussetzungen werden alle bestehenden Tarife auf unbestimmte Zeit verlängert; sie können als Ganzes unter Innehaltung einer 3monatlichen Frist zum 1. eines jeden Monats gekündigt werden.

Prüft man die erzielten Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen im einzelnen nach, so kann man natürlich immer noch bezweifeln, ob dadurch die gegenwärtige Teuerung völlig ausgeglichen ist. Doch darf man nicht daran zweifeln, daß ohne Tarifverträge und zentrale Verhandlungen während des Krieges so viel nicht hätte erreicht werden können. Denn die Erhöhungen wurden mit wenigen Ausnahmen ohne Rücksicht auf die Konjunktur in den einzelnen Berufen vereinbart. In den ausgesprochenen Kriegsindustrien sind natürlich auch ohne Tarifverträge für den einzelnen Arbeiter bedeutendere Lohnerhöhungen erzielt worden; doch weiß man hier nicht, ob sie nach dem Krieg noch weiter bestehen bleiben werden.

Bei der Erneuerung respektive Verlängerung der zentralen Tarifverträge hat man meist darauf Bedacht genommen, daß die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeiter wieder geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorfinden, die auch möglichst der herrschenden Teuerung angepaßt sind. Damit wahrt man die wirtschaftlichen Interessen aller Arbeiter und Arbeiterinnen, auch der für das Vaterland Kämpfenden. Damit sicherte man aber auch, soweit das überhaupt ging, eine Stabilität unseres Wirtschaftslebens für den Übergang vom Krieg in den Friedenszustand. Die Tarifverträge werden so zu einer nationalen Angelegenheit. Nach dem Krieg wird es dann möglich sein, je nach der wirtschaftlichen Konjunktur und den Preisen für die notwendigsten Lebensbedürfnisse, an die bestehenden und während des Krieges erweiterten Löhne anzuknüpfen, falls nämlich die Heimkehrenden sich sofort ihren Berufsorganisationen wieder anschließen und diese von inneren Kämpfen verschont bleiben. Die Aufrechterhaltung der Organisationen mit allen Einrichtungen, die von ihren Mitgliedern und für diese geschaffen wurden, war die vornehmste Pflicht, die die zum Heeresdienst Einberufenen den in der Heimat Zurückgebliebenen hinterließen. Diese Pflicht treu erfüllt zu haben ist unsere Ehre und unser Stolz. Und wir glauben damit auch der Gesamtheit unseres Volkes gedient zu haben.

ADOLF BEHNE · ROM ALS VORBILD?

JETZT schon erörtert man emsig das Problem der künftigen Siegesdenkmäler; und es muß wohl auch erörtert werden, will man das Allergrößte verhüten. Immerhin berührt solche Belissenheit sonderbar, wenn man im Auge behält, daß gerade die künstlerisch und kriegerisch kraftvollsten Zeiten das geringste Interesse an der Errichtung von Siegesdenkmälern bewiesen haben.

Von den Griechen lesen wir:

»Man war stolz das Schlachtfeld zu behaupten und den Gegner dadurch, daß er sich seine Toten zur Bestattung erbitten mußte, zu zwingen seine Niederlage feierlich einzugestehen; man erteilte Preise für die größte bewiesene Tapferkeit, man errichtete als Siegeszeichen (Trophäen) über Pfählen aufgetürmte Waffenstücke. Dabei ehrt es die Griechen, daß sie dauernde Erinnerungszeichen an den Sieg im allgemeinen verschmähten, weil sie, wie es heißt, die Überwindung von Stammesgenossen als gehässig nicht verewigen wollten.«¹⁾

Wo wir aber bei den Griechen der besten Zeit Siegesmale finden, da waren diese, geknüpft an Kulthandlungen, etwas wesentlich Ernsthafteres als alle die modernen, müßig herumstehenden Siegesmale ohne Ende. Nach Bulle darf als das erste griechische Siegesmal die Gruppe des Harmodios und Aristogeiton gelten, und von ihr sagt der Genannte:

»Die Ehrenbilder wachsen heraus aus zwei älteren Bräuchen: dem Kult der Toten und der Verehrung der Heroen. . . In Athen mußte der Ptolemarch alljährlich an den Bildsäulen des Harmodios und Aristogeiton das Totenopfer vollziehen.«²⁾

Wie steht es mit der Gotik? Hans Hildebrand, der das Gebiet für sein Buch über Krieg und Kunst durchgesehen hat, sagt darüber:

»Das christliche Mittelalter hat trotz seiner erstaunlichen künstlerischen Fruchtbarkeit auffallend wenig Denkmale an kriegerische Ereignisse hinterlassen. . . Sie [die Siegerstimmung] rief fromme Stiftungen hervor, die zwar in kriegerischen

¹⁾ Siehe Baumgarten, Poland und Wagner Die hellenische Kultur, I /Leipzig 1913 /, Seite 282.

²⁾ Siehe Bulle Der schöne Mensch im Altertum /München 1912/, Seite 169.

Taten zum Teil ihren Ursprung haben mögen, deren künstlerische Erscheinung aber gar nichts mit solchen zu tun hat.«³⁾

Nun gut, aber die Römer?

Freilich, die Römer. Sie sind ja vielen heute das Ideal geworden. Mars regiert die Stunde, und wer gestern noch zu Athene betete, empfängt jetzt vom römischen Soldatengott die Weisung. Immerhin, selbst hier müssen die Denkmalsfreudigen auf die beste Zeit verzichten, wofür sie dann freilich die glanzvollste, die reichste und imponierendste nach Belieben ausschlachten dürfen. Hans Hildebrand stellt fest:

»Die Großtaten lagen weit zurück, als die Verherrlichung kriegerischer Erfolge Mode ward. Alle die gewaltigen, nicht selten die Kraft der Gesamtheit auf die letzte, härteste Probe stellenden Kriege, die Rom zur Weltherrscherin machten, haben keine künstlerische Verewigung gefunden.«

Es ist schlagend, wenn Hildebrand darauf hinweist, daß das gewaltige Ringen auf Tod und Leben mit Carthago ohne Siegesdenkmal blieb, daß aber die Einnahme von Jerusalem, also die Überwältigung eines an Zahl schwachen Volkes durch die Weltmacht, einen üppigen Triumphbogen in die Erscheinung rief.

Es ist eine völlig irrtümliche, wengleich recht weit verbreitete Anschauung, als erhielten die erschütternden und riesenhaften Ereignisse dieses Krieges erst ihren Ewigkeitswert oder eine Art von höherer Rechtfertigung durch die Kunst. Man scheint zu glauben, daß irgendeine kulturelle Verpflichtung vorliege das ungeheuer Gewaltsame der Ereignisse gleichsam durch Ausübung künstlerischer Fähigkeiten zu adeln. Der Sieger müsse sich seinen Sieg selbst bezeugen, und zu diesem Zweck sei nichts sinniger und hübscher zu verwenden als die Kunst. Da hat sie nun doch auf einmal eine ideale Aufgabe, und eine romantische Vorstellung verpflichtet Leier und Schwert, Degen und Meißel. Der Sieger legt die rauhen Waffen ab und betreut die Künste, und die Künste drängen herzu und huldigen dem Sieger. Ein Blick in die Geschichte lehrte uns bereits, daß dieser romantischen Vorstellung durchaus keine Notwendigkeit innewohnt. Nein, der Sieger hat keineswegs irgendeine moralische Verpflichtung zum Brotgeber von Maler und Bildhauer zu werden, und die Künste haben ebensowenig eine moralische Verpflichtung dem Sieger seinen Triumph zu bezeugen. Es hätte ganz im Gegenteil erst recht etwas Heroisches, wenn ein Volk sich an der Tatsache, dem Bewußtsein seines Kampfes, genug sein ließe und, statt diese schon durch sich selbst unvergeßliche Tatsache in Stein und Erz vielfältig zu wiederholen und zu bekräftigen, aus ihr schweigend den Ansporn nähme auf allen Gebieten stark, kühn, f r e i zu schaffen: auch auf dem der Kunst.

Es ist bezeichnend, daß aus allen Erörterungen, Mahnungen, Prophezeiungen, die kommende Siegeskunst betreffend, ein kaum verhohlenes Mißtrauen in die Zukunft spricht. Man erwartet offenbar von vornherein nicht viel, und dieses geringe Vertrauen ist allzusehr verständlich. Verständlich und bis zu einem gewissen Grad lobenswert ist deshalb auch der Vorschlag an Stelle fabrikmäßig hergestellten Edelkitsches in diesem oder jenem Fall die Pflanzung oder Bestimmung eines Baums, eines Feldstücks oder ähnliches vorzuziehen. Selbstverständlich ist ein schief gewachsener Baum immer noch schöner als ein geradegerecktes Denkmal nach einem allgemeinen Schema.

³⁾ Siehe Hildebrand Krieg und Kunst /München 1916/, Seite 59.

Nur bleibt das eben ein Notbehelf, und noch schöner als die absichtsvoll gesetzte und situierte Eiche oder Linde bleibt die namenlose. Die Vorstellung aber, daß hier eine kulturelle Verpflichtung vorliege, ist so stark, daß aus dem offen eingestandenen Mißtrauen in die Güte der erwarteten Werke noch niemand die Konsequenz gezogen hat lieber ganz die Hände davon zu lassen.

Sollten wir nicht aus der Tatsache, daß die gesamte Kunstgeschichte, so reich an herrlichen Kostbarkeiten jeder Art, kaum überhaupt ein wahrhaft großes, alle Bedenken niederwerfendes Siegesmal kennt, gewisse Schlüsse zu ziehen haben? Es liegt vielleicht gar nicht an einem Mangel schöpferischer Talente, daß alle die modernen deutschen und fremden Siegesmale unbefriedigend blieben. Siegesssäule, Niederwald, Teutoburg, selbst die einst so enthusiastisch gefeierten Male auf dem Kyffhäuser, an der Porta Westfalica: können wir ernsthaft ihre Fortsetzung wünschen? Aber wo finden wir Besseres? Die schöne Nike von Delos war noch ein Gegenstand des Kultes. Dann über die Nike des Paionios zu der Kolossalfigur von Samothrake geht der Weg der Profanierung, zur Dekoration und, notwendig, zum Renommistischen. Am Ende steht der kaum noch zu übertrumpfende Koloß zu Leipzig. Ein Weg ab von der Kunst. Wenn weder der Siebenjährige Krieg noch der Befreiungskrieg noch die Kriege der deutschen Einigung ein Siegesmal geschaffen haben, das wir heute noch mit reiner Freude zu schauen vermöchten, sollte der Grund wirklich nur im zufälligen Niveau der vorhandenen Künstlerschaft zu suchen sein? Und dabei war dieses nicht einmal hoffnungslos. Hatte doch die Zeit von 1815 einen Schinkel, dessen gotisierendes Mal auf dem Kreuzberg ja auch sicherlich weitaus erfreulicher ist als das meiste andere, aber, vielleicht eben durch die Verwendung der schönen gotischen Formen, keinesfalls als Siegesmal anmutet. Oder man denke an die Schwierigkeiten des Monuments für Friedrich II. in Berlin. Gewiß waren Künstler von Rang um die Aufgabe bemüht: Gilly, Schinkel, Rauch. Die moderne Sucht zu monumentaler Übertreibung hat aber selbst diese verleitet. Etwas von innen heraus Großes haben sie nicht gefunden. Aber nach der Niederlage seines Vaterlands hat Honoré Daumier in der schönen Lithographie 1870 wahre innere Größe offenbart.

Es dürfte also ein Trugschluß sein Siegen und *Schönes der Kunst Schaffen* in einen Zusammenhang zu bringen. Die Geschichte lehrt eher das Gegenteil glauben. Weit entfernt, daß die besten Künstler sich zu derartigen Aufträgen drängen, scheinen sie eher ihnen fernzubleiben; dort aber, wo sie teilnehmen, ihre Kraft zu verlieren. Nur jene profane Gesinnung, für die die Kunst eine selbstverständlich gehorsame Erfüllerin beliebiger Ansprüche ist, kann an den Lehren der Geschichte vorübergehen. Für sie gehört es nun einmal zu den Konventionen, daß der Sieg der Waffen durch Werke der Kunst versüßt werden müsse; und da es ihr nur eben auf die Tatsache ankommt, daß Werke der Kunst (das heißt staatlich geprüfter Bildhauer, Maler und Architekten) auf den öffentlichen Plätzen vorhanden sind, damit die Fremden Respekt behalten und die Jugend nicht ohne Aufsatzthemen heranwachse, keineswegs aber auf Schönheit, Wert, Berufung dieser Werke, so findet sie ja auch bisher stets ihren Willen ausgeführt. Diese Menschen sind sogar in ihrer Art ganz konsequent, wenn sie unsere historische Belehrung mit dem wiederholten Hinweis auf Hellenismus und Römertum ableh-

nen; denn diese Zeiten (ganz gewiß doch auch historische Zeiten so gut wie die anderen) haben ihnen ja wirklich vorgedacht.

Die Verwandtschaft ist allerdings so groß, daß die Berufung nicht wundernehmen kann. Die römische Kunst ist *offizielle* Kunst in schärfster Ausprägung, sie ist Machtanbetung, ist auf Imponieren angelegt. Sie wird jeder Aufgabe selbstverständlich und mit bewährten Mitteln gerecht. Sie ist Volkskunst in demagogischem Sinn, denn sie gewinnt das Staunen der Masse durch Luxus. Sie zum erstenmal führt in die Welt jene Kunst des Alleskönnens ein, die Kunst als Tagewerk, das ist jene Kunst, die alles Bestehende anerkennt, denn alles Bestehende kann zum Auftraggeber werden. Keine Kunst hat so mit den *Formen* hurtig und gerissen gewuchert, nichts konnte sie in Verlegenheit bringen. Denn es waren ihr die Formen längst zu Konventionen geworden, und womit wäre es leichter zu arbeiten, allen im Handumdrehen gerecht zu werden, als mit Konventionen?

Es ist eine mit solcher Kunstauffassung engverwandte Gesinnung, die unter allen Umständen auch jetzt eine Verknüpfung zwischen Kunst und Krieg bewahrt wissen will. Wir sind ja doch in den letzten Dezennien in einen Kunstbetrieb hineingeraten, der dem des römischen Kaiserreichs gefährlich ähnlich sieht. Die für das römische Volk mit unerhörtem Luxus aufgetanen Thermen haben in den modernen Restaurants ihr Seitenstück, die aus Selbstgefälligkeit, aus Machtanbetung, aus Geschäftsinteresse den Leuten, die dort zu Aschingerpreisen essen und die in ihrer Lebenssphäre vielleicht 3 Stuben und Küche bewohnen, Marmorbrunnen und Onyxsäule, Ebenholzwände und Mahagonitreppen zur Verfügung stellen. Die Gäste gehen dann zu einer Tasse Kaffee, wobei man ihnen von einer 12köpfigen Kapelle unter Orgelbegleitung das monumentale Niederländische Dankgebet mit Glockengeläut vorspielt. Das ist abgeschmackt und albern, und die Tatsache, daß man sich des unerträglichen Unsinns kaum irgendwo bewußt wird, beweist eben, wie sehr diese Formen auch für unsere Welt schon zu Konventionen geworden sind. Ja, zwischen Rom und heute besteht eine gefährliche Ähnlichkeit, und die Berufung der Heutigen auf die römische Kunst braucht wirklich nicht wunderzunehmen. Das braucht auch nicht die Beobachtung, daß die modernen Monumentalisten für ihre Zwecke außer den römischen auch alle anderen Stile aufgebraucht haben; mit besonderer Vorliebe die italienische Renaissance. (Aber während sie zu den römischen Formen doch eine innere Notwendigkeit hinführte, konnten die Formen der italienischen Renaissance nicht ohne Vergewaltigung zu ihren Zwecken fügsam gemacht werden.)

Die Berufung auf Rom kanonisiert alles das, was in unseren heutigen Kunstzuständen unerfreulich ist. Sie ist *politisch*, soweit man Politik ausschließlich als Prozeß des Strebens nach äußerer Gewalt anerkennt. Aber sie ist keineswegs mehr politisch, wenn man unter Politik versteht: aus dem Reichtum der Stunde die Regung zu schöpfen, die, weit alle Konventionen überfliegend, Befreiung, Erweiterung, Zukunft bedeutet. Dann richten wir unsern Blick nicht nach dem kaiserlichen Rom sondern nach dem Morgenland.⁴⁾ Aus dem Osten nur kommt dann wieder das Licht, das in unser Inneres scheint.

*) Siehe Behne Unsere Baukunst und das Morgenland, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 I, Seite 155 ff.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialistische Bewegung / Carl Severing

Krieg und sozialistische Bewegung

Je länger der Krieg dauert, um so deutlicher tritt seine starke Einwirkung auf die sozialistische Bewegung in den vom Krieg betroffenen oder von ihm in Mitleidenschaft gezogenen Ländern in die Erscheinung. Die überlieferten Vorstellungen vom Wesen und von den Zielen der Sozialdemokratie haben eine merkliche Revision erfahren. Andererseits ist dadurch, daß sich die sozialistischen Parteien in den meisten Ländern bei Kriegsbeginn in das Volksganze einfügten und mit den Angehörigen anderer Parteien und Klassen zur Sache ihres Landes standen, das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit auch bei den sozialistischen Parteigängern gestärkt und die Bewegung stark im Sinn nationaler Gemeinschaftsarbeit beeinflußt worden. Die Reaktion auf diese Erscheinung zeigt jetzt in allen Ländern das gleiche Bild: Die radikalen Gruppen, die ihr Lehrgebäude der Katastrophentheorie zusammenbrechen sahen, versuchen mit großer Energie und unter Ausnutzung aller Momente die verlorenen Stellungen zurückzuerobern. Die Folgeerscheinungen des Krieges, die in den unteren Volksklassen besonders ein großes Maß von Mißstimmung und Erbitterung erzeugt haben, sind diesen Bemühungen zurzeit durchaus günstig. Ob und in welchem Umfang sie jedoch auf die Dauer Erfolg haben werden, wird erst die Zeit nach dem Krieg ausweisen. Eines darf man indessen nicht außer acht lassen: In den oppositionellen Gruppen zeigt sich eine Rührigkeit und eine Initiative, die man auf der andern Seite oft vermißt. Auch die Haltung der nationalen sozialistischen Parteien zur Internationale hat durch den Krieg eine plötzliche und beträchtliche Änderung erfahren, die ohne Frage auch nach Kriegsende nicht ganz wieder verschwinden wird. Man hat sich auf die Grenzen der Wirkungsmöglichkeit der Internationale besonnen. Vor dem Krieg hat man ihr fast allgemein eine Macht zugesprochen, die sie nicht besaß und nicht besitzen konnte. Als sich das beim Ausbruch des Krieges herausstellte, haben viele vom Zusammenbruch der Internationale gesprochen. Das hieß jedoch nichts an-

deres als ein Extrem der Überschätzung mit dem der Unterschätzung vertauschen; und es war nicht ohne Reiz zu sehen, daß diejenigen am lautesten vom Zusammenbruch der Internationale redeten, die ihr vorher in Anbetung dogmatischer Formeln eine unbegrenzte Wunderkraft zugeschrieben hatten. Die praktische Arbeit der Gewerkschaften hat die Grenzen dieser Kraft viel besser kennen gelernt und gewürdigt. Von einer Enttäuschung über den sogenannten Vertragsbruch der Internationale sind die Gewerkschaften darum ebenso frei geblieben wie von dumpfer Resignation. Die sozialistischen Parteien müssen sich ebenfalls daran gewöhnen die Dinge in der Internationale zu nehmen, wie sie sind, und nicht, wie sie sich die schönen Resolutionen der Kongresse gewünscht haben.

Es ist selbstverständlich, daß der Sozialismus seiner ganzen Weltanschauung nach international sein muß. Aber dieser internationale Sozialismus schließt nationale Gesinnung und nationale Wirksamkeit nicht aus sondern erfordert sie als seine Voraussetzung. Eine Verkümmern nationaler Eigenlebens, eine Einengung seiner schöpferischen Kräfte wird auch das internationale Geistes- und Wirtschaftsleben nicht zur schöpferischen und fruchtbaren Entfaltung bringen.

Was sonst noch der Krieg in der sozialistischen Bewegung revidiert und gewandelt hat, wird sich einwandfrei erst im Frieden feststellen lassen. Die Schwierigkeiten, die eine objektive Berichterstattung beeinflussen, müssen erst aus dem Weg geräumt, die Parteien der einzelnen Länder müssen erst wieder in engerer Fühlung mit einander sein, um klar erkennen zu können, in welchem Umfang der Krieg auch in unserer Bewegung alte Anschauungen niedergelassen und neue Lebenskeime gelegt hat.

Wetzker † Am 25. Januar starb in Bochum der leitende Redakteur des dortigen Parteiblatts Heinrich Wetzker. In ihm verliert die Parteipresse einen ihrer eigenartigsten Köpfe und eine ihrer gewandtesten Federn, einen Mann, der mit eisernem Fleiß und unermüdlicher Beharrlichkeit in alle Zweige des Wissens einzudringen versuchte, um dann alles, was er fand, in den Dienst der Ar-

beiterbewegung zu stellen. Wetzker war kein Unbelehrbarer, kein Besserwisser und Rechthaber. Gründe ließ er auf sich wirken, Phrasen aber blieb er abhold. Er änderte seine Ansichten auch nicht nach Massenstimmungen; nur das, was er als richtig anerkannte, vertrat er, überzeugt und überzeugend, mit seiner Feder. Im Verkehr oft knorrig und kantig, verbarg der Verstorbene unter dieser rauhen Schale doch einen weichen, versöhnlichen Kern. Sein Tod hat in die Arbeiterbewegung der westfälischen Industriestadt eine Lücke gerissen, die nicht so bald wieder ausgefüllt werden kann.

Wetzker war am 12. November 1861 in Breslau geboren. Er besuchte die Volksschule und wurde dann Drechsler. Im Jahr 1886 wurde er im Plauenschen Grund Mitglied der Partei, für die er bald eine rege Tätigkeit entfaltete. 1891 berief man ihn zum Redakteur der Vorläuferin der Dresdener Volkszeitung, und 1899 zum Mitglied der Vorwärtsredaktion. Als er im Jahr 1905 beim Vorwärtskonflikt mit Eisner, Gradnauer, Kaliski und Schröder die Stellung des Vorwärtsredakteurs aufgab, übertrugen die Bochumer Genossen ihm die Leitung ihres Blattes. Auch die Sozialistischen Monatshefte haben, in den Jahren 1900 bis 1902, mehrere Beiträge aus seiner Feder veröffentlicht. Seine Arbeit wird auch hier unvergessen bleiben.

Spaltung der deutschen Sozialdemokratie

Als in der denkwürdigen Reichstagssitzung vom 4. August 1914 Hugo Haase im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Erklärung abgab, daß die Sozialdemokratie den Kriegskrediten zustimmen und zu ihrem Land stehen werde, bis die Sicherung der Grenzen erreicht und die Feinde zum Frieden geneigt seien, da ging das freudige Gefühl, das die Einmütigkeit der Reichstagskundgebung ausstrahlte, besonders bewegt durch die Reihen der sozialdemokratischen Parteimitglieder in Land. Von den erregten Auseinandersetzungen in der Reichstagsfraktion hatten nur wenige Kunde erhalten. Von Haase aber wußte man, daß er zu den radikalsten Mitgliedern der Fraktion zählte. Seine Beteiligung an dem sogenannten Dämpfungsabkommen aus Anlaß der Stichwahlen im Jahr 1912, das dem Parteivorstand die Opposition einiger Berliner eintrug, hatte seinem Ruf als Vertreter der radikalen Richtung nicht geschadet. Stimme er der

Kreditbewilligung zu, dann, so sagte man sich, mußten auch die Mitglieder der radikalen Gruppen von deren Notwendigkeit überzeugt sein.

Lange sollte indessen die Freude über die Geschlossenheit der Partei nicht anhalten. Noch im August 1914 veröffentlichte Anton Pannekoek in dem Blatt der holländischen Separatisten, der Tribune, mehrere Artikel, die die Haltung der Reichstagsfraktion heftig angriffen, dem Parteivorstand Mangel an Initiative und Entschlossenheit vorwarfen und die Parteinstanzen dafür verantwortlich machten, daß die Arbeitermassen die Kriegserklärung nicht mit einer Massenarbeitsniederlegung beantwortet hätten. Und nur wenige Tage später hielt Karl Liebknecht in Stuttgart eine Versammlung ab, in der die Politik der Reichstagsfraktion in den stärksten Ausdrücken kritisiert wurde. Schon in dieser Versammlung wurden Stimmen laut, die zur Gründung einer *wahren sozialistischen Partei* aufriefen. Ende September trat zum erstmaligen nach Kriegsbeginn der Parteiausschuß zusammen, und im Anschluß an seine Tagung beschäftigte sich auch eine Konferenz der Redakteure der Parteipresse mit den durch den Krieg aufgerollten Problemen. Eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Politik der Reichstagsfraktion trat in diesen Beratungen nicht hervor. Nur der Vertreter des Stuttgarter Parteiblatts stellte sich in Opposition zu der Haltung des Parteivorstands und der Reichstagsfraktion. Alle anderen Teilnehmer der Konferenz aber erklärten sich mit dem Vorschlag des Parteivorstands einverstanden: die Austragung der Differenzen über die Kriegspolitik bis nach Beendigung des Krieges zu verschieben.

Eine ernstliche Beobachtung hat dieses Abkommen jedoch nicht lange gefunden. In mehreren Großstädten fand sich ein kleiner, aber rühriger Kreis zusammen, der es sich zur Aufgabe machte die Politik des 4. August zu bekämpfen. Und als die Demonstrationen Liebknechts im Parlament die Presse zur Stellungnahme nötigten, war es mit dem Burgfrieden innerhalb der Partei bald zu Ende. Die Debatten in der Parteipresse nahmen einen überaus leidenschaftlichen Charakter an, und immer unverhüllter traten die großen Gegensätze hervor, die das nahezu einmütige Votum vom 4. August 1914 verwischt, aber nicht beseitigt hatte. Man kann jedoch nicht behaupten, daß die Ver-

treter der einzelnen Richtungen in der Partei diese Gegensätze selbst scharf umrissen aufgezeigt hätten. Man braucht, um das zu erkennen, sich nur zu gegenwärtigen, welche besonderen Gründe die Opposition in den einzelnen Phasen des Kampfes für sich geltend machte. Einmal verlangte sie die Ablehnung der Kriegskredite als Geste an die Adresse der Sozialisten der Entente-länder, um diese zu einer gleichen Haltung zu veranlassen und dadurch den Krieg abzukürzen. Ein andermal forderte sie die Ablehnung, um damit gegen Annexionspläne der Extremisten zu protestieren. Wieder später erklärte sie die Bewilligung der Kredite für unvereinbar mit Parteitagbeschlüssen, weil die Kreditforderung im Haushaltsplan des Reichs enthalten war. Also alles andere als Klarheit.

Die Vorgänge in der Partei, die schließlich zur Spaltung geführt haben, lassen erkennen, daß es sich im allgemeinen um 3 Gruppen handelt, die sich teils in ihren Grundsätzen teils in ihren taktischen Auffassungen unterscheiden. Die Internationalisten lehnen die Verteidigung des Vaterlands ab. Bestimmend für ihre nationale Politik sind für sie die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse. Sie stehen in schärfstem grundsätzlichen Gegensatz zu allen übrigen sozialistischen Richtungen. Auch zur sogenannten Spartacusgruppe. Denn wenn man Karl Liebknecht als den typischen Vertreter dieser Gruppe ansprechen darf, dann ist hervorzuheben, daß dieser in seinem Briefwechsel mit dem Parteivorstand ausdrücklich das Recht der Selbstverteidigung jedes Volkes anerkennt. Zwischen der theoretischen Anerkennung dieses Rechts und der praktischen Anerkennung der Landesverteidigungspflicht liegt freilich ein weiter Weg. Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ist ebenfalls bekannt, daß sie die Pflicht der Landesverteidigung nicht ablehnt. Als sich ihre Gruppe zum erstenmal von der offiziellen Reichsfraktion durch die Sonderaktion im Dezember 1915 schied, legte sie Wert darauf in einer Erklärung, die der Abgeordnete Geyer für sie abgab, das ausdrücklich zu betonen. Welches ist nun das eigentliche Merkmal, das die Arbeitsgemeinschaft von der Fraktionsmehrheit scheidet? Ist es nur eine verschiedenartige Bewertung der Annexionspläne und damit eine ungleiche Einschätzung des Charakters des Krieges? Ist es nur

eine größere Ehrfurcht, die die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft vor dem Buchstaben von Parteiresolutionen empfinden? Man würde ihren besten Köpfen unrecht tun, wollte man das annehmen. Eduard Bernstein ist kein Buchstaben-gläubiger, und Hugo Haase hat als Vorsitzender der Partei mehrfach anerkannt, daß sich Deutschland in der Abwehr befindet. Aus ihren bisherigen Publikationen und Erklärungen ist vielmehr anzunehmen, daß es sich bei dem Kampf der Arbeitsgemeinschaft gegen die alte Partei um nichts anderes handelt als um den Kampf zwischen den Anhängern der Katastrophentheorie und den Vertretern der parlamentarischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Praxis. Es handelt sich also, wie in den Sozialistischen Monatsheften bereits mehrfach ausgeführt wurde, um den jahrzehntealten Gegensatz zwischen Radikalismus und Reformismus. Der Krieg hat die schleichende Krise der Partei nur in ein akutes Stadium gebracht.

Die Auseinandersetzungen über diese gegensätzlichen Auffassungen nahmen in den letzten Monaten des Jahres 1916 Formen an, die ein Zusammenarbeiten der beiden Gruppen in dem selben Organisationskörper bald als unmöglich erscheinen ließen. Einige Vorgänge lokaler Natur, zum Beispiel die von den Vereinen in Bremen und Braunschweig beschlossene Beitragssperre, haben mit ihren Folgeerscheinungen ein übriges zur Verschärfung der Krise getan. Den eigentlichen Anlaß zur Scheidung aber hat erst die Sonderkonferenz gegeben, die von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zum 7. Januar nach Berlin einberufen war, und die dort Beschlüsse faßte, die mit der organisatorischen Einheit der Partei nicht in Einklang zu bringen waren. Der Parteiauschuß, der in allen seinen Kriegssitzungen fast ausschließlich mit den Parteistreitigkeiten beschäftigt war, erblickte in diesen Beschlüssen die Gründung von Sonderorganisationen und erklärte in einem längern Gutachten, daß die Mitglieder dieser Organisationen sich selbst von der Partei getrennt hätten. Der Parteivorstand hat sich dieser Auffassung angeschlossen und trifft nun in allen Bezirken Maßnahmen, die in der Wirkung auf eine Ausscheidung der oppositionellen Elemente hinauslaufen. Die Leitung der Opposition antwortete mit einem Aufruf an ihre Anhänger auf Gründung eigener Orga-

nisationen und mit der Einberufung einer Konferenz, in der die erforderlichen Maßnahmen zum Zusammenschluß der Opposition getroffen wurden. Das bedeutete den offenen Bruch, der nun durch nichts mehr vertuscht werden konnte.

Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie wird sicher von allen schmerzlich empfunden werden, die ihre ganze Kraft bisher der einzigen, geschlossenen deutschen Sozialdemokratie gewidmet haben. Aber Gefühlsregungen haben jetzt keine Bedeutung. Jetzt heißt es alles aufbieten, daß der Bruch nicht zum Unheil der deutschen Arbeiterbewegung ausschlägt. Es sind jetzt Kräfte für die Betätigung der sozialdemokratischen Praxis freigeworden, die in den Sozialistischen Monatsheften schon viele Jahre vor dem Krieg propagiert worden ist. Nutzen wir sie, dann braucht die Spaltung nicht gleichbedeutend mit Schwächung zu sein. Mag auch die Not der Zeit, die Unzufriedenheit über die lange Kriegsdauer, die Knappheit der Lebensmittel usw., der Opposition manchen Anhänger zuführen, am stärksten ist auf die Dauer, wer mit der Zukunft im Bund ist. Das will so viel heißen, daß schließlich nur die Richtung in der Politik Erfolg haben kann, die die Realitäten der geschichtlichen Entwicklung höher stellt als versteinerte Lehrsätze.

Frankreich: In der Weihnachtswochentag 1916

hielten die französischen Sozialisten ihren Parteitag ab. Als ausländische Gäste nahmen an den Beratungen die englischen Minister Henderson und Roberts, der belgische Minister Vanderveelde und ein russischer Vertreter, Rubanowitsch, teil. Schon beim Parlamentsbericht kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Die Teilnehmer an der Zimmerwalder Konferenz, Raffin-Dugens und Brizon, drohten mit der Verweigerung der Parteibeiträge, wenn die Fraktion fortfahre Kriegskredite zu bewilligen.

Der Parteitag hatte einen Resolutionsausschuß eingesetzt, dem die keineswegs leichte Aufgabe übertragen war alle Strömungen in der Partei auf dem Boden einer gemeinsamen Entschließung zu vereinigen. Das Ergebnis seiner Beratungen war eine längere Erklärung, der die Mängel jeder Kompromißresolution anhaften, die alle befriedigen will und doch niemanden befriedigt. Sie besagt, daß die Sozialisten Englands,

Belgiens, Frankreichs und Rußlands nicht die politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands verfolgen, wünscht aber gleichzeitig, daß in ganz Europa, von Elsaß-Lothringen bis zu den Balkanländern, die durch Gewalt annektierten Völkerschaften das Selbstbestimmungsrecht wiedererlangen. Von der Friedensnote der Mittelmächte wurde behauptet, daß sie keinen wirklichen Friedensvorschlag bilde; dagegen wurden die alliierten Regierungen aufgefordert ihre Ansichten über die Bedingungen zur Wiederherstellung des Friedens bekanntzugeben und sich sofort mit einer Lösung einverstanden zu erklären, »die den Ungerechtigkeiten der Gewalt ein Ende setzt und mit Hilfe der Neutralen eine Gesellschaft freier Nationen inmitten einer zivilisierten Menschheit organisiert«. Mit einstimmiger Grenzender Mehrheit wurde diese Resolution angenommen, nachdem auch die Vertreter der Minderheit, wie Mistral, Longuet und Pressemans, dafür plädiert und selbst der Zimmerwalder Bourderon um ihre Annahme ersucht hatte.

Die Antwortnote der Entente an Wilson trug der Aufforderung dieser Resolution indessen keine Rechnung. Am 27. Januar hat darum die sozialistische Kammerfraktion eine Resolution angenommen, die die Auffassung Wilsons vom Frieden ohne Sieg mit Freuden begrüßt, gegen imperialistische Bestrebungen protestiert und von der französischen Regierung verlangt, daß sie ihre Übereinstimmung mit den Worten Wilsons versichere. Vorher, am 19. Januar, war es wegen einer Interpellation Pressemans über den selben Gegenstand zu heftigen Auseinandersetzungen in der Fraktion gekommen, die schließlich zum Exodus der Mehrheit führten.

Auf dem Parteitag hat auch die Frage des Ministerialismus eine große Rolle gespielt. Sembat verteidigte den Eintritt von Sozialisten in das Ministerium als notwendige Folge der Anerkennung der nationalen Verteidigung, während die Redner der Minderheit es lebhaft beklagten, daß die Regierung in jeder Beziehung gegen die Wünsche und Gedanken der sozialistischen Partei gehandelt hätte, obgleich 3 Sozialisten Minister waren. Nach der mit knapper Mehrheit angenommenen Resolution Renaudel beschloß der Parteitag mit allen Kräften an der Nationalverteidigung weiter teilzunehmen. Das er-

weckt den Eindruck, als habe der Kongreß den Eintritt von Sozialisten in die Regierung nur für die Kriegszeit gestattet wollen. Es kann aber keine Rede davon sein, daß dies Problem mit dem Friedensschluß aus den Erörterungen der französischen Sozialisten verschwinden wird. Alles, was von den Rednern der Minderheit gegen den Ministerialismus angeführt wurde, spricht für die Beteiligung. Gerade weil es ein paar sozialistischen Ministern in wenigen Kriegsmonaten ganz unmöglich ist alles das, was sich wie eine chronische Krankheit an arbeiterfeindlichen Maßnahmen in die Politik eingeschlichen hat, mit einem Schlag zu beseitigen, darum ist ihre Beteiligung an der Macht und an der Verantwortung auch schon in Friedenszeiten geboten. Darüber wird nach dem Krieg ausführlicher zu sprechen sein.

Über die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen wurde in längeren Auseinandersetzungen verhandelt. Von Longuet, dem Redner der Minderheit, wurde anerkannt, daß auch die Mehrheit der deutschen Sozialisten eine zufriedenstellende Erklärung zu der Anregung gegeben habe zu einem Kongreß zusammenzutreten. Die Gründe, die Jules Guesde gegen den Wiederzusammentritt anführte, sind, von wenigen Ausfällen abgesehen, durchaus beachtenswert. Gegenüber den Leuten, die behaupten, daß es genügen würde die Internationale einzuberufen, um dem Krieg ein Ende zu machen und der Welt den Frieden aufzuerlegen, sei eine Warnung am Platz. (Das gilt nicht allein von den Leuten in Frankreich.) Im Widerspruch freilich zu den durchaus sachlichen Darlegungen Guesdes steht die in seiner (mit Renaudel und Sembat vorgelegten) Resolution enthaltene Bedingung, daß die deutsche Sozialdemokratie dem Internationalen sozialistischen Bureau erst die genauen Resolutionen ihres nationalen Kongresses mitteilen soll, die ihre Haltung bezeichnen, die sie angesichts der Weigerung der Mittelmächte ihre Angebote für die Friedensverhandlungen klar zu umschreiben einzunehmen gedenke. Vor der Bekanntgabe dieser Bedingungen wollte der Parteitag die Frage des Wiederzusammentritts nicht erwägen. Man braucht nur wieder an die Antwortnote der Entente zu erinnern und an die Haltung, die die französischen und die englischen Sozialisten zum Inhalt dieser Note eingenommen haben,

um die Einseitigkeit der französischen Sozialisten zu erkennen. Der Antrag Renaudel-Guesde, der sich gegen die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen aussprach, erhielt 1537 Stimmen, der Antrag Longuet, der sich für die unmittelbare Wiederaufnahme erklärte, 1407 Stimmen.

England:
Parteitag 1917 Mit der Frage des Eintritts von Arbeitervertretern ins Ministerium hat sich auch der 17. Jahreskongreß der britischen Arbeiterpartei beschäftigt, der am 23. Januar in Manchester zusammentrat. Der Eintritt Barnes', Hendersons und Hodges in das Kabinett Lloyd Georges hat nicht die Billigung aller Organisationen der Partei gefunden. Dem Kongreß lagen deswegen Beschlüßanträge vor, in denen zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß der Eintritt von Mitgliedern der Arbeiterpartei in das Koalitionsministerium eine Verletzung der Parteisatzungen und eine Schädigung der Partei bedeute. Die Abstimmung entschied jedoch zugunsten der Arbeiterminister. Mit 1840 000 gegen 307 000 Stimmen wurde beschlossen der Beteiligung der Arbeitervertreter an der Regierung die Billigung des Kongresses auszusprechen.

In der Debatte erklärte Henderson, daß die von Lloyd George abgegebenen Versprechungen und die Überzeugung von der Notwendigkeit den Krieg fortzusetzen die Beteiligung an der Regierung rechtfertigen. Ein Redner der Unabhängigen Arbeiterpartei, die 40 000 Stimmen für die Minderheit abgab, gab der Ansicht Ausdruck, daß Henderson und seine Kollegen in der Regierung die Arbeiterpartei vernichten, und ein Vertreter der Dockarbeiter von Bristol rügte mit den kräftigsten Ausdrücken, daß sich Arbeitervertreter mit Unternehmervertretern, die sich bisher als die grimmigsten Arbeiterfeinde gezeigt hätten, vereinigten. Der nationale Appell Hendersons war jedoch stärker als diese Argumente. Nur etwa ein Sechstel der vertretenen Stimmen erklärte sich gegen die Beteiligung an der Regierung. Die Westminster Gazette war deswegen durchaus im Recht, als sie zu dem Ergebnis der Abstimmung triumphierend verkündete: »Wenn die Deutschen sich durch pazifistisches Gerede in England zu der irrigen Meinung verführen ließen, daß die Friedensbewegung in England stark sei, so hat dieser Kongreß sie eines Bessern belehrt.«

Festgehalten zu werden verdient der Umstand, daß die Verhandlungen des Parteitags noch unter dem frischen Eindruck der Antwortnote der Entente an Wilson standen, in der das Zerschmetterungsprogramm gegen die Mittelmächte aufgestellt worden war. Im übrigen nahm der Parteitag einige Resolutionen sozialpolitischer Natur an, worin es heißt, daß bei der Demobilisierung des Heeres der private Arbeitsmarkt besonders berücksichtigt werden müsse, damit eine gerechte Verteilung der Arbeitskräfte gewährleistet und Arbeitslosigkeit vermieden werde.

Kriegspublikationen

Als 1. Heft einer vom Bund deutscher Gelehrter und Künstler geplanten Serie Um Deutschlands Zukunft / Berlin, Hobbing/ ist eine Broschüre Max Cohens Das Volk und der Krieg erschienen, die bereits mehrere Auflagen zu verzeichnen hat. Die Schrift verdient auch weiteste Verbreitung. Sie legt ausführlicher die Gedankengänge dar, die bereits klar und deutlich in dem Artikel Zur Wiederkehr des 4. August, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 II, Seite 781 ff., zum Ausdruck gekommen waren. Sie tritt mit Energie und guter Argumentation für die außenpolitische Orientierung ein, wie sie in dieser Zeitschrift überhaupt vertreten wird, die auf eine Zusammenfassung der europäischen Kontinentalkräfte gegen England abzielt und eine Verständigung Deutschlands mit dem Osten zur notwendigen Konsequenz hat. Die Schrift ist insgesamt ein warmes Bekenntnis zur Politik des 4. August 1914, behandelt die Kriegsprobleme jedoch keineswegs gefühlsmäßig sondern gelangt auf Grund geschichtlicher Untersuchungen und unter Hinweis auf die vorliegenden Tatsachen zu dem Schluß, daß die wirtschaftliche Rivalität zwischen Deutschland und England und der dadurch hervorgerufene Vernichtungswille Englands die Sozialdemokratie dazu zwingt auszuhalten, »bis wir vor allem dem englischen Gegner den Frieden abgezwungen haben, den wir brauchen, einen Frieden, der unsere Sicherheit, die Unversehrtheit deutschen Gebietes und unsere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit sicherstellt.«

Wolfgang Heine hat einen Teil des Vieles, das er im Lauf der Kriegszeit in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht hat, in einem Buch, betitelt Zu

Deutschlands Erneuerung / Jena, Diederichs/, zusammengefaßt. Er will damit der planmäßigen Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit anderen Parteien, die bereit wären die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse zu unterstützen, dienen und den Weg ebnen helfen, den die Sozialdemokratie am 4. August 1914 als richtig und notwendig erkannt hat. Die 22 veröffentlichten Aufsätze halten das, was ihr Verfasser im Vorwort des Buches verspricht. Viele von ihnen sind aus besonderen Situationen der Tagespolitik entstanden, doch erfährt ihr Wert darum keine Einbuße. Als Aufgabe der Sozialdemokratie bezeichnet Heine den Verzicht auf theoretische Demonstrationen und Deklamationen und die Bereitwilligkeit die Verantwortung für die Daseinsbedürfnisse des Staates mit zu übernehmen. Durch diese Haltung verschafft sie sich wirklich Macht, dadurch bereitet sie die sozialistische Zukunft vor. Trotz aller absichtlichen Nüchternheit, mit der Heine die politische Situation im Innern beurteilt, durchweht das Buch doch eine freudige Hoffnung auf die Zukunft. So wie seine einzelnen Aufsätze bei ihrer Veröffentlichung die lebhafteste Beachtung fanden, wird das Buch auch als Ganzes denen willkommen sein, denen es wirklich ernst ist um Deutschlands Erneuerung.

Kurze Chronik

In das 7gliedrige Direktorium des österreichischen Ernährungsamts ist im Dezember 1916 Genosse Renner eingetreten. Der österreichische Parteivorstand erklärte dazu, daß bei diesem Schritt weder von einer sachlichen Bindung noch von einer politischen Verantwortung der Partei die Rede sein könne. ◊ Das Zentralorgan der italienischen Sozialisten, der Avanti, konnte Weihnachten 1916 auf sein 20-jähriges Bestehen zurückblicken. ◊ Am 10. Januar veröffentlichte die Humanité ein Manifest belgischer Sozialisten, in dem gesagt wird, daß Verhandlungen der sozialistischen Internationalen zugunsten des Friedens gegenwärtig nutzlos und schädlich wären. Nach Erklärungen des Socialiste belge, dem der Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus, Genosse Huymans, sehr nahesteht, ist diesem Manifest autoritativer Wert nicht beizumessen. ◊ Bei der amerikanischen Präsidentenwahl am 7. November 1916 hat der sozialdemokratische

Kandidat Benson rund 1,2 Millionen Stimmen auf sich vereinigt. ◊ Bei den Wahlen zum polnischen Staatsrat wurde Genosse W. Kunowski gewählt.

Literatur Das Buch Richard Bergers Fraktionsspaltung und Parteikrisis

München-Gladbach, Volksvereinsverlag/ ist eine, wenn auch nicht ganz lückenlose, so doch sehr interessante und instruktive Zusammenstellung des Materials, das der Verfasser in der sozialdemokratischen Presse zur Fraktionsspaltung gefunden hat. Von einer parteipolitischen Ausnutzung des Stoffes hat der Verfasser Abstand genommen, wie man überhaupt anerkennen muß, daß die Arbeit sich durch eine bemerkenswerte Objektivität auszeichnet. Ob nach der Aufhebung des Burgfriedens die vielen Freunde des Volksvereinsverlags das zusammengetragene Material ebenso behandeln werden, wird die Zeit lehren. Hoffentlich räumt der Krieg mit den Papierschnitzelmoden und dem Zitatenunfug in der Parteigitation, wie sie früher üblich waren, gänzlich auf. Dann bleibt das Buch, was es sein will: ein Beitrag zur Klärung eines der wichtigsten Probleme der innerdeutschen Politik.

Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampfmeyer

Internationale Aus Stockholm wurde der Internationalen Korrespondenz unter dem 12. Februar gemeldet, daß auf Veranlassung der gewerkschaftlichen Zentrale Schwedens das Internationale Gewerkschaftssekretariat in Berlin bei den Gewerkschaften der skandinavischen Länder angefragt habe, ob sie geneigt wären sich auf einer internationalen Konferenz vertreten zu lassen. Die internationalen Gewerkschaftszentralen haben einer solchen Konferenz zugestimmt, während von englischer Seite keine Zusage für die Beteiligung eingetroffen ist. Zu dieser Meldung bemerkte am 12. Februar der Vorwärts: »Zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges nimmt somit der Gedanke eines internationalen Arbeiterkongresses während des Krieges feste Gestalt an. Festgestellt sei nur, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands ebenso wie die freien Gewerkschaften vom Ausbruch des Krieges an stets bereit waren zu einem internationalen Kongreß zu erscheinen. Wir dürfen jetzt die Hoffnung hegen, daß

sich die Arbeitervertreter doch noch früher mit einander an den Friedentisch setzen werden als die Diplomaten.« In der Nacht vom 8. zum 9. Februar richtete der Präsident der American Federation of Labor Gompers folgendes Telegramm an Legien: »Können Sie nicht auf die deutsche Regierung einwirken, daß ein Bruch mit den Vereinigten Staaten vermieden und hierdurch ein allgemeiner Konflikt verhindert wird?« Darauf antwortete ihm Legien am 9. Februar: »Die deutsche Arbeiterklasse hat seit Kriegsbeginn für Frieden gewirkt und ist gegen Kriegserweiterung. Ablehnung deutschen aufrichtigen Angebots sofortiger Friedensverhandlungen, Fortsetzung des grausamen Aushungerungskriegs gegen unsere Frauen, Kinder und Greise, des Feindes offen eingestandene auf Deutschlands Vernichtung gerichtete Kriegsziele haben Verschärfung des Krieges herausgefordert. Einwirkung meinerseits auf Regierung nur Erfolg versprechend, wenn Amerika England zur Einstellung des völkerrechtswidrigen Aushungerungskriegs veranlaßt. Ich appelliere an amerikanische Arbeiterschaft sich nicht als Werkzeug der Kriegshetzer gebrauchen zu lassen und durch Befahren der Kriegszone den Krieg zu erweitern. Internationale Arbeiterschaft muß unerschütterlich für sofortigen Frieden wirken.« Dieses Telegramm hat Gompers richtig erreicht.

Ausländische Arbeiter In dem großen Völker-sammelungsbecken, in den Vereinigten Staaten von Amerika, organisiert sich ein starker Widerstand gegen die Einwanderung des osteuropäischen ungelerten städtischen und des ländlich-bäuerlichen Proletariats. Schon kurz nach dem Ausbruch des Weltkriegs, im November 1914, trat die große Organisation der American Federation of Labor auf ihrer 34. Jahresversammlung sehr entschieden für die Annahme des Gesetzes über Bildungsprüfung der Einwanderer ein. Im Repräsentantenhaus, so wurde auf dieser Jahresversammlung der organisierten Arbeiterschaft ausgeführt, sei dieses Gesetz schon am 5. Februar 1914 angenommen worden; aber im Senat scheine der Einfluß der Transportunternehmer und Großindustriellen stärker zu sein als der des Arbeiterbundes, so daß mit dem Verbot der Einwanderung der Analphabeten vorläufig noch nicht zu rechnen sei. Die Arbeiterorganisa-

tionen sollten deshalb ununterbrochen darauf hinwirken, daß der Ausschluß der Analphabeten von der Einwanderung Gesetz wird, besonders deshalb, weil nach dem Krieg eine starke Einwanderung von den betroffenen Ländern nach den Vereinigten Staaten beginnen werde; denn viele werden auf diese Weise einer weitern Katastrophe zu entgehen trachten.

Anfang Februar hat nun der Senat der Vereinigten Staaten, wie aus Washington berichtet wurde, seinen Widerstand gegen das Einwanderungsgesetz aufgegeben und mit 62 gegen 19 Stimmen die Annahme des Gesetzes beschlossen. Das Gesetz schreibt für die Einwanderer eine Lese- und Schreibprobe vor, und damit verschließt es den Analphabeten den Zugang zur Union. Der Umschlag der Stimmung im Senat ist wohl auf das Konto des Weltkriegs zu stellen. Furcht vor der Überflutung der Vereinigten Staaten mit völlig unwissenden Arbeitern und mit armseligen Bauern und ländlichen Proletariern ohne jede Schulbildung.

Die jüdische Presse Amerikas wirft, wie der Jüdischen Arbeiterkorrespondenz zu entnehmen ist, den jüdischen Delegierten zur Konvention der American Federation of Labor vor, daß sie es unterlassen hätten gegen den rückständigen Einwanderungsbeschluß, der besonders für die nach dem Krieg zu erwartende große jüdische Einwanderung gefährlich ist, mit entsprechendem Nachdruck aufzutreten. Der Begriff des Analphabetentums wird nämlich in Amerika ganz willkürlich ausgelegt, die Beherrschung zum Beispiel der jüdischen Schrift braucht nicht anerkannt zu werden, so daß unter Umständen Einwanderer, die rein geistig genommen höher stehen als selbst Schichten der heimischen Bevölkerung, doch als kulturell niedriger stigmatisiert werden.

Lohnbewegungen 1915

Am 2. August 1914, bei Kriegsbeginn, brachen die freien Gewerkschaften die Angriffsstreiks ab und legten sich für eine möglichst umfassende Ausschaltung der Streiks ein. Damit gaben sie aber selbstverständlich ihre Bestrebungen zur Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder keineswegs auf, sie paßten nur ihre Mittel zur Erreichung dieses Ziels den Zeitverhältnissen an. Ganz ließen sich durch die hartnäckigen Widerstände kurzzeitiger, die Aufgaben der Zeit nicht richtig erfassender Unternehmer die Arbeitseinstellungen nicht vermeiden. Immerhin war die Zahl der Streiks im Jahr 1915 ver-schwindend gering. Nach der gewerkschaftlichen Statistik wurden nämlich von 8 Organisationen 30 Angriffsstreiks mit 1186 Beteiligten (darunter 439 weibliche) geführt. Die Streiks dauerten von einer halben Stunde bis zu 90 Tagen. Von den Streiks wurden 26 wegen Lohnerhöhung, 2 wegen Erhöhung des Lohns und Verkürzung der Arbeitszeit und je 1 wegen Verkürzung der Arbeitszeit und aus anderen Ursachen geführt. Abwehrestreiks wurden 30 von 9 Organisationen mit 638 Beteiligten inszeniert, und zwar in 7 Fällen wegen Maßregelungen, in 13 wegen Lohnreduktionen und in 9 wegen anderer Ursachen. An Aussperrungen waren 6 abzuwehren und zwar von 3 Organisationen. Als sehr charakteristisch bucht das Korrespondenzblatt der Generalkommission folgenden Aussperrungsfall: »Auch wegen Weigerung der Arbeiter aus der Organisation auszutreten erfolgte eine Aussperrung. Es ist auffallend, daß während der Kriegszeit, in der gerade Organisation die Voraussetzung für die Widerstandskraft des deutschen Volkes ist, eine solche Anforderung an die Arbeiterschaft gestellt werden kann. Anscheinend gehen an einzelnen Unternehmern die harten Lehren des Krieges spurlos vorüber.«

Die Streiks und Aussperrungen spielten also im Kriegsjahr 1915 eine ganz minimale Rolle; dagegen wirkten sich die friedlichen Methoden der Lohnbewegungen im Jahr 1915 in vollem Umfang wie in der Friedenszeit aus. Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden von 27 Verbänden in 16 977 Betrieben mit 887 621 Beschäftigten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt. Beteiligt daran waren 801 564 Personen, darunter 119 980 weibliche. Erfolgreich endeten 2373 Bewegungen mit 469 642 Beteiligten, teilweise erfolgreich 744 Bewegungen mit 296 856 Beteiligten, erfolglos 32 Bewegungen mit 11 842 Beteiligten.

Als Erfolg aller Lohnbewegungen des Jahres 1915 ist festzustellen: für 8097 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 33 129 Stunden pro Woche, für 647 978 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1 448 704 Mark pro Woche, für 121 320 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission betont, daß die Lohn-

steigerungen nicht annähernd im Verhältnis zu den Aufwendungen der Arbeiter für Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände stünden.

Eisenbahner Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnverbands (über dessen Gründung im vorigen Jahr in dieser Rundschau, 1916 III, Seite 1067, berichtet wurde) gab im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 8. Februar folgende Erklärung ab: »Der Deutsche Eisenbahnverband gehört nicht zu den Organisationen, welche die Arbeitseinstellung zur Durchführung ihrer Forderungen in Anwendung bringen. Er hat, wie die vorstehende Satzung ergibt, keine Einrichtung, die es ihm ermöglichen würde bei Lohn- oder anderen Arbeitsstreitigkeiten das Kampfmittel der Arbeitseinstellung anzuwenden. Er kann zur Unterstützung eines Streiks weder von anderer Seite herangezogen werden noch seinerseits Mittel aufwenden.« In dieser Erklärung sieht der preußische Eisenbahnminister den von ihm verlangten ausdrücklichen Verzicht auf das Streikrecht. Er hob daraufhin seinen Erlaß vom 24. Oktober 1916 auf, der sich gegen die Organisation der Eisenbahner richtete. Den Handwerkern, Arbeitern und sonstigen Bediensteten der preußischen Staatseisenbahnen und der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen ist somit der Beitritt zum Deutschen Eisenbahnverband gestattet. Es ist zu erwarten, daß nun auch die sächsischen und die anderen bundesstaatlichen Eisenbahnverwaltungen, soweit sie bisher ihrem Personal den Beitritt zum Deutschen Eisenbahnverband sperrten, dem Beispiel des preußischen Eisenbahnministers folgen werden.

Kurze Chronik In Bochum starb Genosse Heinrich Wetzker (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band, Seite 307 f.). Wetzker hat sich während seiner Tätigkeit als Redakteur des Bochumer Volksblatts große Verdienste um den Bergarbeiterverband erworben. Die Bergarbeiterzeitung widmet ihm deshalb einen tief empfundenen Nachruf, in dem es unter anderm heißt: »Bei allen Aktionen des Bergarbeiterverbandes stellte er uns jeden Raum zur Verfügung, und häufig genug hat er selbst seine Meinung scharf und klar und ebenso schneidig

zu den Bergarbeiterfragen dargelegt. Ein eigener Charakter, mit großem Wissen ausgestattet, half er manchen Schlagparieren, der gegen unsern Verband gerichtet war.« ◊ Die Vorstände sämtlicher deutschen Gewerkschaftszentralorganisationen (Generalkommission der (freien) Gewerkschaften, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Verband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Polnische Berufsvereingung, Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände) haben in gemeinsamen Eingaben an den Reichskanzler und an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts Stellung gegen die unbefriedigende Lösung der Lebensmittelversorgung während des Krieges genommen. Diese gewerkschaftliche Gesamtkaktion ist als Zeichen der fortschreitenden Konzentration der deutschen Gewerkschaftsbewegung aller Richtungen zu bewerten. ◊ Am 28. Dezember bestand das Breslauer Gewerkschaftskartell 25 Jahre. ◊ Seit 25 Jahren ist der verdiente Vorsitzende des Schneiderverbands Heinrich Stühmer als Angestellter dieses Verbandes tätig.

Geistige Bewegung / Wally Zeppler

Einheitsschule In seinem Artikel über die Strömungen der modernen Pädagogik hat Walter Oehme in den Sozialistischen Monatsheften (1914 II, Seite 622 ff.) auch auf die Wurzeln und Zielrichtungen der Einheitsschulbewegung hingewiesen. Wie allen, auf eine Stärkung der nationalen Einheit hinwirkenden Kräften gab der Krieg auch dieser politisch-pädagogischen Strömung kräftigen Anstoß. Man durfte fast hoffen, daß auch in der Jugenderziehung aus dem Grauen des Weltkriegs für die Zukunft befruchtendes Leben erblühen werde. Jetzt will es freilich scheinen, als ob der kreiende Berg nur ein Mäuslein gebären wolle. Schon am 17. März 1916 hatte das preußische Abgeordnetenhaus beschlossen »die Königliche Staatsregierung zu ersuchen a) zu erwägen, wie besonders veranlagten Schülern, welche die Volksschule durchgemacht haben, der Übertritt in höhere Schulen und so der Zugang zu allen Berufen ermöglicht wird, b) baldigst Maßnahmen zu treffen, auf Grund welcher besonders befähigten Volksschülern in größerem Umfange als bis-

her der Besuch höherer Schulen und so der Zugang zu allen Berufen ermöglicht wird, c) . . . es talentvollen Studierenden aus den unbemittelten Ständen mehr als bisher zu ermöglichen in Berufe einzutreten, für welche das akademische Studium die Voraussetzung bildet, d) geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die für die Schüler der sogenannten Vorschulen bestehenden Bevorzugungen beim Übergang in die höheren Schulen aufgehoben werden«.

Am 2. und 3. März 1917 kam beim Etat des Kultusministeriums die Einheitschulfrage von neuem zur Erörterung. Der Abgeordnete Cassel teilte mit, daß nach dem Plan der Deputation für die höheren Schulangelegenheiten die Stadt Berlin in nächster Zeit neue Übergangsschulen für hervorragende begabte Schüler der ersten Gemeindeschulklassen eröffnen wolle; und zwar ein Realgymnasium, das in 6jährigem Lehrgang zum realgymnasialen, oder in einem gymnasialen Nebenzweig zum gymnasialen Abiturientenexamen führt, und eine Realschule mit 3jährigem Kursus zur Vorbildung für gewerbliche Berufe und gleichzeitiger Vorbereitung für die Obersekunda einer Oberrealschule. Für unbemittelte Schüler sollen Schulbesuch und Lehrmittel frei sein; eventuell soll auch ein jährliches Stipendium von 300 Mark vom 14. Lebensjahr bis zur Reifeprüfung gewährt werden. Diese neuen Lehranstalten seien für 500 respektive 350 Schüler berechnet. Auch in Frankfurt am Main wird jetzt ein ähnlicher Versuch gemacht. Zu Ostern 1917 soll dort eine Übergangsklasse für Volksschüler errichtet werden, die diese in einem besonderen Kursus zur Ablegung der Einjährigfreiwilligenprüfung vorbereitet. Solche Übergangsanstalten sollten, wie Cassel meinte, überall gegründet oder andere Übergangswege gefunden und so in praktischem Vorgehen ein Schritt zur Einheitsschule zu getan werden.

Der Kultusminister Trott zu Solz hob zunächst rühmend hervor, daß die Bewegung zur Reform der Schulorganisation jetzt erfreulicherweise »einen mehr konservativen Charakter angenommen« habe; es könne sich auch nicht darum handeln »grundstürzende revolutionäre Reformpläne« durchzuführen, wie sie zu Kriegsbeginn vorgeschlagen worden seien. Er sei aber bereit »den Graben, der zwischen der Volksschule und den höheren Schulen gezogen ist, zu verringern«. Diesem Zweck habe bereits sein

Erlaß vom 30. August 1916 über die Aufnahme der Volksschüler in die Sexten höherer Lehranstalten gedient (der Erlaß will diese Aufnahme nach dem 3., statt wie bisher nach dem 4. Schuljahr ermöglichen); ebenso trete er prinzipiell für das Frankfurter und das neue Berliner Projekt ein; er selbst habe in einer alten Königsberger Stiftung eine Reform im Sinn solcher Aufstiegsmöglichkeiten angeregt. Am 3. März betonte der Kultusminister aber ausdrücklich, der Zusammenhang zwischen den einzelnen Schulgattungen solle gestärkt werden, »soweit das möglich ist, ohne den Charakter und den Zweck der einzelnen Schularten . . . zu beschränken oder zu gefährden«. Er erklärte auch, er werde niemals »für eine Bewegung zu haben sein, die den konfessionellen Charakter unserer Volksschule beseitigen will«. Der bekannte fortschrittliche Lehrer Otto erläuterte in dieser Sitzung nochmals die Grundzüge der Einheitsschulidee. Eine Konferenz von Vertretern sämtlicher Schulgattungen und aller politischen Richtungen, die in einem Antrag fast aller Parteien angeregt worden sei, werde besonders den Aufstieg der Begabten zu den höheren Schulstufen erörtern und fördern müssen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen schlug Otto vor, man solle statt von nationaler Einheitsschule lieber von nationaler Schuleinheit sprechen.

Vorläufig handelt es sich also in der Einheitsschulbewegung nur um recht unbedeutende Errungenschaften. Dennoch dürfte es wichtig und interessant sein sie in ihren Etappen zu verfolgen, schon weil sich uns daraus der wahrscheinliche Gang dieser Probleme in einer späteren Zukunft enthüllen dürfte.

Wie Oehme in seinem Artikel richtig sagt, besitzt das Erziehungswesen »keine Eigenbewegung, die Bewegung der Kultur ist die seine«. Seine Methoden und Ideale wechseln deshalb mit den Geistes-, den philosophischen und sozialen Strömungen der Zeiten. Schon früh hat aber das Denken gewisse Grundauffassungen, Normen der persönlichen und gesellschaftlichen Vervollkommnung festgestellt, nach denen sich ein menschliches Erziehungsideal in seinen allgemeinsten Zügen herausbildete. Die Pädagogik als die Lehre von der geistigen Entwicklung des Kindes konnte nie von einer Klassenscheidung ausgehen; sie galt dem Menschen als solchem, nicht dem Menschen einer bevorzugten Ge-

sellschaftsschicht. Sie will alle Fähigkeiten des einzelnen bis zur höchsten Vollkommenheit entfalten und kann deshalb nur nach Begabungshöhe und Begabungsrichtung scheiden, um jeden in die ihm gemäße Sphäre zu bringen. Die Erziehung verfolgt neben den individuellen zudem soziale Zwecke. Sie will der Gesamtheit brauchbare Mitglieder heranbilden, die Kräfte des einzelnen dem Staatsganzen dienstbar machen. Auch von diesem Standpunkt darf sie nicht nach Klassen- sondern nur nach Leistungsqualitäten sondern; denn die höchsten Gesamtleistungen wird nur die Gesellschaft erzielen, die jede Tätigkeit an der geeignetsten Stelle verwertet. Hier berühren sich demnach philosophisch-pädagogische und soziale (vielleicht sozialistische) Erkenntnisse; beide streben nach einem Erziehungssystem, das jedem die höchsten Entfaltungsmöglichkeiten sichert, aber gerade deshalb weitgehende Differenzierung nach den unendlich verschiedenartigen Begabungen und Neigungen vorsieht. So läßt sich in der Pädagogik eine durchlaufende Linie von Platon und Aristoteles bis zu den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie verfolgen; bei allem Wechsel der Verhältnisse und Ideen verkünden sie alle eine Art Einheitserziehung oder Einheitsschule als das pädagogische Ideal. »Der Gedanke einer einheitlichen Erziehung und des durch sie verbürgten Aufstiegs der Begabten«, sagt H. Th. Matth. Meyer in seiner Schrift *Die Einheitsschule* /Leipzig, Teubner/, »wurzelt also ohne Frage in den Anschauungen der tiefsten und umfassendsten Geister des Altertums und ist in den Besten seitdem bis ins 3. Jahrtausend lebendig geblieben.« Ebenso hätten die bedeutenderen späteren Pädagogen in ihren Erziehungsplänen eine Art Einheitsschule als natürliche Voraussetzung betrachtet, »und selbst von den Schöpfern des humanistischen Gymnasiums . . . wurde es als selbstverständlich angesehen, daß erst nach dem 13. Lebensjahre der Schulweg der Knaben nach Neigung, Begabung und Beruf auseinanderging«. »Comenius läßt den Schulbesuch mit dem vollendeten 6. Lebensjahre beginnen; bis zum vollendeten 12. Lebensjahre will er die gesamte Jugend in der Elementar- oder Muttersprachschule zusammenhalten; die Begabten und für gelehrte Berufe Bestimmten sollen in den nächsten 6 Jahren für den Besuch der Akademie vorbereitet werden, der er wieder einen über 6 Jahre sich er-

streckenden Lehrgang zuweist. Meyer bespricht dann weiter die Geschichte der Idee bis zur neuesten Zeit, die Gedanken Schleiermachers, Pestalozzis, den die durchgeführten preußischen Unterrichtsgesetzentwurf Süverns von 1819, in dem sich die Erziehungsideale Wilhelm von Humboldts verdichteten und der vielleicht auf Condorcets ähnlichem Entwurf einer Nationalerziehung fußte, die Anschauungen Diesterwegs, Theobald Zieglers und schließlich unter den Lebenden Natorps, Kerschensteiners, Reins und Aloys Fischers.

In der immer bestimmtern Stellungnahme der deutschen Lehrerschaft für die Reform des gesamten deutschen Schulwesens im Sinn der Einheitsschulbewegung malt sich die fortschreitende Erkenntnis des Zukunftswegs jeder durchgreifenden Erneuerung der Schulerziehung. Kurz nach der Gründung des Deutschen Lehrervereins, 1848, auf seiner ersten Eisenacher Tagung, stellte der Gymnasiallehrer Dr. Köchly die These auf: »Für den gesamten Unterricht auf den allgemeinen Schulen wird kein Schulgeld entrichtet; auch der unentgeltliche Besuch der besonderen Bildungsanstalten wird auf geordnete Weise Unbemittelten gewährt, welche Befähigung und Neigung dazu besitzen. Seit jener Zeit schloß die Bewegung nicht ein. Mit stetig wachsender Anhängerschaft sprachen sich die Lehrerkongresse für die Einheitsschule aus. Auf der letzten Tagung in Kiel am 2. Juli 1914 wurde nach einem Referat Kerschensteiners einstimmig eine Reihe von Thesen angenommen, über deren Hauptsätze damals in dieser Rundschau (1914 II, Seite 1092) berichtet worden ist. Daß trotz dieser übereinstimmend klaren Parteinahme der Bahnbrecher der Pädagogik wie der Lehrerschaft die Schulen sich dennoch bisher in streng von einander getrennte Volks- und höhere Schulen sonderten, ist natürlich nur Ausdruck und Resultat der allgemeinen Klassenscheidung. Bildung war eben ursprünglich ausschließliches Privileg besonderer Schichten; schon aus dem Grund, weil auch sie ein kostspieliges Gut ist. Erst langsam, mit dem sozialen Aufstieg des Proletariats eroberte dieses einen kleinen Teil des geistigen Besitzes. Deshalb ist heute die Sozialdemokratie, wenn auch in etwas anderer Orientierung als die Lehrerschaft, mit die Hauptkämpferin der Einheitsschulbewegung. Was versteht man nun im einzelnen unter der Einheitsschule?

Die Grundbedingung, die, wie wir sahen, selbst der preußische Kultusminister nun anerkennt, ist eine Schulorganisation, die dem Volksschüler wenigstens jederzeit eine Möglichkeit des Übergangs in die höheren Schulen freiläßt. Der Elementarunterricht auf den untersten Stufen muß also ein allgemeiner sein; das heißt jede Art besonderer Vorschulen für die prädestinierten Besucher der höheren Unterrichtsanstalten muß fallen. Diese Forderung dürfte auf die Dauer keinem ernsthaften Widerstand begegnen. In Bayern, Baden, Sachsen und einer ganzen Reihe der kleineren Staaten existieren Vorschulen ohnehin nicht, in Preußen, Württemberg, Elsaß-Lothringen, Hamburg, Bremen und anderen besteht ein gemischtes System. (Berlin und seine Vororte stehen in Preußen in der Zahl der Vorschulen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schulen mit an erster Stelle.) Auch in vielen anderen Ländern, wie in Österreich, der Schweiz, den Vereinigten Staaten usw., kennt man die Vorschule gar nicht. Da auch bei einer voll durchgeführten Einheitsschule, mindestens, solange wir in unserer sozialen Welt leben, nur eine kleine Minderheit die höchsten Schulstufen durchlaufen kann, wird der Hauptstamm der Schule stets etwa unserer Volksschule adäquat bleiben, nicht gelehrte sondern praktisch arbeitende Menschen heranbilden müssen. (In der Schweiz und in den Vereinigten Staaten, in denen die Einheitsschule bereits verwirklicht ist, hat, wie Kerschesteiner und andere hervorheben, trotzdem natürlich niemals ein nennenswerter Andrang des Proletariats zu den höheren Berufen stattgefunden. Die Münchener Volksschule gestattet den Übergang in die höheren Schulen mit dem vollendeten 10. Lebensjahr. Von 70 000 männlichen und weiblichen dortigen Volksschülern des Jahres 1913 blieben mehr als 68 000 bis zum Schluß ihrer Schule treu.) Oft erwacht aber der lebhafteste Drang nach geistiger Tätigkeit, das Bewußtsein wissenschaftlichen Talents oder der Wunsch sich einem der höheren Berufe zu widmen erst in etwas spätem Schulalter. Heute sind dem Volksschüler dann die Wege dazu absolut verrammelt. Die Einheitsschule sieht auf verschiedenen Stufen solche Übergangswegen vor; Kerschesteiner führt zum Beispiel einen Verbindungskurs nach dem 8. Schuljahr in die Mittelschule hinüber. Heinrich Schulz (in seinem Buch Die Schulreform der Sozialdemokratie /Dresden, Kaden/,

das die Anschauungen der Partei vertreten soll) fordert sogar gemeinsamen Elementarunterricht bis zum 14. Lebensjahr. Recht interessant sind übrigens in diesem Punkt die Versuche einstigen Volksschülern noch im spätem Leben zu höherer Bildung zu verhelfen, wie die Evening High Schools der Vereinigten Staaten, die erwachsene Arbeiter in 4- bis 5jährigen Abendkursen zur Ablegung des Abiturientenexamens vorbereiten, die englischen Schools of Technology usw.

Über diese allgemeinsten Linien hinaus variieren nun aber die Einheitsschulpläne bei ihren einzelnen Vertretern in den weitesten Grenzen. Alle prinzipiellen Abweichungen der pädagogischen und sozialen Grundauffassung spielen hier hinein, die Wertung der verschiedenen Bildungsmaterien, der historisch-philosophischen (humanistischen), mathematischen, naturwissenschaftlichen, sprachlichen Lehrzweige, die Stellungnahme zum religiösen Unterricht, vor allem aber zu den jetzt vielbesprochenen Problemen »Arbeits- oder Lernschule?« (Diese wichtige und interessante Frage wird in dieser Rundschau noch besonders erörtert werden müssen) und »Zwangs- oder Wahlunterricht?«, das heißt Aufstieg nach einer, von allen in gleicher Weise geforderten Gesamtleistung oder nach Befähigungsnachweisen in bestimmten Fächern.

Der Arbeitsschule huldigen bekanntlich gegenwärtig zahlreiche der modernsten Pädagogen; auf ihr beruhen die Landerziehungsheime, der Münchener Versuchskindergarten (für den Kindergarten ist die Arbeitslehre allerdings ganz besonders geeignet), die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts wie die ganzen Kerschesteinerschen Fortbildungsschulbestrebungen. Es wird kaum bestritten werden können, daß der Arbeitsunterricht in der Tat nach mancher Richtung hin große Erfolge erzielt, daß er bei den Schülern lebendiges Interesse weckt und hohe technisch-praktische Leistungen entwickelt. Trotzdem lassen sich schwerwiegende Einwände dagegen erheben, und zwar gerade vom pädagogischen Standpunkt aus: die gleichen Einwände, die man gegen die Bevorzugung des naturwissenschaftlichen oder neusprachlichen Unterrichts vor den humanistisch-historischen Fächern geltend machen kann; daß sie die praktischen Interessen schon der Jugend als das eigentlich Wesentliche des Lebens erscheinen lassen, statt sie in die Welt

der Ideen, der Ideale und der sittlichen Wertungen zu führen. Auch der Gedanke der Wahl- und Begabungsklassen ist im letzten Grund eudämonistisch, nicht ethisch orientiert. Der Schüler soll sich dem Lehrstoff hingeben, zu dem es ihn am meisten zieht; nicht die höchste Willensanspannung wird von ihm gefordert, die Neigung soll ihm Leitstern der Arbeit sein. Alle diese, auf den Kern unserer Weltauffassung zurückgreifenden Fragen, die sich hier nur andeutungsweise berühren lassen, sind nicht so sehr spezifische Probleme der Einheitsschulbewegung wie allgemeine pädagogische Probleme. Sie sind aber in weitestem Maß für die von den Einheitsschultheoretikern aufgestellten Lehrpläne mitbestimmend.

Ein annäherndes Bild solcher Lehrpläne mag man aus folgendem gewinnen: Kerscheneiner stellt ein Schema zu einer sukzessiven Differenzierung mit gemeinsamem Unterbau vom 6. bis zum 10. Jahr, dem Hauptzweig einer fortlaufenden Elementarschule (mit Wahlkursen in den höchsten Klassen bis zum 16. Jahr), den Nebenzweigen einer, wiederum 4fach differenzierten Gelehrtenschule und einer Mittelschule mit spezialistisch gegliederten Fortbildungs- und technischen Fachkursen auf. Natorp will auf einen 6jährigen Pflichtbesuch der allgemeinen Volksschule eine zweite Schulperiode vom 16. bis zum 18. Lebensjahr folgen lassen, mit Scheidung »zwischen der Vorbereitung zu solchen Berufen, die einer tiefgehenden spezialwissenschaftlichen Ausbildung bedürfen, und denen, die ihrer entraten können, dagegen gewisse, möglichst früh zu erwerbende Fertigkeiten beanspruchen; im allgemeinen also zwischen der Vorbildung zu studierten Berufen einerseits, gewerblichen andererseits«. Der gewerbliche Zweig sollte neben »einem Grundstoff allgemein bildender, für alle gemeinsamer und obligatorischer Fächer eine möglichst reiche Fülle von Fachkursen« haben, »zwischen denen die Wahl freistände, oder vielmehr durch den Beruf, für den man sich entscheidet, bestimmt wäre«. In Heinrich Schulz' 8jährigem Elementarschulkursus soll der »Arbeitsunterricht, der schon im Kindergarten als Spiel im Mittelpunkt stand, in vertiefter und systematisierter Form den wichtigsten Unterrichtsgegenstand« bilden. Im Anschluß daran schlägt Schulz eine 3jährige Mittelschule mit einem vorwiegend theoretischen und einem beruflich gegliederten praktisch gewerblichen Neben-

zweig vor. Auf den erstgenannten soll unmittelbar das akademische Studium folgen.

Von prinzipieller Bedeutung für die Entwicklung der Einheitsschulidee sind endlich noch 2 Punkte: die Frage, ob Konfessions- oder Simultanschule und die der Unentgeltlichkeit des Unterrichts. Der Deutsche Lehrerverein bekannte sich, wie Tews berichtet (in seinem über die ganze Bewegung und ihre Einzelprobleme unter allen einschlägigen Schriften wohl am besten orientierenden Buch Die deutsche Einheitsschule /Leipzig, Klinkhardt/), 1906 auf seiner Münchener Tagung klar zur allgemeinen Simultanschule und verleugnete auch später niemals diese Anschauung. Die gleiche Stellung nahmen die einzelnen Hauptverkünder des Einheitsschulplans unter der Lehrerschaft. Im Zentrum, das sich bei der Debatte der Frage im preußischen Abgeordnetenhaus im März 1916 ebenfalls zu den Reformfreunden schlug, ist dabei wahrscheinlich der Wunsch mitbestimmend auch die höheren Schichten auf diesem Weg der Konfessionsschule allgemein zurückzugewinnen. Das ist ein politischer Nebenzweck, wie ihn die katholischen Parteien in verschiedenen Ländern etwa auch bei der Befürwortung des Frauenstimmrechts im Auge hatten. An sich hat die Frage, ob Konfessions-, Simultan- oder auch religionslose Schule (die in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 II, Seite 494 ff., ebenfalls von Walter Oehme, in seinem Artikel Die Religion und das Kind, eingehend behandelt wurde), gar nichts mit dem Einheitsschulproblem zu tun, und der Kampf für die eine oder andere Richtung muß losgelöst davon ausgefochten werden.

Die Unentgeltlichkeit des gesamten Unterrichts und der Lehrmittel wie auch die Unterhaltung unbemittelter Schüler der höheren Schulklassen auf öffentliche Kosten wäre die notwendige Konsequenz einer solchen Schulreform, da es bei beschränktem Einkommen einer Familie eben nicht möglich ist Schulgeld und kostspielige Lehrmittel aufzubringen, also auch der begabteste Schüler sonst nach wie vor vom Besuch der höheren Schulzweige ausgeschlossen bliebe. Nach allen bisher aufgestellten Berechnungen wären die Mehrkosten einer nationalen Einheitsschule gegenüber den jetzigen öffentlichen Schullasten an sich nicht so bedeutend, daß daran die Reform scheitern müßte.

Hier ist aber eins sehr zu beachten. Un-

ter allen Gegenargumenten gegen die Einheitsschulidee existiert nur ein wirklich begründetes: Ist der öffentliche Unterricht völlig unentgeltlich, und findet ein Aufstieg zu den höheren Zweigen der Schulpyramide jeweilig nach Leistung oder Begabung statt, so wäre der Schüler, der die bestimmten Anforderungen nicht voll erfüllt, damit prinzipiell von den höheren Bildungsklassen ausgeschlossen. Es gibt jedoch, wie jeder weiß, stets junge Menschen mit ganz individuellen, aber spät entwickelten Fähigkeiten oder von eigenartiger Psyche, bei denen ein solcher Ausschluss für sie selbst wie für die Gesamtheit tief schädigend wäre. Ihnen muß die Möglichkeit des Besuchs der oberen Schulzweige auf Grund eigener Zahlungen gesichert bleiben. Tews weist ausdrücklich auf diesen Punkt hin. Er meint: »Daneben könnte das Zugeständnis gemacht werden, daß anderen Schülern, also solchen, die nicht regelmäßig aufsteigen, der Besuch der höheren Schulen auf eigene Kosten gestattet würde. Das selbe würde auch für Ausländer in Frage kommen.«

Dies die Hauptprobleme der Einheitsschulbewegung. Schon in dieser knapp andeutenden Darstellung enthüllt sich die Mannigfaltigkeit der Streitfragen und Überlegungen, die bei der Verwirklichung dieses weitreichenden Reformplans zu entscheiden wären. Es werden noch heftige Kämpfe auszufechten sein, bevor eine Reorganisation des Schulwesens bis zum Aufbau einer Einheitsschule durchgeführt sein wird.

Unter den Veröffentlichungen der letzten Jahre zur Einheitsschulfrage sei noch Aloys Fischers, schon von Oehme angezeigte Arbeit *Der Einheitsgedanke in der Schulorganisation* /Jena, Diederichs/ erwähnt, die die Reform hauptsächlich auch unter dem Gesichtspunkt der Einigung des konfessionell und rassenmäßig getrennten Reichs vertritt; ferner Leopold Langs Schrift *Die Einheitsschule* /Leipzig, A. Haase/, eine allgemein theoretische Propagandaschrift von stark *völkischem* Charakter.

Studententum In einem recht interessanten Büchlein *Von der dänischen Universität* /München-Gladbach, Sekretariat Sozialer Studentenarbeit/ berichtet Carl Aache vom dänischen Studentenleben. Dieses unterscheidet sich nach manchen Richtungen markant von unserem deutschen Studententum.

Zunächst trägt schon, dem politischen Charakter des Landes entsprechend, die dänische Universität ein sehr viel demokratischeres Gepräge. Unter den noch nicht 3 Millionen Einwohnern gab es 1913 2735 Studenten und Studentinnen. Darunter spielen die Bauernstudenten (Name und Wesen sind uns für Norwegen aus Arne Garborgs Roman geläufig) eine bedeutende Rolle. »Man wird vielmehr bald den Eindruck bekommen, daß das beste und frischeste Blut dem dänischen Studententum aus den bäuerlichen Schichten der Nation zuströmt.« Dieser große Anteil der Bauernsöhne an dem akademischen Leben ergibt sich nicht nur aus der kulturell wie sozial außerordentlich hohen Entwicklung der dänischen Bauernschaft (Volkshochschulen, Möglichkeit des Aufstiegs aller Unbemittelten in die höheren Schulen) sondern auch aus der völligen Unentgeltlichkeit der Vorlesungen wie dem weitgedehnten Stipendienwesen. Schon Christian III. begründete im 16. Jahrhundert die sogenannte Kommunität, die bereits damals 100 Studenten vollkommenen Unterhalt gewährte. Die Stipendiaten wohnten in einem eigenen Gebäude neben der Universität, das später zu diesem Zweck angekauft wurde und nach wiederholten Restaurationen noch heute als die in Dänemark berühmte Regens als Freiwohngebäude für 100 Studenten verwandt wird. In dieser Regens spielten sich die heftigsten Geistesfehden des dänischen Studententums ab, unter der jahrhundertalten Linde des Regenshofes wurde 1820 die erste große Studentenvereingung, die Studenteforening gegründet, die lange Zeit hervorragenden Anteil an den politisch-literarischen Kämpfen des Landes nahm und aus der viele bedeutende Politiker hervorgingen. Die schärfsten Debatten entbrannten in der Studenteforening in den siebziger und achtziger Jahren zur Zeit der Georg Brandes-Bewegung. Sie führten zur Gründung eines radikalen Gegenvereins, der, im Gegensatz zur Forening, auch sofort studierende Frauen in seine Reihen aufnahm. Weibliche Studenten gibt es in Kopenhagen seit 1875. Jetzt stellen sie 30 bis 40 % der Hörschaft. Viele von ihnen legen freilich nur das Examen philosophicum, eine Dänemark eigentümliche Prüfung, ab, die nach einem philosophischen Allgemenstudium von 1 Jahr gemacht werden kann. Also eine Art von Studium, die schwerlich

zur Vertiefung und zur ernsten Arbeit führt.

Nach Asche hat sich in der dänischen Studentenschaft in den letzten Jahrzehnten ein starker geistiger Umschwung vollzogen; statt der politisch-literarischen herrschen jetzt mehr soziale und moralphilosophische Interessen. Die Studenten arbeiten sehr in der Volksaufklärungs- und sozialen Hilfsarbeit mit. Daneben wird auch viel Sport getrieben.

Kalender

Schon vor mehr als einem Jahr wurde in dieser Rundschau (1915 III, Seite 1377) auf die alljährlich erscheinenden Kalender hingewiesen. Ihre Bedeutung für die geistige Bewegung ist nicht zu unterschätzen. Selbst in Kreise, in die keine Zeitung dringt, schiebt sich doch zwischen Kochbuch und Bibel, als sonst einziges Druckwerk oft noch der Kalender. Leider ist es nicht immer einwandfreie Ware, die hier die größte Verbreitung hat. Vielmehr predigen manche der gelesenen Kalender einen ganz oberflächlichen, selbstzufriedenen sogenannten Patriotismus oder dienen in dieser Vermummung klerikalen Bestrebungen und reaktionärer politischer Propaganda. Um so notwendiger ist zunächst einmal die Verbreitung solide ausgestatteter, gut zusammengestellter Kalender.

Als das Muster eines solchen erscheint auch der neue Jahrgang 1917 des vom Dürerbund herausgegebenen Gesundbrunnen /München, Callwey/. Er löst trefflich die Aufgabe dem einfachen Mann für nachdenkliche Stunden anziehenden, nicht zu schweren Lesestoff zu bieten, statt ihm ein paar abgerissene und deshalb wertlose Daten und Tatsachen mitzuteilen. Eingehend charakterisiert (in einer Skizze und einzelnen Probestücken) wird Storm, dessen Todestag sich jetzt zum 100. Mal jährt, und Luther aus Anlaß des 400. Jahrestages der Reformation. Durchgängig sehr hübsch, ja fast vorbildlich ist die Ausstattung: gutes Papier, lesbarer Druck, gute, den verwendeten Techniken entsprechende Bilder.

Wir können aber den Kalender auch unseren speziellen Zwecken dienstbar machen, das heißt ihn als Agitationsmittel für unsere parteipolitischen Ziele ausbauen. Diese Aufgabe wurde von der Sozialdemokratie auch überall frühzeitig erkannt. So kann der Neue Welt-Kalender /Hamburg, Auer/ jetzt schon im 41., der Grütlkalender /Zürich,

Grütlbuchhandlung/ im 25. Jahrgang erscheinen. Der schweizerische Kalender ist besser als sein reichsdeutscher Bruder. Er hatte es allerdings, da er in einem neutralen Land erschien, auch wesentlich leichter. Er kann in der äußeren Politik neutral bleiben, während der deutsche Stellung zu den Kämpfen in der Partei nehmen mußte; er tut das in einem recht dürftigen politischen Rückblick. Auch die Ausstattung ist in dem deutschen Kalender nicht gut; besonders die Reproduktion der Bilder und der Buchschmuck lassen viel zu wünschen übrig, aber auch der winzige Druck und das schlechte Papier sind zu tadeln. Bei dem Grütlkalender ist die äußere Form zwar auch nicht ideal, aber sie ist doch erheblich sorgsamer, einfacher und solider. Beide werden auch in diesem Jahr innerlich und äußerlich weit übertroffen durch den Österreichischen Arbeiterkalender /Wien, Brand/. Er enthält als Hauptstück ausgezeichnete Rückblicke der Genossen Leuthner (über die militärischen Ereignisse des zweiten Kriegsjahrs) und Danneberg (über die Sozialdemokratie im zweiten Kriegsjahr); leider hat in dem letztgenannten Beitrag (der als Sonderpublikation hier bereits in der Rundschau Sozialistische Bewegung, 1916 III, Seite 1063 f., besprochen wurde) der Zensor wieder in der geistlosesten Weise gewütet. Der Kalender sei warm als Vorbild empfohlen.

Eine ganz andere Absicht verfolgt der Jüdische Nationalkalender auf das Jahr 5676 /Wien, Löwit/, der, fast bibliophil ausgestattet, wohl keine populären Zwecke hat. Er sei aber hier erwähnt, weil er zeigt, daß man auch in dieser Form sich gründliche Aufklärung über eine Bewegung verschaffen kann, deren politisch und philosophisch große Bedeutung auch den Nichtjuden interessieren dürfte. Sehen wir hier doch vor unseren Augen in voller Bewußtheit eine Nation neu erstehen, ein neues Nationalgefühl erwachen. Gerade auch die Sozialdemokratie hat ihrer Anschauungswelt entsprechend die Pflicht sich in diese Bewegung einzufühlen und ihre literarischen Erzeugnisse zu verfolgen. Einen Anfang dazu kann die Lektüre dieses Kalenders bilden.

Kurse Chronik In einer Kommissions-sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 29. Januar 1917 teilte der Kultusminister mit, daß auf den Schlichtfeldern

gegen 11 000 Lehrer, Seminaristen und Präparanden gefallen sind. ◊ Ein bedeutender Schulmann, Johannes Imelmann, ist am 3. Februar im Alter von 74 Jahren gestorben. Er war viele Jahre Lehrer am Joachimsthalchen Gymnasium in Berlin, daneben als Dozent an der Kriegsakademie tätig und wirkte auch als deutscher Examinator in der Obermilitärprüfungskommission. Sein Fach waren die alten Sprachen und Literaturen; ebenso war er ein gründlicher Kenner der deutschen, französischen und englischen Literatur. ◊ Der frühere langjährige Direktor des Wilhelmsgymnasiums in Hamburg, Wilhelm Wegehaupt, ein Vorkämpfer des humanistischen Gymnasiums, starb im Alter von 72 Jahren. ◊ Zu den 65 Leipziger Professoren, die, wie kürzlich in dieser Rundschau (in diesem Band, Seite 40 f.) berichtet wurde, eine Erklärung zugunsten des humanistischen Gymnasiums veröffentlichten, haben sich jetzt auch Professoren der Universitäten Marburg und Greifswald gesellt. Auch sie gehören den geisteswissenschaftlichen Fächern an. In der Vossischen Zeitung vom 23. Februar 1917 machte Professor K. Arndt recht interessante Mitteilungen über seine Erfahrungen als Lehrer der analytischen Chemie und der höhern Mathematik bei humanistisch oder in anderen höheren Schulen vorgebildeten Studenten. Zu seiner Überraschung hätten sich die auf Realgymnasien und Oberrealschulen in diesen Fächern intensiver vorbereiteten jungen Leute den humanistisch geschulten durchaus nicht überlegen erwiesen; zuweilen habe er sogar das Gegenteil beobachtet. Er erklärt diese Erfahrung damit, daß es für die Befähigung zur Aufnahme eines neuen schwierigen Lehrstoffs weniger auf die Höhe des in der Schule erworbenen Vorwissens als auf die allgemeine Geistesschulung ankomme, die das humanistische Gymnasium offenbar in gleichem (es kann wohl hinzugefügt werden: in höherem) Maß erziele.

WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koelch

Atomisierung des Lebens

Das Atom galt lange Zeit als Elementarbaustein der Materie; es sollte keine Massenkomplexe geben, die kleiner sind. In unseren Tagen wandte man sich notgedrungen von dieser Anschauung ab. Atome wurden in Elektronenleiber auf-

gelöst; sie stellten sich, heißt das, als soziale Gebilde dar, die aus kleineren Einheiten aufgebaut sind. Über die Art dieses Aufbaus hat man sich noch nicht klar werden können. So viel aber ist sicher, daß die Elektronen selbst durchaus andere Eigenschaften haben als das Ganze, das sie zusammensetzen, daß sie mit der Materie, in die sie eingehen, so wenig identisch sind wie die Summe der Individuen identisch ist mit dem Gesellschaftsverband oder dem Staat, den sie bilden.

Seit einigen Jahrzehnten schon möchte die Biologie der Zelle, dem Elementarorganismus der Lebewelt, ein ähnliches Schicksal bereiten wie der Physiker dem Atom. Begreiflicherweise. Denn schon für das schwach bewaffnete Auge erweist sich ja die Zelle aus verschiedenartigen Teilen zusammengesetzt. Sie besteht in allen Fällen, wo sie als Bestandteil eines vielzelligen Lebewesens auftritt, zum mindesten aus dem Protoplasmaleib und dem Zellkern. Bei den vielzelligen Pflanzen kommen in jedem Fall (und mit einziger Ausnahme der auf tierische Weise sich ernährenden Pilze) bestimmt geformte, farblose oder lebhaft pigmentierte Einschlüsse, die sogenannten Chromatophoren hinzu, die mit Hilfe des Lichts aus Kohlensäure die Stärke herstellen; in einigen Fällen (alle Algen, Pilze und Bärlappgewächse gehören hierher) wird das Zellinventar außerdem bereichert durch die als Centrosomen bezeichneten Begleitgebilde des Kerns, die bei Tieren nie fehlen. Noch verwickelter werden die Verhältnisse, wenn wir zu den Eizellern heruntersteigen, jenen Organismen, die in ihrer Totalität den Formwert einer einzigen Zelle bekanntlich nicht überschreiten. Während es nämlich für die ganze Gruppe der Bakterien und Spaltalgen durchaus zweifelhaft ist, ob sie überhaupt einen Zellkern besitzen, so daß diese Lebewesen in organisatorischer Hinsicht auf einer noch tiefern Stufe stünden als die Einzelzelle sie repräsentiert, gibt es auf der andern Seite, besonders in den Abteilungen der Schlauchalgen und wimper- oder geißeltragenden Urtiere, eine ganze Menge von Formen, deren Organisation weit über den Begriff des Elementarorganismus hinausgeht. Denn ihr Protoplasmaleib enthält viele Kerne, sie lösen sich dementsprechend bei der Fortpflanzung in einen ganzen Haufen neuer Individuen auf. Der Höhepunkt der Komplikation ist aber damit durchaus noch nicht er-

reicht. Denn der Vielkernigkeit beginnt sich bei manchen Einzellerwesen noch eine Vielwertigkeit der einzelnen Kerngebilde zuzugesellen; sie drückt sich darin aus, daß nur noch ein Kern jenen vollen Wert beibehält, den er von Haus aus als Zentralorgan der Zelle besitzt, während die übrigen Kerngebilde in den Dienst besonderer Funktionen treten und durch Unterordnung unter das Prinzip der Arbeitsteilung in die Stellung bloßer Zellorgane einrücken. In der Tat machen es diese nach und nach gefundenen Feinheiten der Bauart sogenannter Einzeller außerordentlich schwer mit dem Zellenbegriff auch in Zukunft den der elementaren Lebeseinheit in der bisher üblichen Anwendungsart zu verbinden. Trotzdem sehe ich nicht ein, weshalb sich aus diesen Beobachtungen bereits die Notwendigkeit ergeben soll die Einteilung des Organismenreiches in Einzellige und Vielzellige überhaupt aufzugeben und an ihrer Statt die Begriffe der Zelligen und Nichtzelligen einzuführen. Es heißt doch rein formale Differenzierungen, die man an gewissen Stellen gefunden hat, einen wahrscheinlich übertriebenen Wert beilegen, wenn man sie sofort zum Angelpunkt einer neuen Ausdeutung der gesamten Gestaltungsgesetze der tierischen und pflanzlichen Lebewelt machen will. Nichts fehlt ja jenen vielkernigen Organismen zur wahren Vielzelligkeit als das Vorhandensein der Zellenwände, durch die die gemeinsame Plasmamasse auch äußerlich sichtbar in so viele physiologisch selbständige Häufchen aufgeteilt wird, als Einzelkerne gefunden werden. Was bürgt uns dafür, daß dieser Zustand nicht etwas Sekundäres ist? Daß Ursachen, die wir nicht übersehen, zur Einschmelzung der Zellenwände den Anlaß gegeben und dadurch äußerlich den Charakter der Vielzelligkeit ausgetilgt haben, während er hinsichtlich der Leistungen weiter bestehen blieb? Wer sich mit dieser Annahme nicht zu befremden vermag, kann ruhig die andere, ebenfalls nicht unwahrscheinliche Hypothese wagen, daß es sich bei den vielkernigen plasmodialen Verbänden um Überbleibsel eines in der Natur gewagten, aber nicht weiter verfolgten Versuchs handelt, um auf noch einem andern als dem üblichen Weg zur Herstellung eines Vielzellerleibs zu gelangen. Statt nämlich beim Vermehrungsprozeß den Teilungsvorgang auf Plasma und Kern zugleich auszudehnen, hätten sie die vollkommene Durchtrennung auf

den Kern eingeschränkt; der Teilungsprozeß hätte dann mit dem Vorhandensein von 2, schließlich von 4 Kernen usw. innerhalb einer Plasmamasse, die ihre alten Wachstumsgewohnheiten beibehielt, abgeschlossen. Da aber die Arbeitsteilung in diesem Fall weniger leicht durchzuführen war als in jenem andern Fall, wo das jedem Kern als Wirkungsgebiet zugewiesene Plasmafeld durch klar gezogene Scheidewände von den Nachbarzellen abgetrennt war, wurde dieser Weg zur Vielzellerbildung nicht weiter ausgebaut; es blieb beim Versuch. Ob man sich nun aber für die eine oder andere Annahme entscheidet, die Einzelzelle wäre doch immer der Ausgangspunkt, ihre Position als Elementarorganismus wäre nirgends erschüttert, und es ist nicht abzusehen, aus welchen Argumenten die Notwendigkeit zu einer Revision der bisher geltenden Anschauungen erwachsen soll. Viel schärfer haben der Auffassung, daß die Zelle die kleinste Lebeseinheit sei, einstweilen jene Forscher zugesetzt, die auf die immerhin merkwürdige Tatsache ihre Finger legten, daß Protoplasma, Kern, Zentrosomen und Chromatophoren, jedem für sich, absolut selbständige Vermehrungsfähigkeit zukommt. Ein jedes dieser Gebilde entsteht nur durch Teilung von seinesgleichen. Jeder Kern geht ebenso aus einem andern Kern hervor wie jeder Chromatophor aus einem Chromatophor, der schon besteht, und jede Zelle aus einer schon vorhandenen Zelle. Zwar muß gesagt werden, daß wir einen Kern und ein Zentrosom, ein Protoplasma Klümpchen und ein Chromatophorenscheibchen seine Teilungsfähigkeit immer nur unter der Bedingung ausüben sehen, daß es nicht aus dem Verband mit den übrigen Zellbestandteilen losgelöst ist; der Kern ohne Plasmaleib und das Plasma, das seines Kernes künstlich beraubt worden ist, gehen ebenso wie isolierte Chromatophoren und Zentrosomen früher oder später ohne Möglichkeit einer Rettung zugrunde; sie sind auf einander angewiesen und eingestellt. Gegen die Hypothese, daß jedes dieser Gebilde an sich ein selbständiges Lebewesen sei oder gewesen sei, und die Zelle einem nachträglich zu weitgetriebener Arbeitsteilung fortgeschrittenen Vergesellschaftungsprozeß dieser autonomen Einheiten ihre Entstehung verdanke, wird damit jedoch nichts bewiesen; denn auch die Verbandsglieder vielzelliger Leiber, also die Haut-, Mus-

kel- und Nervenzellen, sind, wenn sie aus dem gewohnten Zusammenhang losgetrennt werden, nur in beschränktem Grad erhaltungsfähig, ja man mußte in langwierigen Versuchen erst ihre Ernährungsbedingungen kennen lernen, bis es gelang sie außerhalb des Körpers, wenigstens während einiger Tage oder Wochen, gesund zu erhalten. Ganz analog könnte der mangelhafte Fortbestand kernloser Plasmaleiber und plasmaloser Kerne nur eine Folge unserer vorläufig noch sehr unvollständigen Kenntnis der Ernährungs- und Erhaltungsbedingungen dieser Gebilde sein. Ebenso wenig kann die Tatsache, daß die dem Einfluß des Zellkerns entzogenen Chromatophoren eines Moosblatts das Vermögen zur Stärkebildung verloren haben (das ihnen im Verband mit dem Zellkern zukommt), oder daß kernlose Pflanzenzellen keine Zellwände mehr zu bilden imstande sind, gegen die innere Berechtigung der Theorie von der vitalen Selbständigkeit der verschiedenen Zellbestandteile etwas besagen; denn auch diese gegenseitigen Abhängigkeitsbeziehungen der Zellbestandteile können das Ergebnis eines Arbeitsteilungsprozesses sein, der die einzelnen Symbionten einander mit der Zeit so tief verpflichtet hat, daß sie, isoliert und in eine ungewohnte Umwelt versetzt, einfach nicht mehr den Weg zu ihrer ursprünglichen, alle Lebensfunktionen gleich vollständig beherrschenden Vollnatur zurückzufinden imstande sind.

Nicht zu vergessen ist endlich, daß außer der selbständigen Teilungsfähigkeit, die Zellkern, Protoplasma, Chromatophoren und Zentrosome dauernd bewahren, auch andere Eigenschaften an einzelnen dieser Zellbestandteile beobachtet werden, die den Glauben an ihre ursprüngliche Eigenlebigkeit eher unterstützen als untergraben. Zu diesen Eigenschaften gehört das Vermögen zu amöboider Formveränderung und aktiver Fortbewegung, das man sowohl an Chromatophoren wie an Pflanzenzellkernen beobachtet hat. Besonders bei Verletzungen einer Zelle bricht die Fähigkeit zur Ortsveränderung, die ja mit zu den Grundeigenschaften aller Lebenseinheiten gehört, plötzlich hervor; die bisher ruhenden Kerne benachbarter Zellen bewegen sich unter Aussendung plasmoidaler Fortsätze, ganz nach Art von Amöben, entweder auf den Wundherd zu oder treten sogar durch die Zellwand hindurch in die geschädigten Zellen über. Erst kürzlich hat W. Bobiliow-

Preihser in einem Vortrag vor der Züricher Botanischen Gesellschaft neue Beweise hierfür vorgelegt. Dieser Forscher bestreitet auch, daß das Zellplasma ohne Hilfe des Zellkerns eine Zellmembran oder Zellwand nicht bilden könne. Er will diesen Vorgang vielmehr an kernlosem Plasma der Pollenkörner unserer Roßkastanie beobachtet haben. Damit wäre in der Tat ein neuer Faden in das Gewebe jener Theorie eingeschlagen, die in der Zelle nur einen Gesellschaftsverband ursprünglich selbständiger Einheiten erblickt.

Während diese Kritiker der Zellenlehre den festen Boden der Tatsachen immerhin nicht zu verlassen streben, ja ihre Kritik erst an der erweiterten Erfahrung allmählich heraufwuchs, haben andere ihr Widersachertum ganz auf nichts gestellt. Ich meine jene biologischen Phantasten, die mit den Denkmethode des Physikers an die lebendige Materie herangehen und etwas ganz besonders Geistreiches oder Nützliches dadurch zu leisten glauben, daß sie das lebendige Zellplasma bald für ein System unsichtbarer Mikroorganismen, bald für einen organisierten Komplex von eiweißartigen, bereits mit allen wesentlichen Lebenseigenschaften ausgerüsteten Molekülgruppen oder sonst etwas erklären. Im wesentlichen scheint es ihnen freilich nicht so sehr auf die Produktion neuer Einsichten als vielmehr auf die Erfindung irgendeines fremdartigen Namens für jene unsichtbaren und auch sonst unzugänglichen Einheiten anzukommen. Bald sprechen sie nämlich von Mizellen und Biophoren bald von Genen, Bioplasten oder Protomeren, aus denen sich das Protoplasma in ähnlicher Weise aufbauen soll wie das Molekül aus Atomen, und zanken sich, welcher Name den Vorzug vor den anderen verdiene. Wir wollen uns mit diesen gerechten Kammachern nicht weiter befassen sondern ihre Ware den Einflüssen der Zeit überlassen; sie wird diese Männer einfach dadurch widerlegen, daß sie ihnen beweist, wie wenig sie ihrer bedarf, um sich zu bewegen.

Männermangel Mit Nutzen liebt man eine Schrift M. Vaertings
Der Männermangel nach dem Krieg, seine Gefahren und seine Bekämpfung /München, Gmelin/; jedoch nur, wofern man durch sein Wissen in den Stand gesetzt ist geeigneten Orts die notwendigen Vorbehalte anzubringen gegen diese und jene Behauptungen oder

Schlüsse des Verfassers, der der extrem selektionistischen Richtung unter den deutschen Rassenhygienikern angehört. Von den kontraselektorischen Wirkungen des Krieges sagt er schlimmere Dinge aus als sich (wenigstens auf Grund des überaus kümmerlichen wissenschaftlichen Tatsachenmaterials) einstweilen verantworten läßt; was aber die Berufung auf Darwin und Spencer angeht, die zu diesem Behuf erfolgt, so vermag sie doch höchstens bei jenen Lesern Eindruck zu erwecken, die infolge ungenügender Kenntnis dieser Autoren nicht in der Lage sind zu wissen, wie illusorisch, hypothetisch und des wahren Rückhalts entbehrend Darwins und Spencers Äußerungen gerade über diesen Punkt sind. Gewiß ist Männermangel ein Übel, und der Sozialhygieniker wird allen Grund haben einen bei monogamen Völkern vorhandenen allzu großen Frauenüberschuß mit Besorgnis zu betrachten. Aber der Biologe schüttelt doch den Kopf, wenn ihm (Seite 15) auseinandergesetzt wird, es sei »gerade beim Menschen die Tendenz zu stärkerer Erzeugung von Knaben so allgemein in allen Völkern verbreitet und so intensiv, daß dieser Vorgang als ein Naturgesetz bezeichnet werden muß«, während der Verfasser dann andererseits (Seite 74 ff.) zeigt, von welchen Zufälligkeiten, deren Eintritt weder die Natur, noch Sitten und Gebräuche primitiver oder kultivierter Völker mit tatsächlichem Männerüberschuß gefördert haben oder noch fördern, das Überwiegen von Knabengeburt angeblich abhängt. Als solche, die Geburt eines Knaben begünstigende oder sicherstellende Einflüsse werden nämlich unter anderem angeführt: 1. wesentlich größere Jugendlichkeit des Vaters gegenüber der Mutter; 2. absolut hohes Alter der Frau, indem ihre Fähigkeit zur Erzeugung von männlichen Kindern mit steigendem Alter zunehme; 3. Verlegung der Konzeption auf die Zeit vom 1. bis 9. Tag nach Beginn der Menstruation. Entweder nämlich ist es richtig, daß die hier aufgezählten Umstände die Chancen der Knabenerzeugung erhöhen; dann ist es aber mit der Vorsorge der Natur den »naturwidrigen« und »unnatürlichen« Frauenüberschuß zu verhüten nicht sonderlich weit her. Denn sie hat das Liebesleben des Menschen weder so eingerichtet, daß die Konzeption in den ersten 9 Tagen nach der Menstruation sicherer als zu anderer Zeit erfolgt, noch hat sie den jungen zeugungsfähigen Mann mit einer beson-

dern Vorliebe für ältere Frauen ausgerüstet. Im Gegenteil richtet sich die Neigung des Mannes sowohl bei Natur wie bei Kulturvölkern auf gleichalte oder noch lieber auf jüngere weibliche Wesen; ja ich denke mir, daß gerade in primitiven Zuständen das jüngere Weib noch bevorzugter als heute war, weil die Frau, die bei solchen Völkern sehr schwere Arbeit zu leisten hat, viel rascher als bei kultivierten Völkern zerfällt und ihre Reize einbüßt. Wie man da noch von einem »Naturgesetz« reden mag, das auf die Erzeugung von Männerüberschüssen hinarbeitet, ist mir unerfindlich. Oder die Naturtendenz mehr männliche als weibliche Wesen hervorzubringen ist wirklich vorhanden. Dann darf jedoch füglich bezweifelt werden, daß den oben angeführten Maßregeln jener Einfluß auf die Geschlechtsbestimmung, den sie angeblich haben sollen, wirklich zukommt, und die Statistiken, aus denen sich die betreffenden Zusammenhänge zu ergeben scheinen, sind irreführend, denn ihre Nichtanwendung hat nicht verhindert, daß der Männerüberschuß doch zustande gekommen ist und (in den Geburtenzahlen) sich noch immer vorfindet. Man macht überhaupt die Beobachtung, daß die gewiß dringliche Sorge um den Ausgleich der biologischen Kriegsschäden und die künftige Sicherstellung der Rasse die Mehrzahl der Autoren, die augenblicklich in ungezählten Broschüren, Zeitungsartikeln und sonstigen Abhandlungen sich ihres Kummers und ihrer Vorschläge entledigen, zu tendenziösen, bald allzu optimistischen bald allzu pessimistischen Schlüssen und Behauptungen führt, und daß die Schriftsteller nicht immer mit jener Vorsicht zu Werk gehen, die ein so komplexes Problem doch wohl fordert.

Kriegspublikationen Leseproben in dem mir vorliegenden 5. Heft der vom Rhein-Mainischen

Verband für Volksbildung herausgegebenen Deutschen Feld- und Hausbücherei /Leipzig, Teubner/ haben mich schnell überzeugt, daß man es hier mit einem beifallswürdigen Unternehmen zu tun hat. Zur Fachliteratur über den Krieg gehörig, ist das Bändchen Natur und Krieg, als dessen Verfasser W. Henze und Fr. Gagelmann, zwei preussische Schulmänner, zeichnen, zur Einführung des schützengräbenbauenden Feldsoldaten in die Geologie, die Astronomie und Wetterkunst bestimmt. Gut disponiert, knapp gehalten und volks-

tümlich geschrieben wird derartige Literatur auch hinter der Front sicherlich manchem willkommen sein.

Kurze Chronik In Heidelberg ist 81-jährig der Honorarprofessor für Geologie Adolf Schmidt gestorben. ◊ Die Züricher Hochschule verlor durch den Tod den langjährigen Direktor des Entomologischen Instituts der Universität Max Standfuß. Der Verstorbene, ein geborener Schlesier, war ein sehr bedeutender Insektenforscher, der auf dem Gebiet der experimentellen Vererbungslehre mit großem Erfolg gearbeitet hat. Berühmt sind namentlich seine Studien über Saisondimorphismus und seine Bastardierungsversuche mit Schmetterlingen geworden. Er erreichte ein Alter von 64 Jahren. ◊ In Budapest starb der bekannte ungarische Geograph Moritz von Dechy. Sein bedeutendstes Werk ist eine 3bändige Schilderung des Kaukasus. ◊ Die Ungarische Akademie der Wissenschaften hat eine Forschungs Expedition nach Serbien gesandt, an der die Geographen E. Cholnoky, P. Teleki, A. Perci, der Botaniker J. Andreansky und der Zoologe E. Cziki teilnehmen. ◊ Der Ordinarius für Anatomie in Greifswald Erich Kallius geht in gleicher Eigenschaft nach Breslau als Nachfolger Gaupps. ◊ Als Nachfolger Waldeyers wurde Rudolf Fick (Innsbruck) auf den Lehrstuhl für Anatomie an die Berliner Universität berufen. ◊ In Jena habilitierte sich Paul Hirsch (Wiesbaden) mit einer Antrittsvorlesung Die Einwirkung von Mikroorganismen auf die Eiweißkörper; in Leipzig Peter Stark mit einer Vorlesung Die Flora der Eiszeit und ihre Kulturen in der Gegenwart; in Münster Albert Koch mit einer Vorlesung Die Vererbung erworbener Eigenschaften.

Literatur Auf schlechtem Papier gedruckt (woran der Krieg schuld ist), aber mit ganz vortrefflichen Bildern des aus dem Simplicissimus bekannten Tierzeichners E. O. Petersen versehen, will das von Bastian Schmid veröffentlichte Büchlein Das Tier und wir /Leipzig, Thomas/ einen Beitrag zur Kenntnis der Tierseele liefern. Nicht von Instinkt- und Intelligenzleistungen, deren Behandlung in der neuzeitlichen tierpsychologischen Literatur den Hauptplatz einnimmt, erzählt jedoch der Verfasser, sondern, ähnlich wie Darwin in seinem

berühmten Buch Der Ausdruck der Gemütsbewegungen, hat er die Affekt-, Gemüts- und Charakterseite des Tieres zum Thema gewählt. Mit erfreulicher Entschiedenheit wird einleitend von jenen Psychologen abgerückt, die nur eine physiologische Erklärung der seelischen Tatsachen gelten lassen und als nichtexistierend ablehnen, was ihren Methoden nicht zugänglich ist. Das lehrreiche, gutgeschriebene Bändchen sei bestens empfohlen.

Religionswissenschaft / Herbert Kühner

Jesuitismus und Modernismus Eines der Grundprobleme jeder religiösen Organisation liegt in der Art ihrer Auseinandersetzung mit den Begriffen Autorität und Freiheit beschlossen. Vergleicht man in dieser Hinsicht Katholizismus und Protestantismus, so erscheint im allgemeinen der Katholizismus als ein Typ, dem das autoritative, der Protestantismus als einer, dem das freiheitliche Element das Gepräge gibt. Im besondern aber lassen sich in jeder dieser beiden Konfessionen wieder einzelne Richtungen und Strömungen unterscheiden, die sich durch verschiedenartige Verbindung des autoritativen Elements mit dem freiheitlichen gegen einander abheben. Innerhalb des Katholizismus zum Beispiel wird diejenige Richtung, die dem freiheitlichen Element am wenigsten Konzessionen macht, durch den Jesuitismus, ihr freiheitlicher Gegenpol durch den Modernismus verkörpert.

Der Jesuitismus ist bekanntlich als bewußte Reaktion gegen den individualistischen Protestantismus des 16. Jahrhunderts entstanden. Sein Begründer ist ein tapferer spanischer Edelmann, Ignatius von Loyola, den eine im Krieg erlittene Verwundung für den Dienst dieser Welt unbrauchbar gemacht hatte, und der während der unfreiwilligen Muße der Verwundetenzeit beim zufälligen Studium der Schriften heiliger Gottesreiter den Weg zum Dienst Gottes fand. In knappster Folgerichtigkeit hat dieser geborene Führer seinen Autoritätsbegriff in dem berühmten Brief über die Tugend des Gehorsams (gerichtet an die portugiesischen Jesuiten, datiert Rom, 26. März 1553) entwickelt. Ignatius unterscheidet in diesem Brief 3 Stufen des Gehorsams. Die unterste »sehr tief stehende und sehr unvollkommene« Art ist diejenige, die die Befehle, lediglich ausführt. Die

zweite Stufe ist diejenige, auf der der Diener der Kirche nicht bloß die Befehle seines Oberrn ausführt sondern auch dessen Willen zu dem seinen macht, »oder vielmehr den seinen auszieht, um den göttlichen Willen, den der Obere auslegt, anzuziehen«. Die dritte und höchste Stufe besteht darin, daß derjenige, der sich Gott gänzlich opfern will, außer dem Willen auch den Verstand hingibt (sacrificium intellectus). Die 3 Mittel zur Erreichung dieses höchsten Gehorsams sind: 1. Man soll im Oberrn nicht einen in menschlichen Irrtümern und Schwächen befangenen Menschen sehen sondern Christus, seine Weisheit, Güte und Liebe. 2. Man darf Befehle und Meinungen des Oberrn niemals kritisieren. 3. Alle Befehle des Oberrn sind mit »einer Art blinden Willens, die Sehnsucht hat gehorchen zu dürfen«, auszuführen und ohne jegliche Untersuchung des Befehls. Diese Regeln gelten vom untersten Mitglied der Organisation bis hinauf zum Stellvertreter Gottes, dem Papst. Den schönsten Ausdruck findet diese religiöse Fassung des Autoritätsbegriffs in des heiligen Ignatius berühmtem Gebet aus den gleich konsequent formulierten, wie tief psychologisch begründeten Geistlichen Exerzitien, wo es heißt: »Nimm hin, o Herr, meine ganze Freiheit. Nimm mein Gedächtnis, meinen Verstand, meinen ganzen Willen. Was ich habe und besitze, hast du mir geschenkt: ich stelle es dir wieder ganz und gar zurück und übergebe alles dir, daß du es lenkest nach deinem Willen. Nur deine Liebe schenke mir mit deiner Gnade, und ich bin reich genug und suche nichts weiter.«

Den Gegenpol zum Jesuitismus bildet innerhalb des Katholizismus, wie gesagt, der Modernismus. Unter dem Modernismus versteht man diejenige Strömung in der katholischen Kirche der Gegenwart, die, wie der englische Modernist Tyrrell in seinem Werk *Medievalism, a reply to Cardinal Mercier* /London, Longmans, Green & Co./, Seite 143 f., sich ausdrückt, »für Anerkennung der Rechte des modernen Geistes auf religiösem Gebiet« eintritt, »für das Bedürfnis eines Ausgleichs, aber nicht zwischen dem Alten und dem Neuen schlechthin sondern nur zwischen dem, was sich nach erster Prüfung als brauchbar im Alten und Neuen erprobt hat. Sein Gegensatz ist Mittelalterlichkeit, die als geschichtliche Tatsache zunächst lediglich die Vermäh-

lung des christlichen Glaubens mit der Kultur des späten Mittelalters darstellt, irrigerweise aber das apostolische Altertum selbst zu sein wähnt: die leugnet, daß das Werk des Ausgleichs so lange vonnöten ist und dauern muß, als die wissenschaftliche, sittliche und gesellschaftliche Entwicklung des Menschen währt; die daher der mittelalterlichen Auffassung des Katholizismus ursprünglichen und endgültigen Charakter beimißt.« Unter deutlicherer Hervorhebung des individuellen Freiheitsmoments definiert der bekannte deutsche Modernist Josef Schnitzer, in seinem Werk *Der katholische Modernismus* (in der Sammlung *Klassiker der Religion* /Berlin, Protestantischer Schriftenvertrieb/) den Modernismus als »das freudige Bekenntnis zu den modernen Kulturidealen, die entschlossene Anwendung der historisch-kritischen Methode auf das ganze Bereich der biblischen, dogmen- und kirchengeschichtlichen Forschung, die scharfe Scheidung zwischen Religion und Theologie, Kirche und Hierarchie, die strenge Wahrung voller persönlicher Freiheit in religiösen Dingen, und daher die entschiedene Bekämpfung alles dessen, was den Ultramontanismus charakterisiert: Diktatur und Zwang auf religiös-kirchlichem Gebiet und Mißbrauch der Religion zu materiell-politischen Zwecken«.

Es ist bezeichnend, daß wir Vertretern des katholischen Modernismus sowohl die besten Darstellungen der tiefen und echten Religiosität eines Ignatius verdanken (siehe zum Beispiel das Buch Funks über Ignatius von Loyola, gleichfalls in den *Klassikern der Religion*) wie auch die besten kritischen Darstellungen des Jesuitismus der Gegenwart. Die Gegenüberstellung Ignatius-Jesuitismus der Gegenwart bildet so recht ein Schulbeispiel für jenen in der Geschichte der Religionen immer wiederkehrenden Rhythmus, den Martin Buber in seinem weiter unten erwähnten Buch *Vom Geist des Judentums* den Wechsel zwischen Religiosität und Religion genannt hat, das heißt jenen Prozeß, der immer wieder aus dem glühenden Drängen religiöser Neuschöpfung ein starres, passives System von Bräuchen, Lehren, Vorschriften und Glaubenssätzen werden läßt, bis wieder einmal schöpferische Jugend gegen die Väter aufsteht und sich der Verdammnis und dem Martyrium unterzieht, während sie neuen Wein in die alten Schläuche

gießt. Wie lebendig empfinden wir zum Beispiel jenen Rhythmus, wenn wir des englischen Modernisten Tyrrell Brief an den Jesuitengeneral Martin vom 26. Juni 1904 lesen, wo dieser dem Oberrn unter flammenden Anklagen gegen den Jesuitismus der Gegenwart seinen Austritt aus der Gesellschaft Jesu ankündigt. Wir hören da, wie ein Kind des 19. Jahrhunderts in Jünglingsjahren, begeistert von den Schriften des heiligen Ignatius, vom Protestantismus zum Katholizismus übergetreten und Mitglied des Jesuitenordens geworden ist, um schließlich, nach langjähriger Mitgliedschaft, enttäuscht, ja mit Abscheu dieser Gesellschaft wieder den Rücken zu kehren: »Was mich am heiligen Ignatius für seine Gesellschaft gewonnen hat, war eine vermeintliche nahe Verwandtschaft mit dem Geist des P. Hecker, des Gründers der Paulisten, die in unseren Tagen von der Gesellschaft denunziert wurden, und zwar auf Grund von Anklagen, die fast Wort für Wort mit den Anschuldigungen identisch sind, wie sie von den Inquisitoren seines Jahrhunderts gegen den heiligen Ignatius selbst erhoben wurden. Es war ein gewisser Liberalismus, ein gewisser Übergang von äußerem Formelkram zu innerer Tiefe, ein Respekt für die Persönlichkeit, der sich im Glauben an die eigene Leitung des einzelnen im Gegensatz zur Massenleitung und in der Sorge zu erkennen gab die Seele in unmittelbare Berührung mit Gott zu bringen; die Biegsamkeit ist die Bedingung des Lebens.« Die Klagen und Vorwürfe, die uns in der gesamten modernistischen Literatur wider den Jesuitismus begegnen, finden sich bei Tyrrell in geradezu klassischer Weise zusammengefaßt. Immer wieder wird betont, wie unerträglich jeder religiösen Individualität die durch den Orden geübte einseitige Überspannung des Autoritätsprinzips sei, die gewiß in der Geschichte als Reaktion gegen den ziellosen kirchlichen Individualismus eine gewisse Berechtigung gehabt habe, in der Gegenwart aber jedem Versuch den richtigen Ausgleich zwischen Autorität und Freiheit zu finden hinderlich im Weg stehe. In diesem System, so wird geklagt, sei kein Raum für positive Werte wie Persönlichkeit, Individualität, geistige und moralische Selbständigkeit, Kritik, Überzeugung, Initiative und Freiheit, sondern lediglich für Servilismus, Mittelmäßigkeit, Passivität, Bevormundung, äußeren Zwang.

Das sacrificium intellectus werde von den Oberen in äußerst leichtfertiger Weise den Dienenden auferlegt, und auf diese Weise eine unsittliche Form von Gehorsam, das heißt eine blinde intellektuelle und moralische Passivität, erzeugt; diese wiederum führe zu einem durch mangelnde Übung völlig gelähmten Verstand und Gewissen. Der im Orden herrschende Geist sei der Geist der Intoleranz, des unangebrachten Militantismus, der Dünkelhaftigkeit nach außen und des Mißtrauens und der Unkameradschaftlichkeit nach innen hin, des Streber- und Denunziantentums; das Erziehungssystem sei mittelalterlich-scholastisch und feindlich gegen alle Regungen der Freiheit und des modern-wissenschaftlichen Geistes usw. Wie sich das Problem Autorität und Freiheit, kurz formuliert, in modernistischer Beleuchtung ausnimmt, dafür mögen noch folgende Sätze Tyrrells dienen: »Was ich im Jesuitismus schließlich sehe, das ist, nur in umgekehrtem Sinn, genau die Übertreibung des Protestantismus; hier die Freiheit, die zur Mißachtung der Autorität, dort die Autorität, die zur Mißachtung der Freiheit wird. Die Gesellschaft Jesu rühmt sich der Ausbreitung des Protestantismus Halt geboten und der Kirche die Hälfte Europas gerettet zu haben. Ihr Erfolg hat sie verdorben, ihre Tätigkeit eine Gegenleistung nach sich gezogen; sie wollte die Autorität festigen, und sie brach die Freiheit und gründete den Absolutismus. Ergebnis: Der Protestantismus lebt immer noch, um lauter denn je zu protestieren. Ohne Zweifel muß der Mittelweg, die via media, die rechte Verbindung von Freiheit und Autorität, erst gefunden werden.« Zum Schluß seien noch einige Bücher über die hier behandelten Materien genannt. Auf zwei ausgezeichnete Einführungen in den betreffenden Gegenstand, die Bände der Sammlung Klassiker der Religion über Ignatius von Loyola und über den Modernismus, ist bereits oben hingewiesen worden. Der Funksche Band über Ignatius enthält Proben aus den Erinnerungen des Ignatius, aus den Regeln für das geistliche Leben, aus den Geistlichen Exerzitien und aus dem Brief über die Tugend des Gehorsams. Am Schluß wird, wie übrigens auch in den anderen Bänden der Sammlung, eine Übersicht über die in Betracht kommende Literatur gegeben. Mit den dort beigefügten Werturteilen kann ich nicht in allen Fällen überein-

stimmen. Die auf unwissenschaftlicher Rassedogmatik beruhende Konstruktion zum Beispiel, die H. St. Chamberlain von Ignatius gibt, vermag ich nicht auf eine Stufe mit Georg Lomers gewiß nicht einwandfreier, aber darum doch nicht gänzlich wertloser psychoanalytischer Studie über den Begründer des Jesuitenordens zu stellen (Ignatius von Loyola: Vom Erotiker zum Heiligen /Leipzig, J. A. Barth/). In dem Band Schnitzers über den Modernismus werden nach einer Einleitung über das Wesen und die (internationale) Geschichte des Modernismus eine Reihe von Proben gegeben: Deutschland (H. Schell, F. X. Kraus, A. Ehrhard, Jos. Müller, H. Koch), Frankreich (A. Loisy, L. Laberthonnière, E. Le Roy, Mignot von Albi, Birot von Albi), Italien (R. Murri, J. Semeria, H. Fracassini, A. Fogazzaro), England (G. Tyrrell und andere). Einige wichtige Werke ausländischer Modernisten liegen bereits in guten deutschen Übertragungen vor. So verdanken wir dem Verlag Eugen Diederichs in Jena folgende Werke: G. Tyrrell Zwischen Scylla und Charybdis, Antwort französischer Katholiken an den Papst, Programm der italienischen Modernisten, R. Murri Kämpfe von heute, Prezzolini Wesen, Geschichte und Ziele des Modernismus; ferner dem Verlag von Georg Müller in München Fogazzaro Leila und Der Heilige.

Sammlungen Der Protestantische Schriftenvertrieb in Berlin gibt unter der Leitung Gustav Pfannmüllers 2 Reihen von Schriften heraus, die sich Die Religion der Klassiker und Klassiker der Religion nennen. Die einzelnen Monographien, von denen bisher solche über die Propheten (vom Herausgeber), Jesus (Weinel), Johannes Arndt (Koepf), Ignatius von Loyola (Funk), den katholischen Modernismus (Schnitzer), Giordano Bruno (Kuhlenbeck), Nikolaus von Kues (Hasse), Petrarca (Hefe), Emerson (Herzog), Friedrich den Großen (Ostertag), Kierkegaard (von Lehmann) erschienen, und die durchaus von den besten Sachverständigen verfaßt worden sind, enthalten zunächst eine allgemein orientierende Einführung in das Lebenswerk des betreffenden Klassikers und geben dann charakteristische Proben aus den einschlägigen Originalwerken. Von dem Funkschen und dem Schnitzer-schen Band war bereits oben in dem Abschnitt Jesuitismus und Modernismus

die Rede. Auf die anderen Bände wird in Zukunft öfter zurückzugreifen sein. Die Sammlung soll sich nach dem Plan auch auf die Darstellung außerchristlicher Klassiker und Religionen erstrecken; zum Beispiel sind Bände über Buddha, Mohammed, Kungfutse und Laotse, über die Veden und den Avesta, über Plato sowie über die Religionen der alten Germanen, Ägypter, Assyrobabylonier, Griechen und anderer vorgesehen. Diese Sammlung, deren Fortgang aller gute Erfolg zu wünschen ist, wird den Lesern nicht zum wenigsten auch wegen der Wohlfeilheit ihrer Bände willkommen sein.

Neuausgaben Eine Übersetzung des Alten Testaments der Katholiken, das heißt also sowohl der sogenannten protokanonischen wie der deuterokanonischen Bücher, hat unter dem Titel Die Heiligen Schriften des Alten Bundes der bekannte Wiener Religionsgelehrte Nivard Johann Schögl herauszugeben unternommen /Wien, Orionverlag/. Dieses dem deutschen Volk gewidmete Prachtwerk, das in seiner gegenwärtigen Form auf 90 Mark zu stehen kommt, von dem aber auch eine billige Volksausgabe geschaffen werden soll, bildet gleichsam ein katholisches Gegenstück zur Kautzschen protestantischen Bibelübersetzung. Es ist auf 4 Bände berechnet, von denen bereits folgende Teile erschienen sind: vom 3. Band (Die poetisch-didaktischen Bücher) der 1. und 2. Teil (Psalmen und Hiob), vom 4. Band (Die prophetischen Bücher) der 1. Teil (Jesaja). Die Originalität dieser Ausgabe besteht einmal darin, daß sie die erste dem jetzigen Stand der Bibelwissenschaft Rechnung tragende, vollständige Urtextübersetzung aus dem Lager der Katholiken darstellt (die Übersetzung Leander van Eb' ist wissenschaftlich wertlos); ferner darin, daß sie den poetischen Teilen der Bibel sowohl durch die Art der Übersetzung als auch durch den Druck Rechnung zu tragen sucht. Den einzelnen Teilen gehen kurze Einführungen voran (beim Psalter zum Beispiel erstreckt sich die Einführung auf Inhalt, Einteilung, Charakter, Beischriften, Verfasser, Entstehung und Zweck der Sammlung, Textüberlieferung, Kunstform, literarische, religiöse und kulturgeschichtliche Bedeutung); die Anmerkungen, die zur Begründung der Übersetzung und zur Übersicht über die Lesarten und Konjekturen dienen, folgen dem betreffen-

den Buch selbst. Seine vielumstrittene, an Grimms Grundzüge der hebräischen Akzent- und Vokallehre und Sievers' Studien zur hebräischen Metrik anknüpfende Auffassung von der hebräischen Metrik legt der Übersetzer in einem einleitenden Kapitel des Bandes über die Psalmen dar; die Einwände, die man gegen diese Anschauung erhoben hat, sucht er im Vorwort zum Buch Hiob zu widerlegen. Schlögl's Anschauung ist die, daß man bei der biblisch-hebräischen Metrik den Ausgangspunkt nicht von der Quantität und der Zahl der Silben nehmen dürfe sondern vom Akzent (wenn es auch freilich rein akzentuierende Metra nicht gibt). Den in der biblischen Poesie vorherrschenden Verstypus sieht Schlögl in einem dem deutschen Knittelvers ähnlichen Vier- respektive Fünfheber. Als Probe für die Art der Schlögl'schen Psalmenübersetzung diene hier das 1. Lied des 19. Psalms:

»Der Himmel verkündet die Herrlichkeit Gottes,
Das Werk seiner Hände kündet die Feste.
In die ganze Welt geht hinaus ihr Ruf,
Bis an des Erdballs Grenze ihr Wort,
Der Sonne hat dort ein Zelt er errichtet.

Wie ein Bräutigam kommt sie aus ihrem Gemach,
Wie ein Held, der sich freut seine Bahn zu durchlaufen.

Vom Ende des Himmels erfolgt ihr Aufgang,
Und ihr Umlauf reicht bis zum andern Ende,
Und nichts ist geboren vor ihrer Glut.«

Von dem Fortschreiten dieses bedeutungsvollen Werkes, das der Beachtung weiterer Kreise empfohlen sei, wird in dieser Rundschau noch berichtet werden.

Kurze Chronik Anfang Januar starb der Professor der semitischen Sprachen an der Universität Kristiania Jö r g e n A l e x a n d e r K n u d t z o n im Alter von 62 Jahren. Er hat 2 Bände assyrischer Gebete an den Sonnengott herausgegeben sowie Untersuchungen über die Keilschrifttafeln von Tel el Amarna veröffentlicht. ◊ Der Ordinarius für systematische Theologie und Dogmatik an der Breslauer Universität F r i e d r i c h K r o p a t s c h e k ist im Alter von 42 Jahren gestorben. Er gab seit 1905 die Biblischen Zeit- und Streitfragen /Berlin, Runge/ heraus. ◊ In Paris starb J o s e p h H a l é v y, 90 Jahre alt. Er hat sich zuerst durch die Erforschung der Geschichte und der Sitten der Falascha, dann durch die Entzifferung und Deutung von fast 700 sabäischen Texten in Yemen bedeutende Verdienste erwor-

ben. Er war einer der ersten Orientalisten seiner Zeit und Herausgeber der Revue sémitique. Außerdem veröffentlichte er auch Gedichte starken religiösen Empfindens in hebräischer Sprache. ◊ Am 19. Februar starb der Senior der Leipziger Theologischen Fakultät R u d o l f H o f m a n n in seinem 93. Lebensjahr. Als Professor der praktischen Theologie und neutestamentlichen Exegese hat er länger als ein halbes Jahrhundert an der Leipziger Universität gewirkt. ◊ Im Februar starb ferner in Rom der Rektor des Deutschen Priesterkollegiums am Campo Santo Teutonico, der päpstliche Hausprälat und apostolische Protonotar A n t o n d e W a a l im Alter von 81 Jahren. Er hat dort das Museum christlicher Altertümer begründet und war seit 1887 Mitherausgeber der Römischen Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Geschichte. Sein Hauptwerk betitelt sich Roma sacra, die ewige Stadt in christlichen Denkmälern und Erinnerungen. ◊ Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß hat beschlossen die 400. Jahrfeyer der R e f o r m a t i o n in einfacher Weise zu begehen. Zu dieser Feier, die teils in Wittenberg teils, verbunden mit einem Bachfest, in Eisenach stattfinden wird, sollen 2 Festschriften, eine wissenschaftliche von Walther (Rostock) und eine volkstümliche von Conrad (Berlin) verfaßt, herausgegeben werden. Im preußischen Abgeordnetenhaus haben Konservative, Freikonservative, Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten beantragt die Regierung zu ersuchen »in den nächstjährigen Haushaltsplan erstmalig 20 000 Mark zur Förderung von Veröffentlichungen und Forschungen über die Zeit der Reformation und Gegenreformation einzustellen und mit dieser Aufgabe eine Kommission von protestantischen und katholischen Forschern zu betrauen.« ◊ Aus Anlaß des Reformationsfestes plant das Deutsche Buchgewerbemuseum in Leipzig eine große B i b e l a u s s t e l l u n g, die nicht nur die Lutherbibel sondern die Bibel in allen Sprachen der Welt zeigen soll. ◊ Zum Ordinarius für Kirchengeschichte in der Katholisch-theologischen Fakultät der Universität Bonn ist J o s e p h G r e v i n g aus Münster berufen worden.

Literatur Eine wichtige Neuerscheinung ist J o h. M e i n h o l d s Geschichte des jüdischen Volkes /Leipzig, Quelle &

Meyer/. Sie überspannt in gedrängter Form einen weiten Zeitraum, bis etwa 600 nach Christus. Erwähnt sei, daß diesem Werk eine gute Auswahl der für den Gegenstand weiterhin in Betracht kommenden Standardliteratur beigelegt ist (Wellhausen, Meyer, Bertholet, Bousset, Otto, Heman und andere nicht). ◊ Einen wertvollen Beitrag zur Psychologie der jüdischen Religiosität verdanken wir dem bekannten Vertreter des jüdischen Neuchassidismus Martin Buber: Vom Geist des Judentums /Leipzig, Kurt Wolff/. Dieses Buch, das nicht nur eine feinsinnige Studie über den Geist der jüdischen Mystik sondern auch eine leidenschaftliche Äußerung dieses Geistes in der Gegenwart darstellt, ist hier bereits in der Rundschau Philosophie (1916 II, Seite 821 ff.) behandelt worden; es wird vom Standpunkt der Religionswissenschaft aus auch in dieser Rundschau noch gewürdigt werden müssen.

KUNST

Bühnenkunst / Nora Zepler

Itsea

Max Reinhardt war, bevor er Theaterdirektor, Ausstattungskünstler und Massenregisseur wurde, Schauspieler in dem Deutschen Theater Otto Brahm's. Er hat sich später unzweifelhaft mannigfache Verdienste erworben. Aber seine menschlich tiefsten Wirkungen übte er aus, als er unter Brahm sogenannte Nebenpersonen, dann aber auch den Michael Kramer verkörperte. Jetzt, nach 1½ Jahrzehnten rauschender Erfolge und heftiger Anfeindungen, findet er den Weg zu Brahm zurück; denn er bringt jetzt aufs neue die Stücke, die das Brahm'sche geistige Programm bedeuteten, und er will sie offensichtlich auch im Brahm'schen Geist geben; nicht in blinder Nachahmung sondern in einer Art, die dem neuern Bewußtsein und den neueren Mitteln angepaßt ist. Vielleicht ist das nur ein Zwischenspiel. Aber die Tatsache verdient festgehalten zu werden.

Am 14. März gab Reinhardt in seinem Deutschen Theater den John Gabriel Borkman. Wer diesen Abend miterlebt hat, wird ihn sicherlich nicht vergessen. Er gehörte zu den seltenen, an denen man nichts mehr vom Theater weiß und nur noch mit den Menschen des Dichters mitlebt. Ein Zusammenspiel von restloser Geschlossenheit, in dem jeder einzelne Mitspieler

eine Meisterleistung der Schauspielkunst bot. Und unter den Spielern war Else Lehmann. Ein Strom von Wärme flutet in jeden über, wenn man nur den geliebten Ton wieder vernimmt; ihre kleinste Bewegung greift wunderbar ans Herz. Wie sie leise den Kopf hebt oder eine geringe Geste macht, und wie das ganze Lebensleid einer Menschenseele darin liegt. Wer sonst hat diese tiefe Herzenswärme? Und wer kann so ausbrechen, elementar aus den verborgensten Gründen eines scheinbar beruhigten und resignierten Gemüts? Man muß ihr einmal für alles Dank sagen, was sie jedem gewesen ist. Neben ihr stand Paul Wegeners Borkman. Starr, gewaltig und einsam. Wenn er mit riesigen Schritten das Zimmer durchspannt, schwelen noch unter den Trümmern dieser Natur gewaltige Reste eines vulkanischen Willens; er rückt die Arme aus, weit zu vergrabenen Lebensquellen hin, und Genie leuchtet aus seinem Blick. Ein gestürzter Titan, der im Recht ist gegen das Recht der Menschen. Die Gestalt, die am tiefsten die Bitterkeit und den hoffnungslosen Pessimismus des Stückes aufzeigt, weil sie am wenigsten sich aus der Dumpfheit des Leids erheben kann, Frau Borkman, war Rosa Bertens. Sie fror und machte frieren, und ihr verzweifelter Aufschrei erschütterte. Max Pallenberg ist Foldal, rührend in seiner Abgeschabtheit und Demut, zerknittert von den banalen Brutalitäten des Daseins und dennoch mit einem ganz eigenen Himmel von Träumereien und dem entsagungsvollen Lächeln reiner Güte (und doch sich aufbäumend, wenn man ihm die krampfhaft festgehaltene Selbsttäuschung zu nehmen droht). Einer von den Letzten, die die Ersten sein werden.

Wien

In zwei Aufsätzen im Berliner Börsenkurier vom 18. Februar und 4. März 1917 schildert Felix Stössinger den heutigen Stand des Wiener Theaterlebens. Es scheint danach um die Bühnenkunst dort schlimm bestellt zu sein. Das Wiener Publikum betrachtet nach diesem Bericht das Theater durchaus nicht, wie der geistig interessierte Berliner, als seelisches Erlebnis sondern, seiner zum Spielerisch-Leichten neigenden Wesensart gemäß, lediglich als Mittel oberflächlichen Amusements. Es mag das, meint Stössinger, durch das gänzliche Fehlen einer erzieherischen, kultur-schöpferischen Kritik mitbegründet sein,

wie sie sich hier gleichzeitig mit der fortschreitenden Entwicklung des Theaterspiels durch Brahm und Reinhardt und überhaupt mit der wachsenden Durchsetzung des Berliner Publikums mit geistiger Kultur habe bilden können. Seit den letzten 30 Jahren nehme und habe Wien an der Entwicklung der Literatur fast keinen Anteil mehr, und es sei daher nicht zu verwundern, wenn seinem Theaterleben auch die Kunst echter Menschendarstellung aus Mangel an Übung verloren gegangen sei. In den offiziellen ersten Schauspielhäusern Wiens, dem Volkstheater und allen voran der Burg, sei eine Schauspielkunst in unserm Sinn, die Kunst nämlich lebendige Menschen auf die Bühne zu stellen, überhaupt nicht mehr anzutreffen. In Wien herrsche der *Liebling*, neben dem ein ernst ringender Gestalter nicht aufkommen könne. Was man in dem ehrfurchtunwobenen Burgtheater zu sehen bekomme, sei ein Stil leerster Pathetik und stelzfüßiger Außerlichkeit, der jede wahrhaftige Seelenregung verschlinge und auch groß angelegte Schauspielernaturen allmählich niederziehe. Der Spielplan des Burgtheaters stehe völlig im Einklang mit der erwähnten Art der Schauspielkunst. Ich lasse hier die Angaben folgen, die ein drastisches Dokument bilden. Von 133 Abenden wurden 47 Grillparzer und anderen Klassikern gewidmet, 25 gehörten Erscheinungen wie Schönherr und Hardt, 20 weitere Müllers Königen, 25 der Unterhaltungsliteratur im schlimmen Sinn und nur die letzten 16 endlich außerklassischer richtiger Dichtung, allerdings auch nur der mannigfach bewährten; Hauptmann und Ibsen zum Beispiel waren selten darunter zu finden. Diese Tatsachen müssen um so schwerer wiegen, als dem Wiener Hoftheater nicht, wie in Berlin, ein führendes Privattheater gegenübersteht. Der Spielplan des Volkstheaters, des maßgebenden Wiener Privattheaters, weist im letzten Spieljahr ein Programm auf, das sich im wesentlichen zwischen Benedix, Dregely, Swoboda und Sudermann bewegt. Neben den genannten beiden Theatern existieren für die Wiener Gesellschaft noch zahlreiche Operettenbühnen und einige seichte Salon- und Lustspieltheater. Die 3 ernstesten literarischen Bühnen Wiens, nämlich die Neue Wiener Bühne, die Volksbühne und die Wiener Kammerspiele, deren meist in Deutschland geschulte Leiter den Ehrgeiz besitzen wirklich Kunst schaffen zu

wollen, kämen für das offizielle Theaterpublikum überhaupt nicht in Betracht; ihr ideell und materiell schwieriges Streben bleibe im Dunkeln, und man beachte weder ihre literarischen Unternehmungen noch ihr Bemühen um eine verinnerlichte Darstellungskunst. Etwas günstiger lautet das Urteil über den Stand der Wiener Opernkultur, für die der Wiener seiner Wesensart gemäß mehr Verständnis zeige als für das Schauspiel.

Stössingers Ausführungen bilden eine interessante Ergänzung dessen, was bei der Besprechung des Smekalschen Buches über das Wiener Burgtheater in der vorigen Rundschau (in diesem Band, Seite 118 f.) von dem Theaterleben des früheren Wiens ausgesagt werden konnte. Auch zur Blütezeit des Burgtheaters war Wien wohl in musikalischer, nie aber in literarischer Beziehung führend. Nun, da eine neue Dichtkunst sich einen neuen Darstellungsstil schuf, ist es folgerichtig, daß Wien auch auf diesem Gebiet einen Niedergang erlebte.

Tanzpantomime Bei den Gastspielen des Russischen Balletts lernen wir wieder einmal die Pantomime kennen, die man lange für etwas Überwundenes und Totes gehalten hatte. Die Russen zeigten darin ihren hinreißenden Rhythmus, ihre leidenschaftliche Phantasie und Gefühls-
glut. Dazu kamen der Zusammenklang der Farben, die Schönheit und beschwingte Leichtigkeit der Körper. Aber all das erklärt noch nicht die ungeheure Suggestion ihrer Wirkung, die mit geradezu ekstatischer Kraft uns in einen ungekannten Taumel der Sinne hineinriß. Die Pantomime verzichtet, um sich auszudrücken, völlig auf das Medium des Tones. Die begleitende Musik erzeugt und verfolgt zwar die Stimmung des Spiels, aber auf der Szene selbst herrscht vollkommenes Schweigen, weder Laut noch Ton unterbricht es; eine Atmosphäre von Rätseln, von ungreifbar Geisterndem schwebt über dem Ganzen. Jedes Geschehen bekommt ein gesteigertes Gesicht: Freude wird verzückter, Verführung verlockender, Komisches grotesker, Schreck und Angst dämonischer. In der Scheherazade zum Beispiel, welch ein Eindruck das plötzliche Erstarren und Einfrieren der bacchantisch rasenden Masse beim Eintritt des Herrschers! Kein Schrei konnte laut werden und das gelähmte Entsetzen lösen, das, wie

ein unsichtbarer Polyp die Szene umklammerte.

Man hatte auch in Deutschland in der letzten Zeit begonnen die Wirkung der Pantomime zu verstehen, und erste Ansätze einer heimischen Kunst der Pantomime entstanden da und dort. Einen starken Eindruck gaben der Schleier der Pierrette im Deutschen Opernhaus und das entzückende Märchen in den Berliner Kammerspielen. Auch das Deutsche Theater versprach mit der Grünen Flöte eine Neuentwicklung dieser schönen Kunstgattung. Um so größer war die Enttäuschung, die uns durch Lillebils Hochzeitsreise bereitet wurde. In völliger Verkenning des Wesens der Pantomime wird in dieser Zwitterbildung fortgesetzt gesprochen. Dadurch kann die dämmernde Traumstimmung von vornherein nicht aufkommen. Was in dem stallartigen, für phantastisch Entrücktes denkbar ungünstigen Raum des Wintergartens in Berlin sich abspielt, ist ein kunst- und sinnloses Durcheinander von Körpern, die zufällige Gesten in angeblich ägyptischem Stil machen, hineingesetzt in trostlos papierene Dekorationen. Und die Phantasielosigkeit dieser *Burleske* wird durch die Darstellung nicht behoben. Die Pantomime ist für starke Naturen unter Tänzern und Schauspielern eine Ausdrucksform von größtem Reiz, aber sie verlangt von ihnen auch höchst gesteigerte Intensität der Empfindung. Lillebil Christensen verfügt darüber nicht. Sie ist konventionell. Ihre an sich ausgezeichnete Technik bleibt Selbstzweck, nicht Übertragungsmittel. Einzig aus dem Fellachenmädchen Katta Sternas spricht eine starke, ursprüngliche Natur. Erlangt diese junge Tänzerin, bei der jede Biegung des Körpers unmittelbar vom Gefühl eingegeben ist, noch die technische Vollkommenheit, so hat man auch in Deutschland eine ganz große Tanzkünstlerin.

Marionetten Wie oft hört man das Wort, daß wir Menschen Marionetten sind, die an unsichtbaren Fäden hin- und hergezogen werden. Wir wollen damit nicht etwa unsere Willensfreiheit verneinen. Wir betrachten uns nur wie aus der Vogelperspektive, mit den Augen eines überlegen großen Wesens. Die veränderte Dimension läßt die kleineren Merkmale verschwinden, und übrig bleibt nur das Wesentliche und Typisierende. Je betonter die Linien unseres Wesens und

Schicksals aufgetragen sind, desto mehr müssen wir jenem unsichtbaren Beschauer als Karikatur erscheinen, denn den Maßen seiner überlegenen Größe hält alle Tragik unserer Winzigkeit nicht stand. Die Kleinheit an sich macht uns komisch.

In solcher Art sehen wir selbst vor dem kleinen Ausschnitt der Marionettenbühne unsere erhabensten Taten und Empfindungen, auf Puppenmaß projiziert, ins Grotteske sich umbiegen und fühlen uns von ihrer Schwere befreit. Hierin liegt wie der Zauber des Marionettenspiels zugleich auch seine natürliche Begrenzung. Es kann nicht an Kunstwerke heran, deren Gefühlswert für unser Empfinden keine Burleskisierung verträgt, weil wir ihnen nur mit dem Gefühl unterlegener Kleinheit nahen. Ebensowenig hat es auch im Bereich eines Humors zu schaffen, der ganz abseitig von der Marionettenwirkung in völlig anderen Formen sich ausdrückt. Ich denke hier speziell an das musikalische Lustspiel, das die Marionettenbühnen so gern heranziehen. Mir wurde das wieder einmal deutlich in dem nach meiner Ansicht mißglückten Versuch des Münchener Marionettenvaters Paul Brann Adams entzückende Spieloper Die Nürnberger Puppe für seine Marionetten zu gewinnen. Der Wert des Werkes, sein Humor liegt eben im Musikalischen, und die Musik verlangt bessere Sänger als die Marionettenspieler, um zu ihrem Recht zu kommen. Obendrein entstand eine störende Inkongruenz zwischen den hüpfenden Bewegungen der Puppen und dem stolpernden Begleitgesang. Wozu auch gerade Gegensätzliches erwählen, da vom frühen Mittelalter über den Grafen Poggi, E. T. A. Hoffmanns Prinzessin Blandina bis zu Schnitzler eine so reiche Literatur von köstlichen und grobenteils noch unbekanntem Puppenspielen existiert? Auch Hans Sachs' Fastnachtsspiele und Goethes Farcen stehen noch zu wenig auf dem Spielplan der Marionettenbühne. Man hätte darum auch nicht nötig so Mißglücktes wie das politische Puppenspiel von Ostini aufzuführen. Die Münchener Puppen Paul Branns zeigen ihr Bestes in König Violon und Prinzessin Klarinette, dieser wundervollen Persiflage von Liebe und Heldentum. Man zieht da unwillkürlich Vergleiche mit dem hohen Stil Racines. In solch typischen Marionettentstücken wirkt auch eine Eigenheit des Puppenspiels, nämlich die Entfernt-

heit der sprechenden Stimme hinter der Szene von der agierenden Puppe, als besonderer Reiz; man spürt den unsichtbaren Einbläser wie die eherne Schicksalsmacht, die die armen Puppen phantastisch erfüllt und antreibt.

Ein Vergleich zwischen Paul Brann und Ivo Puhonnys Marionetten (siehe diese Rundschau, 1916 I, Seite 411) fällt vorläufig zugunsten der Puhonnyschen aus. Die Brannschen Puppen haben, als Einzelfiguren betrachtet, vielleicht größeren Kunstwert. Es gibt darunter herrlich komische Typen, wie die Figur des Lloyd George im politischen Puppenspiel oder die unsagbar dumme Physiognomie des Benjamin in der Nürnberger Puppe; aber in ihrem Spiel fehlt die restlose Einheit von Wort und Gebärde, darum bleiben sie mitunter im Stadium des Automatischen stecken. Puhonnys Puppen waren im Zusammenklang weit lebendiger, beweglicher, man möchte sagen: impulsiver; sie erwachten aus dem Puppenleib zu wahrhaften Fabelwesen.

Kurze Chronik In München starb am 15. Januar 35jährig der Regisseur und Mittdirektor des Volkstheaters **Erich Ehrhardt-Platen**. Platen, der in Berlin von seiner Tätigkeit am Lessingtheater her bekannt ist, war seit Jahren in der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger hervorragend tätig. ◊ Am 13. März starb **Emil Milan**, fast 58 Jahre alt, in Berlin. Milan galt als der bedeutendste Meister auf dem Gebiet der Rezipitation. Die Berliner Universität, deren Lektor er war, ernannte ihn zum Professor. ◊ Der Goethebund wird in einer Reihe von geschlossenen Vorstellungen Werke junger Autoren, denen sich das Theater aus Gründen der Theaterpraxis oder aus Zensurrücksichten verschließt, einmalig auf die Bühne bringen. ◊ **Friedrich Kayßler** wurde vom Vorstand der Berliner Freien Volksbühnen zum Leiter des Theaters am Bülowplatz erwählt. Man darf die Volksbühne zu der Wahl dieser hochstehenden, ernsten und künstlerisch ehelichen Persönlichkeit beglückwünschen. ◊ Wiener Musikfreunde haben sich zur Gründung einer Kammeroper zusammengetan, mit dem Zweck die Mozartschen und vormozartschen Spielopern in einem angemessenen intimen Raum zur Aufführung zu bringen. Nach dem Krieg ist die Errichtung eines eigenen Hauses geplant, während vorläufig die Vorstellungen nachmittags in der

Neuen Wiener Bühne stattfinden sollen. Die musikalischen Leiter sind die Kapellmeister **Anderrieth** und **Strasser**. ◊ Eine wichtige Erfindung des Leipziger Regisseurs **Eugen Zadeck** gestattet es vermöge einer beweglich bleibenden, auf die Mimik reagierenden Masse eine wesentliche Vervollkommnung der Kunst der **Masken** und damit der Charakterisierung zu erzielen. ◊ Am 11. Februar beging in Hannover **Ludwig Barnay** seinen 75. Geburtstag. Barnay hat in der deutschen Theatergeschichte in mehr als einer Beziehung eine hervorragende Rolle gespielt. Der gebürtige Ungar ist als Schauspieler eng verknüpft mit der Blütezeit der Meininger. Er hat den bedeutendsten deutschen Bühnen angehört; 1883 zählte er mit **L'Arronge**, **Förster** und **Friedmann** zu den Gründern des Deutschen Theaters, 1888 schuf er das Berliner Theater, dem unter anderen **Niemann-Raabe**, **Sorma** und **Mitterwurzer** angehörten, und das er 6 Jahre hindurch leitete. 1898 zog sich Barnay von der schauspielerischen Betätigung zurück, übernahm indessen später noch die Leitung des Hannoverschen Hoftheaters. Noch bedeutungsvoller als seine Bühnentätigkeit ist theaterhistorisch seine organisatorische Arbeit; denn Barnay war es, der in den siebziger Jahren die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger ins Leben rief und jahrelang für ihr Gedeihen arbeitete. ◊ Am 19. Februar wurde **Julius Lieban**, der bedeutende Sänger und geniale Neuschöpfer des **Mime** und des **David**, aber auch des **Almaviva** und vor allem des **Bardolph** in **Verdis** herrlichem (und darum nie gegebenen) **Falstaff**, 60 Jahre alt. Es ist schwer bei Lieban an solches Alter zu glauben. ◊ Zum Nachfolger **Martersteigs** in Leipzig wurde **Meyer-Waldeck** aus Dresden gewählt.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Earl of Cromer † Der Krieg hat unter den großen Männern, die an dem in rasendem Tempo vollzogenen Aufbau des britischen Imperiums in den letzten 5 Jahrzehnten maßgebenden Anteil hatten, reiche Ernte gehalten; dem großen **Roberts**, dem größern **Kitchener** ist am 28. Januar, 76 Jahre alt, **Evelyn Baring**, **Earl of Cromer**, gefolgt. **Cromer** hat, kurz gesagt, das moderne Ägypten geschaffen. Er hat das mit den Mitteln getan, die

britische Koloniarbeit seit dem Zusammenbruch des alten merkantilistischen Systems anzuwenden pflegte: formale Nachgiebigkeit bei starrer sachlicher Konsequenz; Zurücktreten des Glanzes der schaffenden Person hinter das Werk; Geduld; Opfer an Kraft und Geld; zeitgemäße Abschlagszahlungen an das langsam erwachende Bedürfnis nach Bildung und Selbstverwaltung; vor allem langsame, umsichtige, leise, aber unlösliche Verstrickung der Wirtschaft Ägyptens in das britische Reich. Ich habe die Ergebnisse dieser Arbeit Cromers vor einem Jahr in dem Artikel Ägypten (in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 I, Seite 265 ff.) dargelegt und verweise auf diese Darstellung. Es geht daraus hervor, daß es in allererster Linie das Verdienst dieses Mannes ist, der über 20 Jahre unter dem anspruchlosen Titel eines britischen Agenten und Generalkonsuls die Macht eines Königs von Ägypten verbar, wenn Ägypten, der weltpolitische Angelpunkt dieses Krieges, so fest und treu zum britischen Reich steht. 1907 schied Lord Cromer, der zeitlebens ein guter Tory gewesen ist, aus dem Amt; er wurde dem Popularitätsbedürfnis der liberalen Regierung Englands, die 1906 ans Ruder kam, geopfert. Seither war er der weltpolitische Inspirator der unionistischen Mehrheit des Oberhauses. In den 10 Jahren, die ihm zu dieser Rolle noch vergönnt waren, war er, wiederum ganz anspruchlos, der Träger des Gewissens seiner Nation, ein Typus, den wir so nie besaßen und den zu besitzen wir uns nur wünschen können. Cromer war ein reiner, der Sache seines Vaterlands hingegebener Mensch. Am deutlichsten wird das aus der puritanisch nüchternen Sachlichkeit seines Buches *Modern Egypt* /London, Macmillan/. An die Reihe großer Staatsmänner, die unsere bittersten Gegner seit mehr als 3 Jahrhunderten besaßen: Elisabeth, Cromwell, Wilhelm III., Burke, Pitt der Jüngere, Lord Grey (der Großvater), Disraeli, Cecil Rhodes, schließt er als einer der größten unter ihnen sich an. Er war einer der leitenden Köpfe der britischen Weltpolitik der letzten beiden Jahrzehnte.

Türkische Landwirtschaft Der Krieg hat, ebenso wie die Landwirtschaft der anderen aktiv beteiligten Staaten, so auch die der Türkei in vielfacher Hinsicht beeinflusst. In den anderen Staaten war dieser Einfluß fast

ausschließlich ungünstig, in der Türkei dagegen rief der Krieg auch gewisse günstige Entwicklungsmomente für die Landwirtschaft hervor. Ein deutscher Fachmann (Hahl) wurde als Beirat für das Handels- und Ackerbauministerium, ein anderer (Geheimer Finanzrat Kautz) als Generaldirektor der Landwirtschaftsbank berufen. Die landwirtschaftlichen Tagelöhner wie die selbstwirtschaftenden Bauern wurden gezwungen Feldarbeit zu leisten. Die Verteilung des landwirtschaftlichen Bodens auf die verschiedenen Nutzungsarten wurde einer zentralen Kommission übertragen, die Beschaffung von Saatgetreide durch Staatsmittel unterstützt, der Bezug geeigneter landwirtschaftlicher Maschinen aus Deutschland mit staatlicher Beihilfe organisiert. Neben diesen Maßnahmen, die durch den Krieg bestimmt sind, stehen solche, die überhaupt der Förderung der Landwirtschaft dienen sollen. Dazu gehört in erster Linie die Reform der Landwirtschaftsbank und ihrer vielfach ungeeigneten Arbeitsmethoden wie ein Versuch (in der fruchtbarsten Ebene von Konia) bäuerliche Darlehenskassen nach dem Raiffeisensystem zu gründen, ferner die Gründung eines Bundes der türkischen Landwirte und einer Deutsch-Türkischen Ackerbaugesellschaft und endlich vor allem die Zollreform. Nach dem Grundsatz, daß Waren, deren Rohstoffe im Inland gewonnen werden, und die mit Leichtigkeit hergestellt werden können, mit hohen Schutzzöllen belegt werden sollten, sind die bisher nur sehr geringen Finanzzöllen unterliegenden Erzeugnisse der Landwirtschaft unter generellen Zollschatz genommen. Dabei wurde ein besonders hoher Schutz für solche landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorgesehen, die im osmanischen Reich in für den Bedarf nicht genügender Menge erzeugt werden. Demgemäß genießen zum Beispiel lebende Tiere einen Zollschatz von 5 bis 428 % ihres Wertes; insbesondere Maultiere, Mauleselinnen, Mauleselfüllen 74 %, Kamele 41 %, Schweine (an denen in Anbetracht der überwiegend moslemischen Bevölkerung der Bedarf naturgemäß gering ist) 67 %, Hennen, Enten usw. 57 %, Truthähne, Gänse usw. 86 %. Bei tierischen Nahrungsmitteln bewegen sich die Zollsätze zwischen 22 und 388 % des Wertes; der allgemeine Fleischzoll beträgt 35 %, geräuchertes Fleisch ist jedoch mit 56 %, Schinken usw. mit 70 % belastet. Auch die Zölle auf Getreide und Körnerfrüchte sind beträchtlich; hervorzuheben

sind: auf Weizen 39 %, auf Mais 35 %, auf Gerste 38 %, auf Hafer 35 %, auf geschälten Reis 52 %, auf Weizenmehl 90 %, auf Grütze 75 %. (Die Zölle sind übrigens Gewichtszölle; die Berechnung der Werte nach Schaefers, weiter unten angezeigtem Türkischen Zollhandbuch.) Ermöglicht wurde diese Politik des Erziehungs- respektive Schutzzolls für landwirtschaftliche Erzeugnisse durch die am 8. September 1914 vollzogene Aufhebung der Kapitulationen, die bisher der Politik des landwirtschaftlichen Zollschatzes im Weg standen.

Wesentliche Fortschritte hat auch die Vorbereitung der Bewässerung großer Flächen in der Ebene von Adana und weiterer Flächen im Gebiet von Eskishehir und Konia gemacht (siehe auch die Rundschau Technik, in diesem Band, Seite 52 f.). Man hofft vor allem auf Erfolge für den Anbau von Baumwolle, Zuckerrohr, Sesam, Agrumen. Allein in der Ebene von Adana rechnet man auf 50 000 Tonnen Baumwolle als jährlichen Ertrag. Baumwolle selbst ist nach dem neuen Zolltarif mit 29 % des Wertes belastet, Rohzucker mit 34 %; Zuckerrohr ist im Zolltarifgesetz nicht aufgeführt.

Es sind also einschneidende Neuerungen, zu denen sich, auf Grund der deutschen Erfahrungen und unter Berücksichtigung wesentlicher Ergebnisse der Wirtschaftswissenschaft, die türkische Regierung auf dem Gebiet der Landwirtschaft entschlossen hat.

Indische Baumwollindustrie

Die indische Regierung hat neuerdings beschlossen »die Frage der Ausdehnung und

Entwicklung der indischen Fabrikation und Industrie energischer als bisher in die Hand zu nehmen«. Insbesondere ist als Gegenstand dieser Politik staatlicher Industrieförderung, neben der Juteindustrie, die Baumwollindustrie in Aussicht genommen. Dies Unternehmen ist für Deutschland von höchstem Interesse. Wenn es gelingt die in British Indien erzeugte Baumwolle (und Wolle und Jute) auch dort zu verarbeiten, so scheidet damit ein wesentlicher Ausfuhrartikel der europäischen Exportindustriestaaten, in erster Linie (neben England) Deutschlands, für den Überseehandel nach Indien aus; außerdem wird es in diesem Fall mit der Aussicht für die deutsche Volkswirtschaft auch fernerhin noch bedeutendere Mengen dieser Gespinnststoffe aus Ostindien zu beziehen schlimm genug aussehen.

Dieser (von Gerhard Hildebrand unter anderm in dieser Rundschau schon vor langer Zeit energisch vorausgesagte, aber in der Partei höchst skeptisch angesehene) Vorgang gewinnt dadurch um so größere Bedeutung, daß er mit einem Vorgang ganz ähnlicher Art, wie er sich während des Krieges in den Vereinigten Staaten angebahnt hat, zeitlich und sachlich unmittelbar zusammentrifft.

Über den Plan selbst mögen folgende Angaben näher unterrichten: Die hauptsächlichsten Hindernisse, die es zu überwinden gilt, bestehen einmal in einem relativen Mangel an mobilem Kapital in British Indien (der durch die Festlegung des englischen Kapitals jetzt im Krieg noch verschärft werden wird); dann in der Zurückhaltung der eingeborenen Kapitalisten, die nicht nur in dem Gefühl mangelhafter Übersicht über das der Spekulation sehr unterworfenen Gebiet der industriellen Produktion sondern auch, besonders bei der vom Brahmanismus und Buddhismus beeinflussten Mehrheit der indischen Nation, in einem beträchtlichen Mangel an Unternehmungsgest überhaupit ihren Grund hat; schließlich, neben tatsächlicher Unkenntnis über die für eine geplante indische Baumwollindustrie zur Verfügung stehenden Mengen an Rohstoffen (vor allem an Baumwolle und Kohle), in der Knappheit an geschulten Arbeitern. Diesen Schwierigkeiten gegenüber soll die von der indischen Regierung eingesetzte Kommission insbesondere die Frage studieren, wie ein technisch sachverständiger Beistand beschafft werden könnte, in welcher Art den zu gründenden industriellen Unternehmungen finanzielle Hilfe zu gewähren sei, und wie es mit den verfügbaren Rohstoffen stehe. Die Kommission soll in etwa einem Jahr berichten. Für das Ergebnis, zu dem sie kommen wird, gibt ein knapper Überblick über den bisherigen Stand der Dinge bei den schon vorhandenen, immerhin nicht ganz unbedeutenden Ansätzen der Textilindustrie in Indien einige Anhaltspunkte. Die Zahl der Baumwolle verarbeitenden Spindeln in British Indien betrug am 31. August 1915 6,8 Millionen, die Zahl der Baumwollgarn konsumierenden Webstühle etwa 108 000. In beiden Industrien waren 265 000 Arbeiter beschäftigt; sie verarbeiteten im Jahr 1914 von der auf 20,8 Millionen englische Pfund geschätzten indischen Baumwollernte 8,2 Millionen englische Pfund (1915-

1916 15,2 respektive 8,4 Millionen), also 1914-1915 etwa 40, 1915-1916 etwa 55 % der indischen Baumwollerte. Besonders wichtig ist aber die Tatsache, daß, während von 1904 bis 1915 die Zahl der Spindeln um 32, die Zahl der Arbeitskräfte um 36 % gestiegen ist, sich die Menge der verbrauchten Baumwolle nur um 12 % vermehrt hat. Darin drückt sich eine allmähliche Verfeinerung des Durchschnittsprodukts aus. So kam es, daß die indische Baumwollindustrie mit einem Verbrauch von 125 Pfund Baumwolle für die Spindel im Jahr 1914-1915 ungefähr die Mitte zwischen der besonders hoch stehenden englischen Industrie und der, besonders grobes Erzeugnis liefernden japanischen hielt (Verbrauch für die Spindel 40 respektive 300 Pfund; in Deutschland und Nordamerika etwa 70, in Südamerika 115 Pfund).

Durch den Krieg haben sich die Produktionsbedingungen der indischen Baumwollindustrie ganz wesentlich gebessert. Die Einfuhr von Baumwollwaren nach Indien, die 1913-1914 einen Wert von 44,2 Millionen Pfund Sterling hatte (davon aus Deutschland 945 000, aus Österreich-Ungarn 225 000, aus Großbritannien 39,8 Millionen Pfund), ging 1914-1915, wegen der Verteuerung der Produktionskosten, in erster Linie infolge der Steigerung der Frachtraten, auf 32 $\frac{2}{3}$ Millionen Pfund Sterling zurück (aus Deutschland 149 000, aus Österreich-Ungarn 60 000, aus Großbritannien 30,2 Millionen Pfund). Dieser Ausfall (das Berichtsjahr 1914-1915 umfaßt nur 8 Kriegsmonate, von August bis März) ist nur zum Teil durch Verminderung der Ausfuhr (von 8,1 auf 5,3 Millionen Pfund Sterling) gedeckt; zum Teil ist er offenbar eingespart, zum Teil aber auch durch die schon erwähnte Steigerung der indischen Eigenerzeugung ausgeglichen. Die Lage, die sich so ergibt, zeichnen die Times of India mit folgenden Worten: »Die Baumwollspinnerei und -weberei befindet sich zurzeit in einer günstigeren Lage als jemals vorher. Die erzielten Gewinne sind bedeutend und die in Aussicht stehenden noch größer. . . Die Preise sind hoch und noch im Steigen begriffen. Konkurrenz ist infolge der großen Absatzmöglichkeit nicht mehr wahrnehmbar. Die finanzielle Lage der Industrie hat sich gewaltig gebessert. . . Große Beträge werden jetzt zu den Reserven geschrieben, und die Abschreibungen sind sehr hoch. . . Die Aktien sind ge-

waltig in die Höhe gegangen, einige um mehrere hundert Prozent.« Man wird es gerechtfertigt finden, wenn an der Hand dieser Daten der Berichterstatter im Weltwirtschaftlichen Archiv vom Februar 1917, L. Ulrich, zu dem Urteil kommt: »Es wird also nach menschlichen Berechnungen eine außerordentlich starke Nachfrage nach der verfügbaren Baumwolle für eine geraume Zeit nach Friedensschluß eintreten, und Indien hat dann mit eigener billiger Baumwolle im Lande und billigen Arbeitskräften einen Vorteil, den kein zweites Land aufzuweisen hat. Die Aussichten sind demnach für ein Anwachsen der Baumwollfabrikation äußerst vielversprechend. . . Der Ferne Osten . . ., der bisher das Hauptabsatzgebiet für fremde Baumwollprodukte war, wird sich von diesen in Zukunft mehr und mehr unabhängig machen. Auch die deutsche Industrie wird unter diesen Bestrebungen sehr zu leiden haben.«

Französisch
Indochina

Zu der vor dem Krieg so oft gerade von parteigenössischer Seite eifrig erörterten Frage, ob tropische Kolonien für einen europäischen Großstaat eine geschäftlich günstige Unternehmung oder eine Belastung bedeuten, lieferte die Revue des questions coloniales et maritimes einen sehr interessanten Beitrag. Sie suchte zahlenmäßig festzustellen, ob und inwiefern die gegen die französische Kolonialpolitik in Indochina gerichtete Behauptung berechtigt sei, diese Kolonie koste das Mutterland zu viel. Die Kosten (die sich auf das Budgetjahr 1906-1907 beziehen) waren die folgenden: Ausgaben für Heer und Flotte 27 Millionen Francs, für Verzinsung des Anlagekapitals von 800 Millionen Francs mit 3 % (dem Satz der alten französischen Rente) 24 Millionen Francs, für Subventionen des Mutterlands an die Kolonie (nur noch für Postverbindungen zwischen Mutterland und Kolonie) 6,7 Millionen Francs; es ergibt sich also eine Summe von jährlich 57,7 Millionen Francs. Dazu müßte freilich noch die allmähliche Amortisation des Anlagekapitals gerechnet werden, bei einer Tilgungsrate von 1 % des Ausgangsbetrags mithin 8 Millionen Francs, so daß also der so berichtigte Betrag der jährlichen Gesamtlasten 65,7 Millionen Francs ausmachen würde. Dem stehen an Einnahmen des Mutterlands aus dem Rechtsverhältnis zur Kolonie gegenüber: Zinszahlungen nach Frankreich mit 16,3

Millionen, Kontributionen 21,8 Millionen, Handelsgewinne und Gewinne der französischen Industrie 96,7 Millionen (nach Schätzung), Gehälter der französischen Beamten in der Kolonie 30 Millionen, zusammen also 164,8 Millionen Francs, so daß sich der Reingewinn Frankreichs für 1906-1907 aus diesem Geschäft auf 107,1 Millionen Francs oder 13,4 % der Erwerbskosten belief. Ein Geschäft, das sich sehen lassen kann. Während des Krieges ist ja der Widerstand gegen die tropische Kolonisation der Großstaaten ziemlich still geworden. Von dem Argument, daß die zum Kolonialerwerb und zur Förderung der Kolonisation erforderlichen Kapitalien sich wirtschaftlich nur mangelhaft rentieren, hat man nicht mehr viel gehört. Man hat auch eingesehen, daß neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten noch Überlegungen anderer Art, besonders solche weltpolitischer Natur, für die Frage von ausschlaggebender Bedeutung sein können. Jedenfalls tun wir gut daran uns für künftige Fälle die Erfahrungen zu merken, die Frankreich mit seiner verurteilten Kolonie gemacht hat.

Kurze Chronik Der Überseeforscher Otto Finsch, einer unserer verdienstvollsten Kolonialpioniere, ist Ende Januar im Alter von 77 Jahren in Braunschweig gestorben. Mehr als 300 Publikationen aus seiner Feder enthalten die Ergebnisse seiner zahlreichen Forschungsreisen, nach dem Stillen Ozean und dem Malayischen Archipel, nach Sibirien und China, auch nach Ostafrika, Nordamerika und Lappland. ◊ Am 10. Februar starb im Krankenhaus Berlin-Lichterfelde Karl Perrot; er war gerade 74 Jahre alt geworden. Er hat unmittelbar nach der Erwerbung Deutsch Ostafrikas eine Expedition ausgerüstet, die mit dem ersten Dampfer nach der neuen Kolonie ging, um dort Pflanzungen anzulegen. Seine Mittel reichten freilich nicht aus, und er mußte sein Werk verlassen, ohne die Früchte zu ernten. Das gleiche widerfuhr ihm später noch oftmals. Aber seine Kolonialbegeisterung und seine Schaffensfreude litten nicht darunter. Er hat der kolonialen Idee durch öffentliche Vorträge immer neue Anhänger gewonnen. ◊ Die Hamburger Vereinigung für deutsche Überseeinteressen hat in einer Petition an den Reichstag die schleunige Schaffung eines Gesetzes über die Feststellung von

Kriegsschäden in den deutschen Schutzgebieten und die Einsetzung einer zur gegebenen Zeit zu gewährenden angemessenen Vorentscheidung in diesem Gesetz gefordert. Es ist zu hoffen, daß die sozialdemokratische Fraktion diese für die nächste Zeit einzige Gelegenheit zur positiven Beschäftigung mit Kolonialangelegenheiten eifrig ergreift. ◊ Der belgische Staat nahm zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kongokolonie bei seinen englischen Verbündeten eine Anleihe von 90 Millionen Francs auf; ob ohne oder mit Verpfändung eines Teils der Kolonie (des mineralreichen, Rhodesien und Nyassaland benachbarten Katanga), ist nicht sicher festzustellen. ◊ Nach einer Zusammenstellung des Observer umfaßten die französischen Kolonialtruppen, die in Europa im Kriegsdienst verwendet wurden, Ende 1916 etwa 60 000 weiße Kolonisten, 150 000 eingeborene Kolonialweiße und 268 000 Farbige, insgesamt also nahezu $\frac{7}{8}$ Million Mann.

Literatur

Ein Türkisches Zollhandbuch kam als 2. Heft der Flugschriften der Zentralgeschäftsstelle für deutsch-türkische Wirtschaftsfragen heraus /Weimar, Kiepenheuer/. C. A. Schaefer veröffentlicht darin eine Übersetzung des neuen türkischen Zolltarifgesetzes und des Zolltarifs selbst, zusammen mit einer Auswahl von Zollvorschriften und einem Auszug aus dem Motivenbericht. Seine Arbeit ist höchst verdienstlich. ◊ Eine wesentliche Bereicherung unserer Orientierungsmittel über die Türkei stellt auch die 3. Flugschrift der genannten Zentralgeschäftsstelle dar: Türkische Wirtschaftsgesetze, gleichfalls von Schaefer herausgegeben. Sie reiht sich den übrigen Heften dieser Sammlung würdig an. ◊ Von weit größerer Bedeutung noch ist A. Ruppins umfangreiches Handbuch Syrien als Wirtschaftsgebiet /Berlin, Mittler/. (Der Verfasser hat sich große Verdienste um das jüdische Kolonisationswerk in Syrien erworben.) Man findet in der übersichtlich eingeteilten, mehr als 400 Seiten umfassenden Schrift reichste und zuverlässigste Auskunft über zahlreiche Fragen, über die man sich bisher sein Wissen nur aus verstreuten, oft schwer zugänglichen, manchmal ziemlich trüben Quellen in unendlichem Mühen zusammenholen mußte. Auf das ausgezeichnete Werk wird man oft zurückkommen.